

kriens

Protokoll

Kriens, 29. April 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 29. April 2021

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr /
13:30 Uhr bis 18:20 Uhr,
Pilatusaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Kimena Gisler
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 03
kimena.gisler@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2020/2021 Protokoll Nr. 7

Anwesend

Präsident

Tomas Kobi

Einwohnerrat

29 Mitglieder
Ursula Wendelspiess (ab 13:30 Uhr)

Stadtrat

4 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Kimena Gisler

Entschuldigt

Roger Erni

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 336
2.	<u>Protokoll Nr. 5</u> vom 21. Januar 2021		Seite 337
3.	<u>Bericht und Antrag</u> : Budget 2021 Version 2	Nr. 025/21	Seite 337
4.	<u>Bericht und Antrag</u> : Finanzhaushaltsreglement der Stadt Kriens, 1. Lesung	Nr. 026/21	Seite 363
5.	<u>Bericht und Antrag</u> : Wiedereinführung Nachkommenserbschaftssteuer, 1. Lesung	Nr. 034/21	Seite 376
6.	<u>Planungsbericht</u> : Chance Bypass	Nr. 035/21	Seite 383
7.	<u>Postulat Niederberger</u> : Separate Busspur Bauphase Bypass <i>Begründung</i>	Nr. 021/21	Seite 389
8.	<u>Postulat Burkhardt</u> : Sternenkinder-Grab in Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 024/21	Seite 389
9.	<u>Bericht Postulat Ercolani</u> : Kanton entlastet Gemeinden	Nr. 294/20	Seite 389
10.	<u>Beantwortung Interpellation Spörri</u> : Sichere Weiterführung Freigleis (Veloweg Mattenhof)	Nr. 010/20	Seite 392
11.	<u>Beantwortung Interpellation Gut</u> : Ist die bedarfsgerechte, familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Kriens unter Spardruck?	Nr. 014/20	Seite 393
12.	<u>Postulat Stofer</u> : koordinierte Stadtentwicklung <i>Begründung</i>	Nr. 032/21	Seite 396
13.	<u>Postulat Camenisch</u> : Ausbau Ränggloch <i>Begründung</i>	Nr. 036/21	Seite 398
14.	<u>Fragestunde</u> <i>(max. 30 Min.)</i>		Seite 398

Neueingangsliste

- Nr. 036/21 Postulat Camenisch: Ausbau Ränggloch
Eingang: 16. März 2021
- Nr. 014/20 Beantwortung Interpellation Gut: Ist die bedarfsgerechte, familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Kriens unter Spardruck?
- Nr. 038/21 Interpellation Zosso: Der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG gibt sich eine Lohnerhöhung – ist diese berechtigt?
Eingang: 21. März 2021
- Nr. 294/20 Bericht Postulat Ercolani: Kanton entlastet Gemeinden
- Nr. 040/21 Interpellation Burkhardt: Verpflegung der Horte, Auslagerung nach Zürich. Weshalb?
Eingang: 11. April 2021
- Nr. 041/21 Bericht und Antrag: Gesamtrevision des Siedlungsentwässerungsreglements der Stadt Kriens
-

Tomas Kobi begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Entschuldigt hat sich Roger Erni, zufolge einer Covid-Quarantäne. Ursula Wendelspiess wird später zur Sitzung hinzustossen.

Die Pausen sind von 10:30 Uhr bis 10:50 Uhr und von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:30 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Tomas Kobi kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Fraktionserklärungen

Bettina Gomer-Beacco stellt fest, dass Ende März per Medienmitteilung das heute vorliegende Budget kommuniziert wurde. Für die Medien wurde es ab Seite 11 richtig interessant, da dort zusammengefasst die definierten Massnahmen aufgelistet stehen. Auf der 2. Linie steht: «Stadtkanzlei: Verzicht auf Weihnachtsessen... Fr. 98'300.00». So viel Geld für ein Weihnachtsessen für ein paar Volksvertreter? War sich der Stadtrat im Klaren, welches Bild dies vermittelt? Die Reaktionen in den Kommentarspalten im Zentralplus blieben nicht lange leer. Da fragte sich so mancher, was für ein massloses Weihnachtsessen dies sei und ob solche «Goodies» wohl normal seien, natürlich haben sich die Leser nicht weiter informiert. Übrigens, auch die Stadträte und ihre Spesen kamen dabei schlecht weg. Als Einwohnerrat oder Einwohnerrätin fühlt sie sich nicht gerade als Vertreterin eines elitären Polit-Establishments, eher als freiwillig Engagierte mit etwas Spesenentschädigung und ganz viel ehrenamtlichen Tätigkeit. Der Lohn? Zum Teil mehr Häme als Dank. Wer will sich das heute eigentlich noch antun, im

Zeitalter von Socialmedia, Fake-News und Shitstorm? Vielleicht liegt es aber auch an solchen Medienmitteilungen mit fehlenden Erklärungen oder mangelhaftem Inhalt, dass hier Spielraum für allerlei vor-schnelle Interpretation bleibt? Die SP-Fraktion wünsch sich hier mehr Weitblick und mehr Feingefühl, wie solche Medienmitteilungen verfasst werden, damit einfache Volksvertreterinnen und -vertreter ein bisschen Wertschätzung oder zumindest ein bisschen Respekt abbekommen. Vielleicht bietet sich schon bald einmal die Gelegenheit dazu, auf die vielen Stunden Studium mit trockner Materie und das grossartige Engagement hinzuweisen, praktisch als Dankesersatz statt dem nun fehlenden Weih-nachtsessen, welchem die SP-Fraktion natürlich zustimmt.

2. Protokoll Nr. 5 vom 21. Januar 2021

Tomas Kobi stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Budget 2021 Version 2

Nr. 025/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Martin Zellweger stellt fest, dass der Stadtrat dem Rat innerhalb von gut 2 Monaten nach der deutlichen Ablehnung der ersten Budget-Variante, ein Budget Version 2 vorgelegt hat. Das Budget zeigt die folgenden wesentlichen Eckpunkte. Der Stadtrat hält an der Erhöhung des Steuerfusses 2.0 trotz deutlichem Volksentscheid fest. Der Stadtrat spart weitere knapp 1.5 Millionen Franken, teilweise durch Corona oder budgetlosen Zustand begünstigt. Das Budget weist im Gegensatz zur ersten Version mit knapp Fr. 900'000.00 ein positives Ergebnis aus, welches einen ersten Schritt zum Schuldenabbau ermöglicht. Die KFG dankt dem Stadtrat und der Verwaltung, insbesondere den Finanzdiensten für die Überarbeitung. Es ist für alle klar, dass die Ausgangslage eine Herausforderung darstellt. Der Stadtrat ist gefordert die Finanzen in Ordnung zu bringen, Schulden abzubauen und zugleich Kriens attraktiv zu halten und zu gestalten. Er übernimmt Altlasten einer jahrelangen Investitions- und Ausgaben-Euphorie. Zugleich will links-grün nicht zu viel sparen, die bürgerlichen nicht mehr Steuern bezahlen, die CVP-Mitte sauren Apfel essen, und das Volk ist sich einig wie selten. Da im Gegensatz zur ersten Budget-Debatte in der Kommission weniger im Detail als Grundsätzliches diskutiert wurde, zeigten sich die beiden extremeren Positionen erst recht. Der eine Teil lehnt das Budget ab, weil ihnen die Sparmassnahmen zu weit gehen. Die Kommission hat insofern diverse Anträge diskutiert, welche zum Ziel hatten die vom Stadtrat ergänzten Sparmassnahmen teilweise wieder rückgängig zu machen. Dazu gehörten die Lohnmassnahmen in der Verwaltung, die Betreuungsgutscheine, sowie die Kürzungen im Sozialdepartement. Die KFG wird als Resultat der Meinungsbildung den Antrag stellen, die Sparmassnahmen bei den Betreuungsgutscheinen aus Budget 1, sowie 2 wieder rückgängig zu machen und das Globalbudget entsprechend anzupassen. Neben den Sparmassnahmen wurde auf Antrag die Option diskutiert, die Steuern lediglich auf einen Steuerfuss von 1.95 zu erhöhen. Dies mit dem Hintergrund des guten Ergebnis 2020, welches durchaus auch höhere Steuern im 2021 bedeuten könnte. Dieser Kompromiss, mit der Absicht eine Einigung zu erzielen und den Volksentscheid nicht ganz links liegen zu lassen, scheiterte an einer klaren Mehrheit. Somit war zum Ende der Diskussion eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Budgets, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. Die Kommission empfiehlt also somit das Budget in der jetzigen Form abzulehnen. Das ist keine schöne Ausgangslage im Wissen, dass bei einer Ablehnung der Kanton das Ruder übernimmt. Mit dieser Situation ist er als Präsident der KFG überhaupt nicht zufrieden. Das Eintreten war selbstverständlich unbestritten. Das Resultat zum Beschlusstext war eine klare Ablehnung.

Raoul Niederberger sagt, dass Martin Zellweger die Geschichte bereits gut zusammengefasst hat. Aus diesem Grund kann er auf diese Worte verzichten. Auch die KBSG hat den Bericht und Antrag zum Budget 2021 Version 2 an ihrer letzten Sitzung diskutiert. Wie auch in der KFG gingen die Meinungen zum Budget Version 2 stark auseinander. Während die einen der Meinung waren, der Stadtrat verkenne mit seiner erneuten Steuererhöhung um einen Zehntel den Willen des Volkes, gingen anderen die neu geplanten Sparmassnahmen zu weit. Die Kommission hat das Budget nicht im Allgemeinen diskutiert, sondern sich auf die Globalbudgets konzentriert und dort vor allem auf die Veränderungen zur Version 1. Zu reden gaben dabei besonders die Kürzungen im Bildungs- und Kulturdepartement bei den Betreuungsgutscheinen. Der zuständige Stadtrat zeigte der Kommission an einigen Beispielen auf, wie sich die Kürzungen konkret auswirken können. Kritisch hinterfragt wurde in diesem Zusammenhang zudem, ob die Bezugsrechte vom steuerbaren Einkommen abhängig sein sollen, oder ob der Nettojahreslohn nicht ein sinnvollerer Kriterium darstellen würde. In der Schlussabstimmung wurde der Beschlusstext mit 6:2 Stimmen abgelehnt. Wobei die Ablehnung, wie einleitend gesagt, ganz unterschiedliche Gründe hatte.

Gemäss Armin Lisibach hat sich die KBVU nicht gegenüber dem gesamten B+A, dem Budget, wie auch gegenüber der potenziellen Steuererhöhung geäußert, diskutiert oder darüber abgestimmt. Die Kommission nimmt die Positionen 30 Umwelt- und Sicherheitsdienste, 35 Planungs- und Baudienste und 40 Verkehrs- und Infrastrukturdienste, welche mit Mehrerträgen durch Bussen, durch Erträge im Winterdienst und die Reduktion von Materialkosten entstehen, zur Kenntnis und verdankt das Engagement diesbezüglich.

Laut Pascal Meyer lehnt die Grüne/glp-Fraktion das von Stadtrat ausgearbeitete Budget ab. Die Ausweitung der Budgetkorrekturen auf soziale Bereiche mit vielen betroffenen Personen wird kein mehrheitsfähiges Budget bringen. Der Stadtrat hält fest, dass ein Budget mit einer Steuererhöhung bleiben muss. Auch wenn der Entscheid aus Sicht der Partei richtig ist, erzeugt er zugegebenermassen erheblichen Widerstand in der Bevölkerung. Der Stadtrat hat aber ein weiteres Feld von Gegnern eröffnet, welche dadurch zu überzeugten Gegnern werden. Jetzt steht man am Anfang einer Debatte, welche primär aus Gegnern des vorgelegten Budgets besteht. Kann auch sein, dass das ein gutes Zeichen ist und man einer Lösung näher ist, als man meint. Der Rat wäre nicht in der Politik, wenn er nicht einen Lösungsweg anbieten würden. Primäres Ziel ihrer Fraktion ist ein Budget mit einem positiven Abschluss. Sie sind überzeugt, dass dies vor dem Volk funktionieren würde. Mit der Annahme von ihren Anträgen zum Budget, wird der Widerstand aus der Bevölkerung noch etwas abgeschwächt. Daher ist sowohl auf das Streichen von hauswirtschaftlichen Leistungen der Spitex, den Streichen von Lohnanpassungen beim Personal, das Streichen von Betreuungsgutscheinen, und die Nichtbesetzung des KESB Mitgliedes zu verzichten. Dieses Streichkonzert ist für ein mehrheitsfähiges Budget keine Option. Hat also eine Partei heute die Absicht dem Budget positiv zuzustimmen und uns für die Annahme des Budgets zu gewinnen, erwarten sie in diesen Punkten Anpassungen. Die von der SVP-Fraktion vorgeschlagene Steuererhöhung ist doch bezeichnend. Auch sie sehen, dass ohne eine Anpassung auf der Einnahmeseite die Stadt Kriens zu wenig Handlungsspielraum hat. Allerdings ein zu optimistischer Blick hat auf die finanzielle Entwicklung hat auch schon in den vergangenen Zeiten kein Glück gebracht. Daher kann die Grüne/glp-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen. Immerhin spüren sie die Kompromissbereitschaft. Aber es soll an die «fremden Richter» gedacht werden, welche dieses Budget festlegen können. In der Haltung der FDP sehen sie noch Spielraum. Natürlich kann man mit dem günstigsten Preis, einem Budget ohne Steuererhöhung, die Anpassungen dem Volk am einfachsten unterbieten. Aber sie sind überrascht, dass die FDP-Fraktion das Budget bis heute ablehnt, aber noch keine Möglichkeiten von Einsparungen aufgezeigt haben, mit welchem ein positives Budget annähernd erreicht werden kann. Niemand will mehr Steuern bezahlen, aber wenn es unumgänglich ist, muss es eben sein. Implizit sagen sie seit der ersten Version des Budgets, dass dies auch nicht geht. Auf jeden Fall zählen jetzt die Unterstützung der CVP/JCVP-Fraktion als Kompromisspartei. Sie haben es in der Hand, dem Budget zu einem positiven Ausgang zu verhelfen. Sie sollen die Anträge der Grüne/glp-Fraktion unterstützen und so dem Budget zu einer Mehrheit verhelfen.

Im Namen der SVP-Fraktion bedankt sich Martin Zellweger beim Stadtrat und stellt fest, dass sie seinem Bestreben die Krienser Finanzen zu gesunden und auch seiner bisherigen Arbeit sehr positiv gegenüberstehen. Er zeigt auch, dass mit der Zusatzrunde durchaus weitere Entlastungen, nämlich in der Höhe von ca. 1.5 Millionen Franken, aufgezeigt werden konnten. Die zweite Runde war also nicht nur Kür, sondern notwendig und auch gefordert. Grundsätzlich lehnt die SVP-Fraktion die Steuererhöhung auf 2.0 Einheiten klar ab. Eigentlich würden sie gerne am bestehenden Steuerfuss von 1.90 festhalten. Sie möchten nicht bereits jetzt Handlungsspielraum schaffen, welcher schon wieder voll ausgeschöpft wird. Dies ist auch der Grund, weshalb sie diese Linie nicht weiterfahren möchten. Leider hat ein Belassen des Steuerfusses auf 1.90 Einheiten politisch im Einwohnerrat keine Chance, da neben Links-Grün, auch Grün-Liberal und die CVP-Mitte die Steuer anheben will und zusätzliche Sparmassnahmen nicht stützen. Ein Festhalten am Steuerfuss von 2.0 unterstützt die SVP-Fraktion nicht. Es missachtet das Abstimmungsresultat von 65 % und das darf die Politik nicht zulassen. Entscheidet sich der Einwohnerrat für Steuerfuss 2.0 und hat nicht ein einiges Auftreten, ist scheitern am Volk eine grosse Wahrscheinlichkeit, weil die politischen Pole weiter ausgeprägt werden. Vorstösse um Sparübungen wieder aufzuheben, wird beim Volk auch nicht immer positiv aufgenommen. Insbesondere in Anbetracht der vorliegenden Rechnung 2020, möchten sie deshalb die Hand zu einer gemeinsamen Lösung bieten. Das Resultat 2020 lässt etwas Spielraum die Steuern 2021 optimistischer zu betrachten. Ohne die Rückstellungen für die Übergangsrenten für die abgetretenen Stadträte, hätte die Stadt Kriens ein Plus von einer halben Million geschrieben, und dies bei einem Steuerfuss von 1.90. Die Fraktion würden trotzdem als Schritt auf eine Lösung hin eine Erhöhung des Steuerfusses auf 1.95 akzeptieren. Dies ist tatsächlich ein Schritt in eine Richtung, welche sie eigentlich nicht gehen möchten. So könnte ein ausgeglichenes Budget erreichen werden, sollte der Steuerertrag 2021 um ca. eine Million Franken positiver betrachtet werden. Martin Zellweger wird dies zu gegebener Zeit besser begründen, wie sie dies in der Fraktion sehen. Diese 1.95 schlagen sie nicht vor, weil sie an 1.90 glauben, sondern weil sie einen Kompromiss vorschlagen möchten. Diese Lösung hätte verschiedene Vorteile. So kann man den Volkswillen zwar nicht vollständig erfüllen, aber trotzdem fair berücksichtigen. Man würde dem Stimmbürger zeigen, dass die Stadt Kriens nicht einfach weghört. Es wäre ein positives Signal und man könnten als Einwohnerrat zusätzlich auch mit einer gewissen „Einigkeit“ das Volk zurückgewinnen. Mit einer moderaten Steuererhöhung kann ein ausgeglichenes Resultat erreicht werden. Der Rat würde dem Stadtrat entgegenkommen und seine Bestrebungen anerkennen. Zudem würde man dem frischen Wind nicht bereits jetzt den Wind aus den Segeln nehmen. Im Weiteren ist es absolut inakzeptabel, dass sich Kriens vom Kanton bevormunden lässt. Als Einwohnerrat ist man gefordert ein Budget zu verabschieden. Es wäre eine Kapitulation und würde den Rat in dieser Frage, überflüssig machen. Die in der KFG resultierte Ablehnung des Beschlusstext darf für den Einwohnerrat nicht Schule machen. Der Einwohnerrat ist von allen Seiten gefordert einen Schritt auf eine Lösung hin zu machen. Die Fraktion macht den ersten Schritt. Die SVP-Fraktion verzichtet heute auf irgendwelche weiteren Sparvorschläge oder Diskussionsanlässe, sondern möchte jetzt gerne die grundsätzliche Lösung gemeinsam definieren. Die SVP-Fraktion tritt ein und wird entsprechend Anträge stellen.

Jörg Ziemssen dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die Arbeit zur Ausarbeitung des Budgets 2021 Version 2. Die FDP-Fraktion tritt auf dieses Budget ein. Aber sie sind mit dem Ergebnis dieses vorgelegten Budgets 2021 Version 2 nicht einverstanden und lehnen es ab. Das Stimmvolk sagte, für die Fraktion überraschend deutlich mit 65 % «Nein» zur Steuererhöhung. Das neu ausgearbeitete Budget beinhaltet eine unveränderte Steuererhöhung von 1/10, welche das Stimmvolk klar nicht möchte. Die Fraktion fragt sich, ob der Stadtrat mit dem Kopf durch die Wand will oder ob er sich dadurch eine verordnete Steuererhöhung durch den Regierungsrat erhofft. Die Rechnung 2020 der Stadt Kriens schliesst ohne die einmaligen Rückstellungen für die Ruhegehälter der alten Stadträte mit einem Gewinn von einer halben Million Franken ab. Auch die Steuererträge liegen nun höher. Im Frühling und im Herbst 2020 befürchtete der Stadtrat noch, dass sie entschieden tiefer liegen werden. Unter dem Druck des Stimmbürgers und der schwierigen finanziellen Situation wurden weitere Sparmassnahmen aufgenommen. Die FDP-Fraktion nimmt dies positiv zur Kenntnis. Da diese zweite Version innert wenigen Wochen umgesetzt wurde und man trotzdem finanziell einiges an Sparmassnahmen

umsetzen konnte zeigt wohl, dass es noch weitere Optimierungen gibt, um jeden einzelnen Steuerfranken effizient einzusetzen. Im Spätherbst 2020 wurden vom Stadtrat Verbesserungen beim Forecast aufgezeigt. Für sie ist es unerklärlich, wieso der Stadtrat die Steuerpositionen weiterhin auf der veralteten Basis vom Mai 2020 und nicht aus den neuen Erkenntnissen der Rechnung 2020 neu beurteilt hat. Wäre bei sehr detaillierter Analyse wohl eine Steuererhöhung vermeidbar gewesen? Aus dieser Sicht ist für das Jahr 2021 keine Steuererhöhung notwendig. Zum einen entwickeln sich die Steuererträge von juristischen Personen auch durch interessante Ansiedelungen im Durchschnitt der letzten drei Jahre viel besser als erwartet. Zum anderen werden die Zuzüge von natürlichen Personen weiter zunehmen und die Steuerkraft von Kriens verbessern. Wenn der neue Stadtrat mit dem Kopf durch die Wand ist, oder anders ausgedrückt seine Steuererhöhung entweder vom Stimmbürger oder sogar von der Regierung des Kantons Luzern bekommen hat. Was macht er danach? Gemäss seiner Medienmitteilung zur zweiten Version wäre eine Erhöhung der Fiskalerträge der Weg des geringsten Widerstandes gewesen. Die Fraktion geht klar davon aus, dass er seine Versprechen zu dieser Haltung bei der Erarbeitung des Budgets 2022 einhält. Ansonsten bewegt man sich auf den Spuren des früheren Stadtrates. Will man dies? Die Finanzen der Stadt Kriens präsentieren sich sehr schlecht. Symbolisch gesprochen ist man auf der finanziellen Notallstation. Zusammen mit Wolhusen ist Kriens die einzige Gemeinde, welche 5 von 7 Finanzkennzahlen im Kanton Luzern nicht erfüllen. Die Einwohnerräte und Stadträte, welche sich schon seit Jahren an der Einwohnerratssitzung treffen, wissen von was er spricht. Für alle neuen Einwohnerräte und Stadträte, sowie auch dem Krienser Steuerzahler erlaubt er sich ein paar Zahlen via Powerpoint-Folien zu präsentieren. Bereits vor dem Jahr 2016 hat die Stadt Kriens finanziell nicht brilliert. Die heutige Finanzmisere hat aus seiner Sicht mit dem AFP 2016-2020 das Ganze noch verschärft. Diese deutlich falsch budgetierten Einnahmen bei den natürlichen Personen konnten mit Glück durch verbesserte Einnahmen im Bereich der juristischen Personen, sowie Sondersteuern ein wenig korrigiert werden. Ansonsten wären die Krienser Finanzen in einem noch schlechteren Zustand. In den letzten 5-10 Jahren hat die Stadt Kriens mehrheitlich über ihren finanziellen Verhältnissen gelebt. Deutlich mehr ausgegeben als eingenommen. Nun steht man vor grossen Herausforderungen und müsste für die nächsten 3-5 Jahren mit weniger finanziellen Mittel auskommen. Natürlich gefällt diese Situation auch der FDP-Fraktion nicht. Damit die Stadt Kriens von der finanziellen Notfallstation nicht auf die finanzielle Intensivstation verlegt wird braucht es weitere wirksame Medikamente und Eingriffe. Ihr Ziel ist eine schnelle Verlegung auf die überwachte finanzielle Bettenstation. Einige ihrer Forderungen (symbolisch gesprochen wirksame Medikamente) wurden mit dem neuen Budgetentwurf aufgegleist. Nun liegt auch noch ein Finanzhaushaltsreglement mit einer Schuldenbremse im Entwurf vor, für welche die Liberalen Kriens seit Jahren gekämpft haben. Erstmals hat die FDP-Fraktion einen Vorstoss für die Einführung einer Schuldenbremse im Jahre 2011 gefordert. Für sie war absehbar, welche Entwicklung dann Fahrt aufgenommen hat. Einzig die SVP-Fraktion hatte sie damals unterstützt. Leider hat der Einwohnerrat strategisch einen Fehlentscheid getroffen, an welchem Kriens noch lange zu leiden hat. Finanzielle Vorgaben sind eine sehr gute Basis, um eine nachhaltige finanziell gute Entwicklung sicherzustellen. Auch ihre Initiative für eine Schuldenbremse wurde mit fadenscheinigen Argumenten für ungültig erklärt. Gut Ding will Weile haben. Leider müssen jetzt nicht nur die Gegner, sondern die ganze Krienser Bevölkerung die Konsequenzen tragen. Es brauchte wohl diesen finanziellen Scherbenhaufen. Nun haben die vergangenen Entwicklungen bei den Krienser Finanzen die regelmässigen Bemühungen bestätigt. Wäre diese Einsicht schon früher erkannt worden, würde die Stadt Kriens heute finanziell wohl besser dastehen. Der Stadtrat argumentiert, dass er eine Steuererhöhung brauche, um einen grösseren Handlungsspielraum zu erhalten. Die Fraktion ist klar der Meinung, dass sich der neue Wind diesen Spielraum zuerst erarbeiten muss und lehnt die erneut beantragte Steuererhöhung klar und deutlich ab. Vor Berücksichtigung der einmaligen a.o. Rückstellung zeigt die Rechnung 2020 ein gutes Resultat. Ihre Hoffnung ist, dass mit der sich momentan abzeichnenden Steuererhöhung auch ein gutes finanzielles Medikament vorhanden sein wird. Diese Mehreinnahmen sollten aus ihrer Sicht mehrheitlich in den Schuldenabbau fliessen. Mehreinnahmen für den Ausbau der Konsumausgaben lehnen sie strikte ab. Sie wünschen dem neuen Stadtrat bei der Erarbeitung des Budgets 2022 jetzt schon viel Erfolg. Sie bitten nicht mit den alten Werkzeugen vom alten Stadtrat, sondern mit jenen des frischen Windes gemäss seiner Medienmitteilung: «Der

Stadtrat verzichtete bewusst darauf, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und an den Steuereinnahmen zu schrauben.» Er bittet den Stadtrat an dieser Botschaft auch bei der Budgetierung 2022 festzuhalten.

Im Vorfeld zur heutigen Budgetdebatte ist Andreas Vonesch unweigerlich die biblische Geschichte vom «Turmbau zu Babel» und verbunden damit die «Babylonische Sprachverwirrung» in den Sinn gekommen. Diese Methapher passt gut zur Situation. Man kommuniziert miteinander, in der Auseinandersetzung über Sachverhalte ist man sich aber nicht einig, somit prallen unterschiedliche Meinungen aufeinander und ein gemeinsamer Nenner ist nur schwer, oder überhaupt nicht, zu finden. Bereits in der ersten Budgetdebatte hat die CVP/JCVP-Fraktion dafür plädiert, als Parlament gemeinsam Verantwortung zu übernehmen mit dem gleichen Ziel von gesunden Finanzen und einem prosperierenden und attraktiven Kriens. Dafür stehen sie auch heute wieder ein. Und sie hoffen, dass man zusammen, als Vertreter der Bevölkerung, wieder eine gemeinsame Sprache findet. Nachdem im Januar der Soverän das Budget und die Steuererhöhung deutlich abgelehnt hat, wurde vom Stadtrat das neue Budget Version 2 erarbeitet. Dieses liegt nun vor und weist bei teils unangenehmen Sparanstrengungen einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 900'000 aus. Aber der Stadtrat zeigt auch auf, dass es ohne Steuererhöhung um einen Zehntel nicht geht, wenn man sich in Zukunft einen wichtigen und notwendigen Handlungsspielraum und die Option des Schuldenabbaus offen halten will. Zu dem Entscheid hat die Vernunft zugunsten der finanziellen Situation geführt und nicht zugunsten der einen oder anderen politischen Seite. Aus folgenden Überlegungen wird die CVP/JCVP-Fraktion dem Budget, auch mit den teils schmerzlichen Sparmassnahmen, zustimmen. Der Stadtrat zeigt seinen Willen zu sparen, auch wenn die Fraktion einen Grossteil der Einsparungen als Kosmetik ohne Nachhaltigkeit sieht. Der Spareffekt ist also kurzfristig. Sie würdigen jedoch die grosse Arbeit und zeigen Kompromissbereitschaft, indem sie das Paket nicht gleich wieder aufschnüren wollen, auch wenn es einige unschöne Sparmassnahmen im sozialen Bereich beinhaltet, die für sie verträglich erscheinen. Nur bei der Kürzung der Betreuungsgutscheinen macht die CVP-JCVP-Fraktion keine Kompromisse und verlangt die Rücknahme von der Sparmassnahme, weil es hier konkret alle Familien mit einem schmalen Budget trifft. Ein ganz starkes Zeichen als Parlament wäre nun aber, wenn sich alle Parteien den vom Stadtrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen anschliessen könnten. Eine Steuererhöhung hatte die Fraktion in den letzten Jahren stets zurückhaltend beurteilt. Mit dem Plakat-Slogan «Wir beissen in den sauren Apfel» haben sie ihre Kompromissbereitschaft ausgedrückt, einer Erhöhung um einen Steuer-Zehntel zuzustimmen. Ein ganz starkes Zeichen als Parlament wäre nun aber, wenn sich alle Parteien zu einer Erhöhung des Steuerfusses um einen Zehntel durchringen könnten. Nach dem Ausgabenstopp haben auch viele Nein-Stimmenden die Auswirkungen durch den budgetlosen Zustand ganz direkt zu spüren bekommen. Und die CVP/JCVP-Fraktion ist sich nicht sicher, ob das Abstimmungsverhältnis kippen könnte, wenn man der Bevölkerung besser aufzeigen würde, welchen Mehrwert sie für die Mehrsteuern bekommen oder dass man damit eben kontinuierlich auch Schulden abbauen kann. Gemäss Ressort Steuern, basierend auf Zahlenmaterial von 2017, zahlen Personen mit Tarif «Familie» und einem Reineinkommen von Fr. 30'000 rund Fr. 23.00 pro Jahr mehr, also rund Fr. 2.00 pro Monat, mit Fr. 50'000.00 sind das rund Fr. 112.00 pro Jahr mehr oder rund Fr. 9.00 pro Monat. Erstaunlich ist insbesondere, dass diese Gruppe bis Reineinkommen Fr. 50'000.00 praktisch die Hälfte aller Steuerzahler umfasst. Bei Fr. 70'000.00 Reineinkommen sind es rund Fr. 202.00 oder etwa Fr. 17.00 pro Monat mehr. Nur rund 14 % der Steuerpflichtigen versteuern ein Einkommen über Fr. 100'000.00. Bei einem Reineinkommen von z.B. Fr. 130'000.00 betragen die Mehrsteuern pro Jahr rund Fr. 490.00 oder rund Fr. 41.00 pro Monat. Wer zahlt schon gerne mehr Steuern? Niemand. Wenn die Steuerzahler aber wissen, wie, wo und wofür der Steuerfranken sinnvoll eingesetzt wird und was er für die Stadt Kriens und deren Bevölkerung bewirkt, sind sicher viele bereit, diesen Beitrag zu leisten. Die CVP/JCVP-Fraktion wünschte sich, dass man gemeinsam der Bevölkerung und auch dem Kanton signalisieren, welches der Weg aus dieser finanziellen Krise, hin zu gesunden Finanzen, verbunden mit einem massiven Schuldenabbau ist. Die Fraktion möchte der folgenden Generationen ein finanziell gesundes, lebenswertes und attraktives Kriens übergeben können.

Michael Portmann stellt fest, dass fürs Jahr 2021 der Unterhalt für die Immobilien der Stadt Kriens komplett gestrichen wurde. Vermutlich in der Hoffnung, dass 2021 kein Schadensfall und somit auch keine Kosten entstehen. Ob sich die Hoffnung bewahrheitet, ist noch offen. Sicher ist das Risiko höher als sonst, weil ohne Unterhalt Schäden entstehen könnten, die deutlich höhere Kosten verursachen als die Prävention selbst. Die SP-Fraktion wird nächstes Jahr den Unterhalt wieder aufwenden müssen, da sonst das Risiko für Schäden wegen der zwei Jahre deutlich weiter steigt. Und so sind rund 1,2 Millionen Franken der Budgetkorrekturen, welche zum Ertragsüberschuss führen, einmalig und werden nächstes Jahr nicht mehr auftreten. Die angestrebte, langfristige Senkung der Globalbudgets von 1,5 Millionen Franken bleibt damit unerfüllt. Sie stört, dass die restlichen Fr. 300'000.00 Bereiche treffen, welche als teilgebundene Ausgaben ihre Wirkung bei den gebundenen Ausgaben entfalten und diese spürbar reduzieren. So heisst Betreuungsgutscheine kürzen, dass das Risiko für höhere Ausgaben in den Sozialversicherungen steigt. Bei den Tagesstrukturen über höhere Tarife die Nachfrage abklemmen heisst, dass die Steuererträge durch doppelverdienende Eltern mit hohem Einkommen fehlen. Warum nach Kriens ziehen, wenn anderswo die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter ein besseres Preis-Leistungsverhältnis hat? Ähnlichen Charakter haben die Kürzungen in der Alters- und Gesundheitsversorgung und bei den Löhnen der Stadtverwaltung. Man riskiert deutlich höhere Kosten in den Pflegeheimen, weil Menschen ohne Unterstützung in den eigenen vier Wänden zu früh ins Pflegeheim eintreten müssen und senden als Arbeitgeber ein sehr schlechtes Signal für zukünftige Mitarbeitende. In Kriens wird eine knallharte Defizitbremse eingeführt und als erstes werden die Löhne bei denen gekürzt, welche dann alle die Massnahmen auch effektiv umsetzen müssen. Die Fraktion wird ebenfalls in die Debatte eintreten und wird weitere Risiken minimieren wollen. Dem Betreuungsgutschein-Antrag der KFG ist ihr «Ja» gewiss. Weiter werden sie mit einem Antrag der Stadtverwaltung die Wertschätzung ausdrücken und auch darauf hinweisen, dass das vermutlich bis 2024 die letzte Lohnerhöhung war. Bei Tagesstrukturen und Hauswirtschaftshilfe verzichteten sie aber auf Anträge. Dies hat auch damit zu tun, dass der Stadtrat bereits die Tarife erhöht hat, ohne dass sichtbar würde, ob dies dem Krienser Konzept für die Kinderbetreuung im Schulalter dient. Sie haben eher den Eindruck, dass die Nachfrage abgeklemmt wird. Kriens verliert an Attraktivität für gut und doppelverdienende Eltern, weil die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie empfindlich geschwächt wird. Die Fraktion wehrt sich dagegen, dass mit einem Leistungsabbau im Sozialen der Schuldenabbau bezahlt werden soll. Sie wollen sich aber beim Stadtrat auch für diesen Entwurf bedanken. Erstmals seit Jahren liegt ein Budget mit Ertragsüberschuss vor. Zusammen mit dem positiven Ergebnis der Finanzierung besteht so tatsächlich die Hoffnung, dass fürs 2021 mindestens eine ausgeglichene Rechnung entsteht. So wie es aussieht sind die planbaren Fixkosten der Stadt Kriens seit längerem wieder einmal zu 100 % gedeckt. Mit dem vorliegenden Budget wird auch sichtbar, wie sich Kriens langsam, aber sicher wieder aus der Finanzmisere herausarbeiten könnte. Wichtig ist, dass Kriens trotz der regen Bautätigkeiten langsamer wächst als sich durch Wirtschaftswachstum Löhne und Vermögen vergrössern. Dann wird man auch mit 100 % gedeckten Fixkosten und gut geplanten Investitionen in den nächsten 2-3 Jahrzehnten Schulden abbauen können. Diese Vision teilen sie gerne mit dem Stadtrat und unterstützen deshalb ein Steuerniveau von 2,0 Steuereinheiten. Sie erachten es als fahrlässig und verantwortungslos, immer wieder den Volkswillen zu zitieren und damit bloss Steuern senken zu wollen. Schliesslich basierte die letzte Steuersenkung auch nur auf einem sehr groben, juristisch nachweislich unhaltbaren Eingriff des Kantons Luzern in die Steuerhoheit der Gemeinden. Umso bitterer, dass trotzdem versucht wird auf Kosten des Sozialen hier im Rat Politik zu machen, der Rat deshalb das Budget ablehnen wird und vermutlich genau der Kanton Luzern wiederum in die Finanzen «pfuschen» wird. Diesmal hoffentlich aber, dass Finanzstrategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» berücksichtigt wird und damit im 3. Entwurf ein Budget 2021 im Sinne der Stadt Kriens entsteht. Weitere Gedanken zum vorliegenden Budget folgen in der Detailberatung. So werden auch wie die Situation bei den Steuereinnahmen kommentieren.

Eigentlich wollte Räto Camenisch auf eine Wortergeifung verzichten, da die Ansicht der SVP-Fraktion von Martin Zellweger schon eingehend dargelegt worden ist. Mit seiner 17-jährigen Ratszugehörigkeit hat er bereits einige Stürme im Rat erlebt und wortreiche Kämpfe ausgetragen. Er hofft der Rat nimmt es ihm ab, dass er jetzt einmal frei von Parteigedanken, als wirklich langjähriger Einwohnerrat und als

Einwohner von Kriens spricht. Hat sich doch im letzten Jahr in Kriens etwas fast Unmögliches abge-
spielt, mit der kompletten Erneuerung des Stadtrates unter dem Motto eines «frischen Windes». Und
warum das eigentlich? Vor allem hat wohl die immer düsterere Finanzlage, aber auch die Salär Dis-
kussionen eine massgebliche Rolle gespielt. Noch im gleichen Wisch hat der Souverän in diesem
Frühjahr das Budgets und die Steuererhöhung klar abgelehnt. Er ist nicht mit seinem Vorredner einver-
standen, den man darf dieses Thema nicht einfach auf die Seite schieben. Das zeigt, dass ein har-
scher Unmut in der Stimmbürgerschaft vorhanden ist. Dieser drückt sich in den Entscheiden aus. Jetzt,
da der frische Wind erstmals in einer Bewährungsprobe steht, verfällt der Rat wieder in das alte Hick
Hack und schieben alle ihre partikularen Interessen vor und lehnen somit das Budget ab. Es werden
keine Ansätze von Kompromisse gezeigt. Es droht der neuen Stadt-Regierung erstmals zu desavouie-
ren und Räto Camenisch ist der Meinung, dass dieser das nicht verdient hat. Mit der Salär-Diskussion
hat der Stadtrat sehr symphytische Vorleistungen erbracht. Es tut ihm wirklich weh, dass sich eine un-
heilige Allianz bildet. Auf der einen Seite möchte man keine Kürzungen und auf der anderen Seite
möchte man keine Steuererhöhung. Der Verlierer dieser Allianz ist Kriens. Dies ist eine Bankrotterklä-
rung der Politik. Der Rat ist nicht hier um sich nachher vom Kanton bevormunden zu lassen. Der Rat
ist dafür da sich durchzubeissen und eine Lösung zu bringen, welche am Schluss dem Stimmbürger
aufzeigt, wofür er abstimmen sollte. Er fragt den Rat, ob jemand gedacht hat, dass es je soweit kom-
men wird und der Regierungsrat die Steuern von Kriens festlegen muss. Kriens ist eine souveräne
Stadt und hat sich von der Stadt Luzern abgewendet. Man möchte eine gute Stadt sein. Weshalb kann
man nicht den Weg nehmen, welcher Ebikon gegangen ist? Ebikon hat sich mit 1.95 aus der Schlinge
gezogen und macht jetzt weiter ohne das der Regierungsrat eingreifen musste. Ein Eingriff des Regie-
rungsrates wäre seines Erachtens eine Demütigung für Kriens und deren Politik. Momentan ist man in
einem Spannungsfeld und in diesem Feld muss man mit knappen Finanzen Kürzungen machen, welche
weh machen. Die Steuern müssen erhöht werden, was Anderen weh macht. Aus diesem Grund hat die
SVP-Fraktion einen Mittelweg gefunden, welcher gangbar wäre. Dies aus dem Hintergrund, dass sich
der neue Stadtrat wirklich Mühe gibt. Er hat das erste Budget entgegengenommen und jetzt daran
rumgedrückt. Eigentlich müsste man dem Stadtrat Luft lassen, damit er beim nächsten Budget sein ei-
genes Budget machen kann. Es ist nicht richtig, dass der Rat dem Stadtrat für dieses reparierte
Budget Ohrfeigen verteilt. Diejenigen, welche taktisch daran denken, dass der Regierungsrat die Steu-
ererhöhung dennoch macht, ist durchschaubar. Das ist keine gute Politik. Er ist der Meinung, dass an
die Souveränität von Kriens gedacht werden soll. Kriens ist keine kleine Landsgemeinde, sondern die
dritt grösste Gemeinde im Kanton Luzern. Jetzt ist Mut, Cleverness und Flexibilität gefragt und nicht
sture Parteipolitik. Auch ist staatsmännisches-oder staatsfrauliches Verhalten gefragt. Er ist der Mei-
nung, dass dem Stadtrat den Rücken gestärkt werden sollte, aber man auch die Stimmbürger ernst
nehmen sollte. Er wünscht sich ein zukunftsorientiertes «Ja» zu diesem Budget mit einem Kompro-
miss-Steuerfuss von 1.95 Einheiten, damit die Wählerinnen und Wähler nicht den Glauben an die Kraft
der Politik verlieren und vor allem Kriens zu Liebe.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass man einige Male gehört hat, dass man mit dieser Steuererhöhung
den Volkswillen massiv missachtet. Wie man ein Abstimmungsresultat interpretiert und weshalb das
Budget abgelehnt wurde, kann verschieden angeschaut werden. Er glaubt, dass eine Steuererhöhung
und ein Defizit vielleicht ein wenig zu viel war. Es ist jedoch auch so, dass es sehr einfach war gegen
dieses Budget Stimmung zu machen. Es wäre genau so einfach, gegen dieses Budget Stimmung zu
machen. Bei solchen Einsparungen bei den Betreuungsgutscheinen und bei der Spitex und mit einem
solchen Überschuss, sind sie gegen dieses Budget. Dies ist natürliche eine Konsequenz aus dem ers-
ten Budget. Die Grüne/glp-Fraktion haben einige Ideen vorgeschlagen um Einsparungen zu machen,
welche aber nicht aufgenommen wurden. Aus diesem Grund ist er der Meinung, dass es nicht fair ist,
ihnen jetzt vorzuwerfen, dass sie gegen das Budget sind. Er möchte an einem Beispiel aufzeigen, wes-
halb sie diesem Budget, so wie es jetzt ist, nicht zustimmen können. Er nimmt das Beispiel Lohn beim
Personal. Er gibt recht, denn es ist ein undankbares Thema, da die Leute denken, dass das Personal
sowieso genügend verdienen und somit bei diesem Punkt gespart werden kann. Zurzeit hat man 0 %,
das heisst ausserordentliche Leistungen können auf keine Art und Weise honoriert werden. Man hat
einen Stellenstopp und Weiterbildungen wurden gestrichen. Dies kann auf der Seite 11 nachgeschaut

werden. Offene Stellen bei der KESB werden nicht besetzt. Was Abgänge und Ersatz bedeutet, kann man an einem prominenten Beispiel sehen. Das dies günstiger kommt, bezweifelt die Fraktion. Es wurde auch argumentiert, dass bei den juristischen Personen die Entwicklung besser ist. Klar, man hat gesagt, dass zu gut budgetiert wurde. Es sieht so aus, als würde es bei den juristischen Personen besser werden. Ein Schmetterling macht jedoch noch nicht unbedingt einen Frühling oder ein Sommer. Man sieht auch, dass bei den juristischen Personen, dass einer der grössten Steuerzahler Kriens verlassen wird. Aus diesem Grund muss er sagen, dass er den Eindruck hat, wenn es besser werden sollte, dann ist es auf der Linie des Stadtrates, der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion. Dann kann mit dem, was wirklich mehr kommt, Schulden abbauen. Man müsste nicht das Geld wieder verschenken mit dem Kompromiss auf 1.95 zu gehen. Der Steuersatz 1.90 hat die Verwaltung nicht selber gewählt. Dieser wurde Kriens vom Kanton mit dem AFR 18 aufs Auge gedrückt. Die Einsparungen, welche versprochen wurden, sind noch nicht eingetroffen. Die Schuldenbremse, welche anscheinend aus faden-scheinigen Gründen verworfen wurden, war ein juristischer Entscheid. Er wäre froh, wenn man juristische Entscheide akzeptieren würde.

Raphael Spörri möchte an das Votum von Erich Tschümperlin anhängen. Er kann nicht verstehen, wie man bei den Lohnmassnahmen sagen kann, dass dort gespart werden muss und gleichzeitig stellt die PUK fest, dass die Verwaltung unterdotiert ist. Auf der einen Seite wird festgestellt, dass die Verwaltung unterdotiert ist, Stellen gestrichen werden und keine Lohnerhöhungen ausbezahlt werden. Gleichzeitig spricht man jedoch ein Plus. Er ist der Meinung, dass sich dies widerspricht. Einer Steuererhöhung hat man bereits beim ersten Budget zugestimmt. Er erinnert den Rat an die Arbeit von Christoph Lengwiler. Dieser hat ganz klar gesagt, dass mindestens ein Zehntel mehr gebraucht wird. Das war ein Kompromiss der Linken, dass man gesagt hat, ein Zehntel mehr ist okay. Nur schon diese zwei Sachen sprechen für dieses Budget. Auf der Seite 11 sieht man ganz klar, dass vor allem im sozialen Bereich gespart wird. Dies kann die SP-Fraktion nicht zulassen. Ihr Kompromiss ist, dass man dort in ein Plus kommt. Es gibt jedoch Positionen, welchen sie nicht zustimmen können. Das erste sind die Lohnmassnahmen und das zweite die Betreuungsgutscheine. Es gibt noch weitere Positionen, welche in der Detailberatung angesprochen werden. Eine Steuererhöhung, dies hat auch Andreas Vonesch ganz klar aufgezeigt, ist marginal in unteren Einkommensschichten. Aus diesem Grund ist dies auch ein Kompromiss. Die Steuererhöhung verteilt sich auf alle. Beim Sparen im Sozialbereich betrifft es nur einzelne, welche sonst schon leere Säcke haben.

Michèle Albrecht merkt an, dass sie Zuzügerinnen und noch nicht lang im Einwohnerrat ist. Privilegierterweise gehört sie zu den 14 %, welche mehr als Fr. 100'000.00 steuern. Sie haben ein Doppelpkommen und waren angewiesen auf diese Angebote, bei welchen man jetzt Einsparungen machen möchte. Sie bittet den Rat vernünftig zu sein und zu schauen, dass es nicht nochmal so weit kommt, dass es kein Budget gibt. Es benötigt diese Balance. Man möchte neue Steuerzahlen in Kriens haben, dies hat der Einwohnerrat nun in der Hand. Sie ist der Meinung, dass niemand als erstes schaut wie hoch der Steuerfuss ist, sondern schaut was die Standortattraktivität anbietet. Sie bittet erneut vernünftig zu sein, nach links und rechts zu schauen und ein Kompromiss einzugehen.

Anita Burkhardt-Künzler erläutert, dass der alte Stadtrat ein Budget ausgearbeitet hat, welches der neue Stadtrat nun vertreten musste. Der neue Stadtrat hat seine Hausaufgaben gemacht und dieses Budget überarbeitet, Korrekturen vorgenommen und so dem Rat ein neues Budget hingelegt. Es ist nicht möglich, innerhalb von zwei Monaten ein komplett neues Budget zu erstellen. Ehrlicherweise ist auch der neue Stadtrat zum Entschluss gekommen, dass dieser Steuerzehntel benötigt wird. Wenn man von Andreas Vonesch gehört hat, was dies pro Monat bedeutet, ist sie der Meinung, dass viele diese Fr. 9.00 oder teilweise auch Fr. 20.00 schon dümmel ausgegeben haben. Wenn man dies nicht macht, gibt es Tarifierhöhungen, welche jeden einzeln betreffen unabhängig vom Einkommen. Es kann nicht sein, dass die Krienser Familien darunter leiden müssen. Das sie am Schluss ihre Kinder nicht in

eine Musikschule geben können, weil man die Musikschultarife erhöhen musste. Die CVP/JCVP-Fraktion steht fest dazu, dass die Betreuungsgutscheine nicht abgeschafft werden und im Budget eine Korrektur vorgenommen wird. Sie stellt fest, dass das Personal angesprochen wurde. Sie versteht, dass man über dieses Thema diskutieren darf, jedoch fragt sie, ob man wirklich eine rückwirkende Anpassung vom Lohn des Personals machen möchte. Momentan ist man in dieser Covid-Situation und es gibt diverse Arbeitnehmer, welche in Kurzarbeit leben, welche ihre Stellen verloren haben und auch keine Lohnerhöhung hatten. Für das Personal wäre diese Lohnerhöhung rückwirkend, das heisst man müsste rückwirkend für dieses Jahr die Lohnerhöhung zahlen. Sie ist der Meinung, dass dies nicht wirklich Sinn macht und möchte beliebt machen, dass für das Jahr 2021 die Lohnerhöhung von 1 % ausbezahlt wird. Kriens ist eine eigenständige Stadt. Aus diesem Grund sollte man sich keine Steuererhöhung aufzwingen lassen, sondern selber zu dieser stehen. Der Stadtrat hat die Arbeit geleistet und nun soll dieser vom Einwohnerrat unterstützt werden.

Cyrrill Zosso stellt fest, dass man mehrere Voten gehört hat, in welchen man sich für die Betreuungsgutscheine einsetzt. Auch er steht dahinter. Er möchte sich noch für zwei weitere Punkte stark machen. Das eine wäre das Behördenmitglied bei der KESB. Da geht es darum, dass man eine 50 % Stelle nicht einführen möchte. Man kann bei den Risiken der KESB nachschauen, was beschrieben wird. Mögliche Folgen sind ungenügende Umsetzung der rechtlichen Vorlagen mit Schadenfolge. Diese Schadenfolge sind keine kaputten Strassen, wie in anderen Fällen. Es geht darum, dass ein Kind oder auch Erwachsene nicht genügend geschützt sind. Da gibt es einen rechtlichen Auftrag, um die Allerschwächsten schützen zu können. Dies macht man indem Bestimmungen und Entscheide genügend schnell gefällt werden. Für ihn ist es absolut inakzeptabel, wenn der Schutz für die Schwächsten zur Diskussion gestellt wird. Ein zweiter Punkt, welcher er anmerken möchte, ist die Einsparung bei der Spitex. Er fragt, was es genau heisst hauswirtschaftliche Leistungen einzusparen. Er hat recherchiert, wie diese genau definiert sind. Es steht, dass im Rahmen der Dienstleistungen einen allfälligen Betreuungs- und Pflegebedarf rechtzeitig zu erkennen bzw. mit rechtzeitigem Handeln intensivere und teurere Betreuungs- und Pflegeleistungen zu vermeiden oder zu verzögern. Bei diesen Leistungen geht es explizit darum, dass weitere Kosten verhindert werden und dass man die Leute daran hindert unabhängig zuhause zu leben. Er möchte dem Rat nahelegen, den Anträgen der Grüne/glp-Fraktion zu folgen und diese Sparmassnahmen rückgängig zu machen. Beim letzten Punkt geht es nicht um Lohnerhöhungen und das jemandem einen goldenen Fallschirm erhält. Es geht um einen Lohnausgleich, welcher zum Beispiel durch die Teuerung zustande kommt. Er hat sich überlegt einen Bemerkungsantrag zu machen um diese Auszahlung dieses Jahr zu fordern. «Der Stadtrat erklärt die Absicht, im kommenden Jahr 1 % für Lohnmassnahmen zu budgetieren. Weiter verpflichtet er sich, Lohnmassnahmen künftig mit dem Personalverband abzusprechen.» Er findet dies ein sehr wichtiger Punkt, welcher dieses Jahr offenbar untergegangen ist.

Marco Frauenknecht erläutert, dass das Budget, welches der Stadtrat innerhalb vier Wochen zwischen der Abstimmung vom 24. Januar und Ende Februar erarbeitet und verändert hat, nun vorliegt. Sie haben sich folgende Ziele in diesem Prozess festgelegt. Als erstes die Einhaltung des Planungsberichtes «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» auf der Ebene dessen, was der Version 1 vorgeworfen wurde. In der Version 2 resultiert ein Ertragsüberschuss und Schulden werden abgebaut. Als zweites Ziel möchten sie mit der Vorlage des Finanzhaushaltsregelments 1. Lesung zeigen, dass sie klar den Willen zeigen, dass sie zusammen mit dem Einwohnerrat den Weg der Gesundung der Stadtfinanzen angehen möchten. Ebenfalls setzen sie damit eine Forderung des Rates um. Ein weiteres Ziel ist das Sparen. Sie werden als Stadtrat sämtliche Anträge, die das Budget verbessern, verschlechtern, verändern ablehnen, nicht, weil sie mit dem Kopf durch die Wand wollen, sondern weil die konkordante Regierung, vertreten aus allen hier im Rat anwesenden Fraktionen, entschied, dass dies der Weg von Kriens ist. Und dieser Weg, das ist dem Stadtrat bewusst und kommt dem Versuch der Quadratur des Kreises nahe, ist gepflastert von zwei schweren Brocken. Zum einen mit der Steuererhöhung von 1/10 Einheiten. Diese Mehrsteuererträge benötigt die Stadt Kriens, um handlungsfähig zu bleiben und in Zukunft Kri-

ens zu entwickeln. Zum anderen sind es die Sparmassnahmen, welche ganz viele Personen direkt betreffen. Man spricht von vielen Personen und es betrifft alle. Junge, Alte, Familien, Alleinerziehende, aber auch Alleinlebende. Aus Sicht des Stadtrates nehmen sie jedoch genau hier den Willen des Volkes auf und setzen diesen mit «verträglichen» Massnahmen um. Der Stadtrat spart und gleichzeitig ermöglicht er auch Handlungsspielraum. Er zitiert Roger Erni: «Wir brauchen um die Pflanze «Stadtleben am Pilatus» wachsen lassen zu dürfen, genau dieses Euch vorliegende Budget. Wir bitten Euch um Eure Unterstützung.» Gemäss Marco Frauenknecht ist der Stadtrat gespannt, ob der Einwohnerrat eintritt und sieht mit Interesse der allfälligen Detailberatung entgegen.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag SP und Grüne/glp: Seite 11 – Sparmassnahmen, Verzicht auf Lohnmassnahmen 2021
Pascal Meyer beantragt im Namen der Grüne/glp folgende Änderung:

«Auf die Sistierung der Lohnmassnahmen von 0.5 % ist zu verzichten und das Globalbudget um den Betrag der Budgetkorrektur anzupassen.»

Pascal Meyer erläutert, dass die Grüne/glp-Fraktion drei Anträge stellen, welche alle bereits mehrmals erwähnt wurden. Die Fraktion fordert, dass die Sistierung der Lohnmassnahmen, rückgängig gemacht wird. Zurzeit braucht es Leistungen in der Verwaltung und diese Leistungen müssen honoriert werden.

Martin Zellweger spricht im Grundsatz für diverse Anträge, welche noch kommen. Die SVP-Fraktion unterstützen das Rückgängigmachen der Bestrebungen nicht. Das heisst sie werden nicht auf diese Vorschläge eingehen oder diesen zustimmen. Zum Thema Personaldienste und Salär möchte er kurz erwähnen, dass vorhergesagt wurde, dass grundsätzlich gespart wird und keine Weiterbildungen gemacht werden. Er denkt dabei an die Präsidialdienste, welche auf Seite 85 ersichtlich sind, dort wurde für Weiterbildung Fr. 25'000.00 budgetiert, welche auch nicht gestrichen wurden. Im Budget gibt es noch andere Positionen, welche der Einwohnerrat nicht sieht. Es gibt noch Spielraum im Budget um Personalpolitik zu betreiben.

Jörg Ziemssen merkt an, dass die FDP-Fraktion den Stadtrat unterstützt und somit die Lohnerhöhung nicht stattfindet. Es wurde bereits von Anita Burkhardt-Künzler gesagt. Wenn er in den Saal schaut, gibt es den einen oder anderen, welcher in der Privatwirtschaft arbeitet. Viele kämpfen mit der Kurzarbeit, kämpfen um den Job, dürfen nicht mehr arbeiten und möchten jedoch arbeiten. Auch dies ist zu berücksichtigen. Der Fraktion ist es wichtig zu sagen, dass es nicht nichts gibt. Man hat die Möglichkeit mit Mutationsgewinnen zu arbeiten.

Beat Tanner erläutert, dass es für das Personal nichts gibt ist dementsprechend nicht so. Es gibt den Mutationsgewinn, welcher man im Kanton Luzern und auch in anderen Gemeinden Personal zur Verfügung stellen kann. Dies ist «Gang und Gäb» und innerhalb des Globalbudget. Selbst wenn man in der Dienstabteilung jemand hat, welcher sehr gute Leistungen erbringt, hat man mit dem Globalbudget die Möglichkeit auch etwas zu machen. Aber das man allen etwas gibt, ist auch nicht Leistungsbezogen. Man ist sich einig, dass sich Leistung lohnen muss und so hat man durchaus Handlung Spielraum, welcher der Stadtrat auch wahrnehmen soll. Als die Steuererhöhung vom Volk abgelehnt wurde und man wieder mit einer Steuererhöhung kommt, geht es wieder vors Volk. Neue Aus- und Weiterbildun-

gen können gar nicht gemacht werden, weil der Einwohnerrat dies verhindert, indem man kein bewilligtes Budget hat. Somit spart man nicht ein, sondern kann diese Weiterbildungen gar nicht mehr machen. Es ist ein Systemproblem und nicht etwas, welches man streicht. Bei der KESB ist es genau das Gleiche. Sobald man ein bewilligtes Budget hat, könnte man die Stelle erst ausschreiben.

Michael Portmann zieht den Antrag der SP-Fraktion, welcher genau gleich lautet, zurück. Selbstverständlich unterstützen sie den Antrag der Grüne/glp-Fraktion. Besonders in finanziell schwierigen Zeiten, benötigt die Stadtverwaltung gutes und erfahrenes Personal, um eine solch schwierige Situation bewältigen zu können. Es braucht sinnvolle Löhne und gute Arbeitsbedingungen, in welcher die Verwaltung ihre Arbeit ruhig und effizient wahrnehmen kann. Heute oder auch in den letzten Jahren vor Corona, sind leider die Personalausgaben und die Investitionsbremsen viel zu häufig gewesen und haben in diesem Arbeitsumfeld sehr viel Druck ausgeübt. Nun kommt die Perspektive hinzu, dass man in den nächsten Jahren vermutlich keine Lohnerhöhungen machen kann, weil eine sehr respektive und ehrgeizige Defizitbremse umgesetzt werden muss. Mit einem «Ja» zum Antrag, wird im Einwohnerrat ein Zeichen gesetzt, für eine Stadtverwaltung, welche stark sein soll und vom Einwohnerrat wertgeschätzt wird.

Erich Tschümperlin möchte nur noch etwas klarstellen. Anita Burkhardt-Künzler hat gesagt, dass es kompliziert wird, wenn man nachträglich die Löhne erhöhen muss. Es geht jedoch nicht um eine generelle Lohnerhöhung. Es geht darum, dass man Leistungen honorieren kann. Der Grüne/glp-Fraktion ist es klar, dass der Mutationsgewinn da ist und dass man mit dem etwas machen kann. Er möchte daran erinnern, dass mit der Einführung dieses Lohnsystems, der ehemalige Gemeindepräsident Paul Winiiker gesagt hat, dass es 0.5 % benötigt damit dieses System funktioniert. Wenn man zum Beispiel Leute einstellt, welche vielleicht 6 bis 7 Jahre bei der Verwaltung arbeiten, möchten diese auch eine Lohnentwicklung. Sie arbeiten effizient und haben ein Know-how, welches sie aufgearbeitet haben. Es geht um die Leistung der Mitarbeitenden nicht um eine generelle Lohnerhöhung. Wenn man solche Sachen nicht machen kann, wird die Verwaltung Mitarbeitende verlieren. Ein Stellenwechsel kostet extrem viel.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/glp (Erhöhung der Globalbudget für Lohnmassnahmen 0.5 % total Fr. 98'500.00)

Mit 16:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli Michèle	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder Hans	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco Bettina	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Gut Kathrin	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Hunziker Manuel	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Koch Patrick	StR: gemäss Antrag
Lisibach Armin	StR: gemäss Antrag
Meyer Pascal	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Niederberger Raoul	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Nyfeler Nicole	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Portmann Michael	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen

Spörri Raphael	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Stofer Peter	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen
Vollmar Jing	StR: gemäss Antrag
Vonesch Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger Martin	StR: gemäss Antrag
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Antrag
Zosso Cyrill	Grüne/glp: Erhöhung Lohnmassnahmen

Bemerkungsantrag Grüne/glp zu Seite 11

Cyrill Zosso möchte folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat erklärt die Absicht, im kommenden Jahr 1 % für Lohnmassnahmen zu budgetieren. Weiter verpflichtet er sich, Lohnmassnahmen künftig mit dem Personalverband abzusprechen.»

Gemäss Beat Tanner findet die FDP-Fraktion, dass man mit den Sozialpartnern verhandeln muss und dass das was passiert ist, nicht mehr passieren darf. Aber jetzt in Aussicht stellen, dass 1 % bezahlt wird, findet er nicht richtig. Gerade jetzt, wo man nicht weiss wie es wirtschaftlich weitergeht, auch mit Corona. Er bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/glp

Mit 15:12 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	NICHT ABGESTIMMT
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Antrag Grüne/glp: Seite 11 – Sparmassnahmen, KESB, Verzicht auf Behördenmitglied

Pascal Meyer beantragt im Namen der Grüne/glp-Fraktion folgende Änderung:

«Der Verzicht auf die Einsetzung eines Behördenmitgliedes der KESB ist rückgängig zu machen und mit dem entsprechenden Betrag im Globalbudget aufzuführen.»

Laut Pascal Meyer stellt die Grüne/glp-Fraktion den Antrag, dass bei der KESB der Verzicht auf die Einsetzung des Behördenmitglieds rückgängig gemacht wird und dies wieder ins Budget aufgenommen wird. Cyrill Zosso hat dies bereits ausgeführt und dies kann durchaus auch Folgen haben. Sowohl persönliche wie auch finanziell. Aus diesem Grund glaubt er, dass dem Antrag zugestimmt werden soll.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/glp (Erhöhung Globalbudget KESB, Rückgängigmachung Verzicht auf Behördenmitglied)

Mit 16:11 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli Michèle	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder Hans	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco Bettina	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Gut Kathrin	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Hunziker Manuel	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Koch Patrick	StR: gemäss Antrag
Lisibach Armin	StR: gemäss Antrag
Meyer Pascal	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Niederberger Raoul	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Nyfeler Nicole	NICHT ABGESTIMMT
Portmann Michael	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Spörri Raphael	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Stofer Peter	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	Grüne/glp: Erhöhung KESB
Vollmar Jing	StR: gemäss Antrag
Vonesch Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger Martin	StR: gemäss Antrag
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Antrag
Zosso Cyrill	Grüne/glp: Erhöhung KESB

Antrag Grüne/glp: Seite 11 – Sparmassnahmen, SD, Reduktion hauswirtschaftliche Leistungen

Pascal Meyer beantragt im Namen der Grüne/glp-Fraktion folgende Änderung:

«Auf die Reduktion der freiwilligen hauswirtschaftlichen Leistungen der Spitex ist zu verzichten und diese um den Betrag der Budgetkorrektur anzupassen.»

Gemäss Pascal Meyer versucht die Grüne/glp-Fraktion immer noch ein wenig Widerstand aus dem Budget zu holen und sie versuchen es noch mit den freiwilligen hauswirtschaftlichen Leistungen bei

der Spitex. Er glaubt, dass diese durchaus Folgekosten auslösen, da die Leute früher in ein Alters- oder Pflegeheim gehen. Dies wird die Verwaltung teuer zu stehen kommen, da es eine Massnahme ist, welche absolut kurzfristiges Denken ist. Aus diesem Grund denkt er, dass man diesem Antrag zustimmen muss. Er weiss nicht warum man diesem Antrag nicht zustimmen kann.

Andreas Vonesch merkt, dass sich Pascal Meyer auf die CVP/JCVP-Fraktion eingeschossen hat. Die Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen, da es um freiwillige Leistungen geht. Das heisst nicht, dass diese Leistungen nicht weiterhin in Anspruch genommen werden können. Neu wäre es einfach gegen Bezahlung. Es heisst auch nicht, dass diese freiwilligen Leistungen im Giesskannenprinzip für alle gelten, sondern freiwillige Leistungen beziehen ungefähr 30 %.

Erwin Schwarz wollte sich eigentlich nicht in diese Finanzdebatte einbringen. Dass man früh oder überhaupt ins Heim geht, findet im Moment gar nicht statt, da man gar nicht ins Heim geht, weil man nicht ins Gefängnis möchte. Dies weil man noch Kontakt mit der Familie haben möchte. Seine Eltern sind 93 und 91 Jahre alt und leben noch in ihrer Wohnung. Sie werden intensiv und hervorragend von der Spitex betreut und beziehen auch freiwillige Leistungen. Ob seine Eltern nun Fr. 39.00, Fr. 41.00 oder Fr. 43.00 bezahlen, tut ihnen oder auch ihm selber nicht weh. Hier mag es etwas ertragen, dass man nicht wegen diesen freiwilligen Leistungen die Steuern erhöht. Auch ältere Leute, welche heute zu dieser Generation gehören, welche nicht wohlhabend sind und nicht zu einer Familie schauen müssen, können diesen Betrag bezahlen.

Cyrill Zosso stellt fest, dass die CVP/JCVP-Fraktion am Anfang Kompromissbereitschaft versprochen hat, welche bisher nicht zu verspüren ist. Wenn dies so weitergeht, ist es für die Grüne/glp-Fraktion sehr schwierig ein solches Budget mit derartigen Kürzungen überhaupt in Betracht zu ziehen. Er möchte kurz Stellung nehmen zum Giesskannenprinzip. Wenn es heisst im Rahmen der Dienstleistungen einen allfälligen Betreuungs- und Pflegebedarf rechtzeitig zu erkennen bzw. mit rechtzeitigem Handeln intensivere und teurere Betreuungs- und Pflegeleistungen zu vermeiden oder zu verzögern, dann ist der Auftrag sehr genau definiert. Danach geht man nicht mehr mit der Giesskanne umher und gibt einfach jedem, welcher eine Putzhilfe benötigt, eine. Es sind die Leute, welche wirklich eine Hilfe brauchen. Es ist natürlich toll, wenn man nicht in der Situation ist, von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein. Dies ist eine wahnsinnig privilegierte Situation. Dummerweise sind nicht alle in dieser privilegierten Lage. Es geht durchaus auch darum, dass solche Leute aufgefangen und unterstützt werden. Erwin Schwarz hat das Gefängnis angesprochen. Cyrill Zosso glaubt, dass für viele ältere Leute der Schritt das Zuhause zu verlassen enorm gross ist. Für viele ist es der letzte Umzug und daher ist es ganz klar, dass man diesen Moment hinauszögern möchte. In Zeiten von Corona hat sich dies wahrscheinlich noch verschlimmert. Dass dieser Schritt hinausgezögert werden kann, hat neben dem finanziellen Aspekt durchaus auch den Aspekt, dass der älteren Bevölkerung doch noch ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglicht werden kann. Er hofft schwer, dass man die Kompromissbereitschaft der CVP/JCVP-Fraktion das erste Mal in dieser Sitzung spürt.

Bettina Gomer-Beacco kann nicht einfach das Maul halten, schliesslich ist sie diejenige vom Fach. Sie sagt, dass sie keine Insassen, sondern Bewohner haben und sie ist auch keine Wärterin, sondern eine Pflegerin. Es ist nicht so schlimm, wie es gesagt wurde. Im Gegenteil es wird immer besser, sie bieten auch wieder Aktivitäten an und Angehörige dürfen selbstverständlich wiederkommen. Warum kommen die Leute im Moment? Im Moment kommen die Leute, weil es zuhause nicht mehr geht. Die Angehörige sind teilweise überfordert. Es ist natürlich schön wenn es so privilegierte Personen gibt, welche solche hauswirtschaftlichen Leistungen selber bezahlen können. Diese sollen es auch machen. Es gibt jedoch ganz viele, die das nicht können. Was passiert, wenn sie das nicht können? Häufig ist es so, dass die hauswirtschaftlichen Leistungen bei den Familien hängen bleiben. Typischerweise bei Frauen zwischen 55 und 65 Jahren. Diese haben die betagten Eltern. Wenn diese an den Anschlag kommen,

geht es ins Heim. Wenn man Betreuungsgutscheine noch weiter reduziert, die jungen Frauen doch noch arbeiten möchten und die Mütter dieser Frauen dies auch ermöglichen möchten. Wird die Betreuung dieser Kinder auch an diesen Frauen zwischen 55 und 65 Jahren hängen bleiben. Das heisst, die Grossmutter zwischen 55 und 65 Jahren schaut zu den Grosskindern, damit diese nicht noch mehr Betreuungskosten verursachen, und schauen gleichzeitig zu den betagten Eltern, weil diese auch nichts mehr erhalten. Der Verlierer auf der ganzen Strecke ist die Frau zwischen 55 und 65 Jahren. Am Schluss eventuell auch wieder die Stadt, weil die Eltern in ein Heim eintreten, die jungen Familien wegziehen und Mütter nicht arbeiten gehen. Dies wird auf lange Sicht auch nicht mehr Steuern bringen. Sie ist der Meinung, dass auch mal an Investition gedacht werden soll und nicht nur immer an Sparen.

Auch Räto Camenisch macht geltend vom Fach zu sein. Er gibt Bettina Gomer-Beacco Recht. Diese hauswirtschaftlichen Leistungen sind für viele Leute ein Segen und lassen die Personen auch länger zuhause leben. Er ist der Meinung, dass dies eine gute Institution ist. Er spricht jedoch nicht von denjenigen. Er spricht von seiner 30-jährigen Erfahrung als Hausarzt und als Verschreiber dieser hauswirtschaftlichen Leistungen. Dazu muss er sagen, dass es einen Missstand gibt. Wenn jemand einen Unfall hatte und zum Beispiel die Schulter kaputt hat, ist es natürlich völlig richtig, dass diese Leistungen verschrieben werden. Er kann jedoch sagen, dass diese Verschreibungen lebenslänglich sind. Niemand ist bereit dies wieder aufzugeben. Er wäre bei vielen froh gewesen, hätten diese ein wenig mehr bezahlen müssen.

Andreas Vonesch möchte generell etwas sagen. Cyrill Zosso wirft der CVP/JCVP-Fraktion Kompromisslosigkeit vor, will sie unter Druck setzen und greift die Partei namentlich an. Er fragt sich, wer bis jetzt Kompromisslos gewesen ist. Er hat bis jetzt keinen einzigen Kompromiss der Grüne/glp-Fraktion gehört. Als die Grünen die Wahlen auch auf nationaler Ebene gewonnen haben, haben sie gesagt, dass sie auch eine staatstragende Partei sein. Bis jetzt spürt er davon nicht viel.

Raoul Niederberger stellt fest, dass die Grüne/glp-Fraktion nach Kompromissbereitschaft gefragt wurde. Sie haben sich lange überlegt, was sie tun sollten, wenn ihre Anträge nicht durchkommen würden. Sie würden das Budget ablehnen. Sie sind zum Kompromiss bereit, wenn dieser Antrag angenommen wird. Sie würden dem Budget zustimmen auch wenn der Antrag betreffend KESB abgelehnt wurde. Am Anfang haben sie auch gesagt, dass sie darauf bestehen. Wenn dieser Antrag, welcher ihres Erachtens keine langfristigen Effekte hat, angenommen wird, könnte die Grüne/glp-Fraktion dem Budget zustimmen. Das ist das Ziel, welches von allen verfolgt wird.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/glp (Erhöhung Globalbudget SD, Rückgängigmachung Einsparung hauswirtschaftliche Leistungen)

Mit 16:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

<u>Albrecht Michèle</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Bienz Viktor</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Binggeli Michèle</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Camenisch Räto</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Ercolani Enrico</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Fluder Hans</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
<u>Gut Kathrin</u>	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
<u>Hunziker Manuel</u>	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
<u>Koch Patrick</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Lisibach Armin</u>	StR: gemäss Antrag

Meyer Pascal	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Niederberger Raoul	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Nyfeler Nicole	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Portmann Michael	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Spörri Raphael	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Stofer Peter	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen
Vollmar Jing	StR: gemäss Antrag
Vonesch Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger Martin	StR: gemäss Antrag
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Antrag
Zosso Cyrill	Grüne/glp: Erhöhung hauswirtschaftliche Leistungen

Antrag KFG: Seite 80 – Familien- und Kulturdienste, Erhöhung Budget Betreuungsgutscheine
Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

«Die Einsparungen bei den Betreuungsgutscheinen im Budget Version 1 von Fr. 120'000.00 sowie im Budget 2 von Fr. 35'000.00 sind rückgängig zu machen. Das Globalbudget Familien- und Kulturdienste sowie das daraus resultierende Ergebnis im Beschlusstext sind entsprechend anzupassen.»

Martin Zellweger stellt fest, dass die KFG den Antrag bereits eingereicht hat. Gemäss Beschluss der Sitzung vom 21. April 2021. «Die Einsparungen bei den Betreuungsgutscheinen im Budget Version 1 von Fr. 120'000.00 sowie im Budget 2 von Fr. 35'000.00 sind rückgängig zu machen. Das Globalbudget Familien- und Kulturdienste sowie das daraus resultierende Ergebnis im Beschlusstext sind entsprechend anzupassen.» Der Antrag ist in der KFG mit einer knappen Mehrheit angenommen worden.

Beat Tanner merkt an, dass es vor allem einen Rückkommensantrag der CVP/JCVP-Fraktion ist, welchen er sehr gut nachvollziehen kann. Es ist jedoch ein wenig eine Mogelpackung, welche man den Familien versucht zu verkaufen. Wenn man es ganz genau durchschaut, ist es so, dass man den Familien etwas Weniges gibt, aber die Steuern so viel erhöht, dass der grösste Teil viel mehr bezahlen muss. Die Steuererhöhung trifft die Familien und das ist weitaus mehr als die Kürzung der Betreuungsgutscheine. Dies ist auch bei Familien mit schmalem Budget der Fall, aber auch bei Familien, welche Doppelverdiener sind. Weil es zu einer Mehrbelastung der Familien führt, lehnt die FDP-Fraktion den Antrag ab. Kriens verliert auch an Attraktivität für Familien, weil man damit auch höhere Steuern hat. Die Stiftung Wirtschaftsförderung wurde gefragt, weshalb nicht so viele Firmen in Emmen angesiedelt werden können. Ivan Buck hat geantwortet, dass Emmen so hohe Steuern hat und die Firmen deshalb nicht nach Emmen gehen wollen. Dies schmälert natürlich die Attraktivität von Kriens. Wichtig ist, dass das Angebot angeboten wird und wenn man einen Franken weniger erhält, ist er sich nicht ganz sicher, ob es zusammen mit den Steuern aufgeht.

Gemäss Michèle Albrecht ist die CVP/JCVP-Fraktion sehr für diese Betreuungsgutscheine. Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass bei einem Steuerfuss von 2.0 Einheiten, eine Familie mit einem Reineinkommen von Fr. 70'000.00, Fr. 200.00 mehr Steuern im Jahr zahlt. Die Betreuungsgutscheine sind für Familien, welche weniger als Fr. 70'000.00 Reineinkommen im Jahr haben. Sie glaubt, dass dies die Balance ist, welche der Rat anstreben möchte. Es sind die betroffenen, welche es wirklich brauchen.

Martin Zellweger sagt, dass es bei dem Antrag grundsätzlich weiter geht als jetzt diskutiert wird. Man kommt nämlich zurück auf eine Änderung, welche man bereits im ersten Budget behandelt hat. Wenn es technisch möglich ist, würde er eine Variantenabstimmung vorschlagen. Dass nicht über den Gesamtbetrag abgestimmt wird, sondern in zwei Stufen. Zuerst die Fr. 35'000.00, welche zu diesem Budget gespart wurden. Somit hat die CVP/JCVP-Fraktion die Möglichkeit das als separaten Teil anzunehmen. Beim letzten Budget hätten sie so zugestimmt. Danach die Fr. 120'000.00, welche in einem zweiten Schritt abgestimmt werden. Das wäre im letzten Budget zusätzlich. Dies wäre ein Antrag, welcher er stellen würde, wenn dies technisch möglich wäre.

Anita Burkhardt-Künzler schlägt vor, dass nur noch die CVP/JCVP-Fraktion über das Budget abstimmt, da die Fraktion immer von allen angesprochen wird. Sie wäre dankbar, wenn der Rat die Fraktion nicht immer persönlich ansprechen würde. Sie ist der Meinung, dass die Linken gerne auch die Rechten ansprechen dürfen und auch umgekehrt.

Marco Frauenknecht möchte nochmals präzise auf das eingehen, was gesagt wurde. Die Betreuungsgutscheine werden nicht abgeschafft. Auf Seite 134 sieht man, wie viel für die Betreuungsgutscheine budgetiert ist. Es tragen alle mit, in diesem Budget Version 2. Die Älteren, die Jüngeren, die mit Familien und die ohne Familien. Er bittet den Rat, dem Antrag des Stadtrats und dem Budget, so wie es ist, zuzustimmen.

Raoul Niederberger möchte etwas zum Vorgehen sagen. Dass der Antrag der KFG in einen Varianten-Antrag abgeändert wird, geht ihres Erachtens nicht. Dieser Antrag hat die KFG so gestellt und dieser müsste auch von der KFG abgeändert werden. Es müssten zwei separate Anträge sein. Einmal abstimmen über den KFG-Antrag wie er gestellt wurde und vorliegt und dann kann Martin Zellweger entweder noch einen zweiten Antrag stellen. Ansonsten müsste sich die KFG kurz treffen und entscheiden, dass es eine Variantenabstimmung gibt.

Martin Zellweger spricht kurz als KFG-Präsident. Selbstverständlich stellt die KFG den Antrag so wie er gestellt worden ist. Aus diesem Grund hat er vorher als Fraktionsmitglied gefragt, ob dies möglich ist.

Gemäss Guido Solarì ist dies selbstverständlich möglich. Der zweite Antrag in der Höhe von Fr. 35'000.00 kam von der SVP-Fraktion. Es gibt nun eine Variantenabstimmung. Die Nummer 1 wäre der Antrag des Stadtrates, 2. wäre der Antrag der KFG und 3. wäre der Antrag der SVP.

Variantenabstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag KFG (Erhöhung Fr. 155'000.00) und Antrag SVP (Erhöhung Fr. 35'000.00)

Mit 6:16:6 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

<u>Albrecht Michèle</u>	KFG: Erhöhung 155'000
<u>Bienz Viktor</u>	KFG: Erhöhung 155'000
<u>Binggeli Michèle</u>	SVP: Erhöhung 35'000
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	KFG: Erhöhung 155'000
<u>Camenisch Rätö</u>	SVP: Erhöhung 35'000
<u>Ercolani Enrico</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Fluder Hans</u>	SVP: Erhöhung 35'000
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	KFG: Erhöhung 155'000
<u>Gut Kathrin</u>	KFG: Erhöhung 155'000
<u>Hunziker Manuel</u>	KFG: Erhöhung 155'000

Koch Patrick	SVP: Erhöhung 35'000
Lisibach Armin	StR: gemäss Antrag
Meyer Pascal	KFG: Erhöhung 155'000
Niederberger Raoul	KFG: Erhöhung 155'000
Nyfeler Nicole	KFG: Erhöhung 155'000
Portmann Michael	KFG: Erhöhung 155'000
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	KFG: Erhöhung 155'000
Spörri Raphael	KFG: Erhöhung 155'000
Stofer Peter	KFG: Erhöhung 155'000
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	KFG: Erhöhung 155'000
Vollmar Jing	SVP: Erhöhung 35'000
Vonesch Andreas	KFG: Erhöhung 155'000
Zellweger Martin	SVP: Erhöhung 35'000
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Antrag
Zosso Cyrill	KFG: Erhöhung 155'000

Guido Solari erläutert, da der Antrag der KFG die absolute Mehrheit hat, gibt es keine zweite Abstimmung.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 30 – Grafik zur Erfolgsrechnung

Michael Portmann möchte im Namen der SP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Während der Übergangszeit des Finanzhaushaltsreglements sind die Fixkosten der Stadt Kriens zu 100 % gedeckt. Grössere Investitionsprojekte werden mit einem Planungsbericht für den Zeitraum 2021 – 2031 angezeigt, damit die 100 %-Deckung der Fixkosten effektiv sichergestellt werden kann.»

Gemäss Michael Portmann wird in der Grafik auf Seite 30 sichtbar, dass seit 2010 bis 2012 in drei Jahren insgesamt 10 Millionen Franken Defizit oder pro Jahr im Schnitt mehr als 3 Millionen Franken Defizit entstanden. Die Steuererhöhung 2013 auf 2,0 Steuereinheiten brachte etwas Entspannung. Bis 2019 entstanden im Schnitt pro Jahr nur noch 1,5 Millionen Franken Defizit. Wohlbemerkt immer ohne die Investitionen, welche sich in stetig steigenden Schulden äussern. Auch in der Rechnung 2020 zeigt sich, dass die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen nicht wie gewünscht gewachsen sind und das Defizit nur durch ausserordentlich hohe Steuereinnahmen bei den juristischen Personen abgeschwächt wurde. Würde man eine Trendlinie in die Steuereinnahmen einfügen, so wird eine regelmäßige Schwankung von plus/minus 2 Millionen Franken sichtbar. Diese Schwankung wurde auch im von Jörg Ziemssen gezeigten Diagramm sehr schön sichtbar und deckt sich auch mit dem Befund von Christoph Lengwiler in der Finanzstrategie 2020 - 2024. Wenn es mit der Trendlinie genau angeschaut wird, heisst das, dass es im Jahr 2018 plus 2 Millionen Franken und im Jahr 2019 minus 2 Millionen gab. Nach dem Plus 2020 ist ein Minus im selben Ausmass für 2021 zu erwarten, wobei er nur auf die Zahlen geschaut habe und nicht auf irgendwelche wirtschaftlichen Bedingungen, welche hier Einfluss haben könnten. Was auch sichtbar wird, ist, dass ab 2021 fünf Mal nacheinander jeweils Überschüsse von bis zu einer Million Franken vorgesehen sind. Dies würde bedeuten, dass man mit der Steuererhöhung auf 2,0 Steuereinheiten das frühere Defizit-Niveau bei ca. minus 1,5 Millionen Franken verlassen und es um 2,5 Millionen Franken höher bei plus 1 Million Franken ansetzen würde. Ihm scheint diese Prognose gewagt, wenn er die möglichen Schwankungen nur schon in den Einnahmen betrachte und sich überlege, dass ja auch die Ausgaben trotz Ausgabenbremsen beachtlich ansteigen könnten. Deshalb setzt die Umsetzung eine konsequente und vorausschauende Planung voraus, weil doch ein beträchtliches Risiko besteht, dass zum Beispiel die hohen Schwankungen in den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen die Wirkung des Finanzhaushaltsreglements vernichten. Ein Planungsbericht zu den Stadtfinanzen bis 2031 würde hier Klarheit schaffen, über den Weg, welcher noch vor uns

liegt. Ein «Ja» zu diesem Bemerkungsantrag weist den Stadtrat daraufhin, dass nun auch ein Blick in die Zukunft gewagt werden darf und muss.

Marco Frauenknecht merkt an, dass der Stadtrat auch diesen Bemerkungsantrag ablehnt. Dass man in die Zukunft schaut ist richtig und wichtig. Jedoch ist ein Planungsbericht von 10 Jahren unrealistisch. Mit dem AFP werden 5 Jahre aufgezeigt und 10 Jahre sind Papierverschwendung. Der Blick von 10 Jahren kann nicht von heute auf morgen aufgezeigt werden und würde auch die ganzen Zahlen verfälschen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 13:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen entsteht ein unentschiedenes Ergebnis.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Enthaltung
Koch Patrick	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Enthaltung
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Es erfolgte eine zweite Abstimmung mit dem gleichen Ergebnis. Mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Seite 54

Beat Tanner hat mit grossem Erstaunen gelesen, dass die Fraktionen neu für die Arbeit, welche sie für die Stadt Kriens machen, bezahlen sollen. Ohne vorgängige Kommunikation erschüttert dies das Verhältnis zwischen dem Stadtrat und dem Einwohnerrat. Die Fraktionen sind, wie in den Privatfirmen, Verwaltungsräte. Er kennt keinen Verwaltungsrat, welcher schlussendlich für das Sitzungszimmer zahlen muss. Er nimmt an, dass der Stadtrat für seine Sitzungszimmer auch nicht bezahlen muss. Weiter weist er daraufhin, dass der Einwohnerrat eigentlich nur für die Kommissionsarbeit und die Sitzungen im Einwohnerrat bezahlt wird. Die Fraktionssitzungen werden in der Freizeit gemacht. Und nun sollte dies auch noch bezahlt werden. Dies kann die FDP-Fraktion nicht verstehen. Er ist sich nicht sicher,

ob allen klar ist, dass sie Behördenmitglieder sind und somit zur ganzen Verwaltung gehören. Er erwartet vom Stadtrat eine entsprechende Stellungnahme.

Erich Tschümperlin erläutert, dass man hier sieht, welche Blüten diese Sparmassnahmen treiben. Es gibt eine interne Verrechnung, welche eigentlich gar nichts bringt. Er hat gehört, dass der Stadtrat seine Sitzungszimmer auch bezahlen muss. Es kostet die Gemeinde eigentlich nichts, denn es wird nur Geld hin und her geschoben. Wenn man schaut, was die Ratsmitglieder alles per Papier erhalten. All diese Unterlagen werden stundenlang gelesen und diskutiert. Es wird ernst und seriös genommen. Er stellt klar, dass die Grüne/glp-Fraktion diese Fraktionssitzungszimmer nicht gebrauchen. Das jetzt für diese Freiwilligenarbeit Geld verlangt wird, schlägt dem Fass den Boden raus. Es sieht auf dem Papier gut aus, da es ein paar Franken gibt. Wenn dies kommt, muss man sich noch fragen, wie man Leute motivieren möchte in den Einwohnerrat zu kommen. So etwas müsste man sich besser überlegen. Diese Einnahmen hätte man mindestens vorgängig mit dem Rat diskutieren müssen.

Martin Zellweger ist absolut einverstanden. Denn so wie er es verstanden hat, ist es nur eine interne Verrechnung. Das heisst eine Abteilung hat gedacht man müsse sparen und muss deshalb etwas erhalten. Die Stadt verdient in diesem Sinne nichts, da sie auch nichts verliert. Er glaubt, dass ist etwas was rückgängig gemacht werden kann. Es ist erwähnenswert, jedoch ist es ein Klacks in diesem Budget.

Bei Marco Frauenknecht ist der Satz bereits gestrichen. Er begrüsst den Rat im HRM2. Es ist ein Null-Summen-Spiel. Der Stadtrat nimmt dies ganz klar entgegen und es wird auch weiterhin gratis sein für die Fraktionen.

Bemerkungsantrag SP: Seite 76 – Verkehrs- und Infrastrukturdienste

Michael Portmann beantragt im Namen der SP folgende Änderung:

«Die Stadt Kriens plant den vom Bund gesetzlich vorgeschriebenen Umbau der Bushaltestellen auf dem Stadtgebiet, damit die Bushaltestellen in Kriens bis 2030 hindernisfrei sind.»

Gemäss Michael Portmann sind im Leistungsauftrag der Verkehrs- und Infrastrukturdienste mit den VSS-Normen auch die Anforderungen der Hindernisfreiheit im ÖV und insbesondere bei Bushaltestellen im Leistungsauftrag enthalten. Die Stadt Kriens müsste gemäss dem Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wie viele andere Gemeinden und Städte bis 2023 ihre Bushaltestellen so umbauen, dass sie hindernisfrei werden. Das wird ziemlich viel Geld kosten, die Stadt Luzern hat 40 Millionen Franken in 10 Jahren budgetiert. Vermutlich wird auch die Stadt Kriens 10-20 Millionen Franken in den nächsten 10 Jahren aufwenden müssen. Trotz Umsetzungsfrist bis Ende 2023 fehlt aber in Kriens eine entsprechende Planung komplett. Mit einem JA zu diesem Antrag wird noch ausreichend früh initiiert, dass der Stadtrat aufzeigen kann, wie er diese Herausforderung stemmen will.

Maurus Frey dankt für den Antrag und merkt an, dass der Stadtrat dem Antrag opponiert. Er möchte den Rat darauf aufmerksam machen, dass ein gleichlautender Vorstoss zur Behandlung vorliegt. Im Rahmen der Behandlung des Vorstosses wird der Stadtrat die entsprechenden Antworten, Zahlen und Abschätzungen liefern. Er kann bereits jetzt sagen, dass eine verbindliche Aufnahme der Massnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes auf 10 Jahren sehr schwierig ist. Der Stadtrat möchte gezielte Massnahmen an bestimmten Hotspots ergreifen. Dort wo der grösste mögliche Effekt erzielt wird und es die grössten Hürden gibt. Er bittet den Rat, dem Antrag nicht zu folgen und ihn abzulehnen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP (Verkehrs- und Infrastrukturdienste)

Mit 10:17 Stimmen und einer Enthaltung wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Enthaltung
Koch Patrick	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Antrag SVP: Seite 7 – Bevölkerungsdienste

Martin Zellweger beantragt im Namen der SVP folgende Änderung:

«In der Erfolgsrechnung 2021 des Globalbudgets 50 Bevölkerungsdienste Seite 95 wird der Fiskaltrag um den Betrag von Fr. 888'503 reduziert, so dass ein Saldo des Globalbudget von Fr. - 82'295'295.00 resultiert.»

Gemäss Martin Zellweger hat die SVP Fraktion bereits im Eintretensvotum und mit einem eingereichten Antrag bekundet, dass sie Hand zu einem Kompromiss bieten möchten. Auch im Verlauf der Diskussion haben sie gezeigt, dass sie im Rahmen der Betreuungsgutscheine bereit sind, einen Schritt entgegenzukommen. Als erstes möchte er die Ausgangslage vor Augen führen. Der Rat entscheidet heute über das Budget. Bei einer Ablehnung wird der Kanton entscheiden müssen. Wenn der Rat zustimmt, dann gibt es zwei Szenarien. Die Steuern bleiben bei einem Steuerfuss von 1.90 oder sie werden angehoben, gemäss B +A auf 2.0. Bei 1.90 wird das Budget direkt zur Umsetzung kommen. Wird eine Erhöhung des Steuerfusses angenommen so darf das Volk noch entscheiden. Je nach Vorlage stimmt das Volk zu. Bei Ablehnung, was bei einer Wiederholung des Steuerfusses grosse Wahrscheinlichkeit hat, gelangt dies ebenso an den Kanton und dieser macht das Budget. Man möchte nicht eine Ablehnung des Budgets provozieren, sondern eine Zustimmung, welche es erlaubt Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Fraktion möchte keine Bevormundung durch den Kanton, wie auch immer diese daher kommen würde. Sie wollen nicht kapitulieren. Zusätzlich wollen sie dem Volk ein Signal geben, man kann die Hausaufgaben machen und auf die Stimme des Volks hören. Sie halten nicht stur an ihrer Meinung fest, sondern hören zu. Zugleich möchten sie auch

signalisieren, dass der Rat sich einigen kann und den frischen Wind nicht mit einer Kantonsbevormundung abstrafft. Die SVP-Fraktion steht zum neuen Stadtrat. Sie haben den Antrag eingereicht den Steuerfuss auf 1.95 Einheiten festzusetzen. Die SVP-Fraktion stellt deshalb zwei Anträge, sie gehören zusammen und er wird dies nachher erklären. Zuerst möchten sie den Beschlusstext anpassen, so dass der Steuerfuss auf 1.95 anstelle von 2.0 angesetzt wird.

Antrag 2

Der Beschlusstext Seite 7 ist wie folgt anzupassen:

Alt: ...sowie einem Steuerfuss von 2.00 Einheiten (Vorjahr 1.90 Einheiten) mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt...

Neu: ... sowie einem Steuerfuss von 1.95 Einheiten (Vorjahr 1.90 Einheiten) mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt...

Weil sie dabei nicht ein negatives Resultat erwirtschaften möchten, beantragen sie zugleich das Globalbudget Bevölkerungsdienste so anzupassen, dass im Budget ein ausgeglichenes Resultat entsteht. Mit «ausgeglichen» setzen sie einen symbolischen Betrag von Fr. 10'000.00.

Die SVP Fraktion stellt deshalb noch vorher folgenden Antrag:

Antrag 1

In der Erfolgsrechnung 2021 des Globalbudgets 50 Bevölkerungsdienste Seite 95 wird der Fiskalertrag um den Betrag von 888'503 Franken reduziert, so dass ein Saldo des Globalbudgets von -82'295'295 Franken resultiert.

Wie kommen sie zu dieser Zahl, wieso glauben sie, dass dieser Weg realistisch ist. Im aktuellen Budget ist der Steuerertrag mit einem Steuerfuss von 2.0 ca. 3.90 Millionen Franken höher als wenn der Steuerfuss bei den heutigen 1.90 angesetzt würde. Bei einem Steuerfuss von 1.95 wäre der Mehrertrag lediglich 1.95 Millionen Franken. Möchten sie also ein positives Ergebnis (Fr. 10'000.00) so müsste man ca. 1 Million mehr Steuererträge einnehmen. Aus diesen Zahlen ergibt sich der Antrag die Steuererträge um Fr. 888'503 zu reduzieren. Wieso glauben sie nun, dass im 2021 ca. 1 Million Franken mehr einnehmen können als budgetiert. Bei der Planung der Steuererträge 2021 rechnet der Stadtrat mit einem Netto-Rückgang der Steuererträge von 4.08 %. 2020 waren die Fiskalerträge 89'173'436 Millionen. Würde im 2021 im Budget 2.0 ein Steuerfuss von 1.90 wie im 2020 gerechnet, so entspräche der budgetierte Betrag Fr. 85'534'000.00 also -4.08 %. Die Zunahme auf Fr. 89'434'000.00 ist also lediglich ein Resultat der Steuerfusserhöhung auf 2.0. Wenn man nun die Steuerentwicklung der letzten 40 Jahre der Stadt Kriens betrachtet (Quelle Lustat), so gab es lediglich dreimal einen Steuerrückgang von über 2.6 %, zwei Mal davon aufgrund einer Senkung des Steuerfusses. Zugleich hatten wir im 2019 und im 2020 das grösste Bevölkerungswachstum der letzten 40 Jahre 3-4 Mal grösser als der Durchschnitt der 40 Jahre. Vor diesem Hintergrund schlagen sie jetzt vor die Steuererträge statt wie der Stadtrat vorschlägt gegenüber 2020 lediglich 3 % anstelle von 4 % tiefer anzusetzen und so 1 Million Franken höher zu budgetieren. Damit würde man mit einem Steuerfuss von 1.95 also ein ausgeglichenes Resultat erreichen. Man dürfte also doch sagen, dass ist nicht Zweckoptimismus, wenn er die eher pessimistischeren -4 % gegenüber 2020 auf ebenso moderate -3 % plane (also immer noch eine Abnahme des Steuerertrages in einer Grössenordnung wie es in den letzten 40 Jahren nur einmal ohne Steuersenkung stattgefunden hat) und wenn er damit bei einem Steuerfuss von 1.95 trotzdem ein ausgeglichenes Resultat erlangen kann. Es ist nicht Zweckoptimismus, ganz im Gegensatz zu den letzten Jahren, als man trotz klarerer Fehlentwicklung Steuern optimistisch plante, um den Ausgabenblock weiter hoch zu halten. Es ist auch nicht Zweckoptimismus eine moderate Steuererhöhung festzulegen (mit 3 % Rückgang), um so eben nicht Steuern auf Vorrat einzufordern. Es ist ein äusserst faires Angebot der SVP-Fraktion für einen Kompromiss. Es ist ein Kompromiss, bei dem alle

einen Schritt machen müssen. Diejenigen, welche einen Steuerfuss von 2.0 fordern, diejenigen die bei 1.90 bleiben möchten, der Stadtrat, auch das Volk welches 2.0 abgelehnt hat und jetzt 1.95 offeriert erhält. Es ist der Kompromiss, welcher erlaubt selbst zu entscheiden und gestärkt dem Stimmvolk einen Weg aufzuzeigen. Er bittet den Rat diesen Vorschlag anzunehmen und so als Einwohnerrat Verantwortung zu übernehmen.

Gemäss Beat Tanner unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der SVP-Fraktion. Grundsätzlich sind sie jedoch der Meinung, dass es keine Steuererhöhung im Jahr 2021 benötigt. Diese Ausführungen hat man bereits von Jörg Ziemssen gehört, in welcher sie der Meinung sind, dass die juristischen Personen zu tief budgetiert sind. Es zeigt, wenn man ganz genaue Berechnungen macht, dass sie voll und ganz dahinterstehen können, wenn man mit den juristischen Personen hochfährt. Sie sind jedoch auch der Meinung, dass Kriens extrem wächst und der Steuerertrag optimiert werden kann. Es ist natürlich auch Corona bedingt, denn es ist sehr schwierig für viele Leute und auch Unternehmungen und KMU. Noch schwieriger ist es wenn mehr Steuern bezahlt werden müssen. Auch bei den Grundstückgewinnsteuern sehen sie, dass man defensiv budgetiert hat, da die Immobilienpreise immer höher werden. Sie sind der Meinung, dass der Stadtrat gut beraten gewesen wäre, wenn er die Zahlen der Rechnung 2020 nochmals angeschaut hätte. Um auch etwas beizutragen, werden sie den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen.

Raoul Niederberger stellt fest, dass heute viel vom Wort Kompromiss und Kompromissbereitschaft die Rede war. Man steht heute an einer verzwickten Situation, denn wenn der Rat das Budget ablehnt, muss der Regierungsrat entscheiden. Wenn man aber zurückschaut, weshalb man heute an diesem Punkt steht, dann muss man sagen, dass die Grüne/glp-Fraktion beim ersten Budget sehr Kompromissbereit war. Sie haben Verhandlungen gesucht, haben geschaut, wo man das Minus noch kleiner machen kann und haben Vorschläge gebracht. Diese Vorschläge sind zum Teil abgelehnt worden und trotzdem haben sie sich zu einem «Ja» durchgerungen. Das Budget wurde von gewissen Teilen dieses Rates bekämpft und wurde dementsprechend vom Volk abgelehnt. Wie man das Resultat dieser Volksabstimmung deutet, müsste untersucht werden. Auch heute haben sie gesagt, dass sie Kompromissbereit wären. Sie sagten, wenn man gewisse Sparmassnahmen rückgängig machen könnte, wären sie bereit, dem Budget zuzustimmen. Aber jetzt diesem Budget zuzustimmen mit einer Steuererhöhung um lediglich einen Steuerzwanzigstel, können sie nicht mehr «Ja» dazu sagen. In den letzten Jahren wurde ihnen immer wieder vorgeworfen, zu positiv zu budgetieren. Martin Zellweger hat zwar aufgezeigt, dass es mit seiner Version aufgehen würde. Die Grüne/glp-Fraktion ist nicht überzeugt davon. Beat Tanner hat gesagt, dass bei den juristischen Personen eine Steuereinnahmenerhöhung angenommen werden soll. Auch hier ist man eher vorsichtig. Erich Tschümperlin hat bereits erwähnt, dass eine der wichtigsten juristischen Personen in den nächsten Jahren Kriens verlassen wird. Ihres Erachtens ist ein grosses Ziel die Schulden abzubauen. Wenn man jetzt die Steuern wieder nicht um einen Zehntel erhöht, dann kommt man diesem Ziel erst recht nicht näher. Wenn man diesem Antrag jetzt zustimmen würde und das Globalbudget entsprechend anpasst, dann würde man einen Gewinn von Fr. 10'000.00 ausweisen. Jetzt muss jedoch bei den Betreuungsgutscheinen das Globalbudget wieder erhöht werden, das heisst man kommt wieder mit einem negativen Budget ans Volk. Der Schuldenabbau ist immer noch in weiter Entfernung. Dann kommt hinzu, dass man mit Corona eine grosse Ungewissheit hat. Aus diesem Grund findet die Fraktion, dass es nicht angebracht ist positivere Prognosen zu stellen. Sie können nicht dahinterstehen jetzt wieder vom Weg abzuweichen. Sie haben ihre Kompromissbereitschaft erläutert und wenn es so kommt, dass der Regierungsrat entscheiden muss, ist es unschön, jedoch die Konsequenz der Debatten und dem politischen Prozess.

Anita Burkhardt-Künzler merkt an, dass bereits viel gesagt wurde. Sie stellt fest, dass es eine Hauptperson im Saal gibt, welche die Hauptarbeit geleistet hat. Sie würde gerne hören, welche Antworten Franz Bucher zu geben hat.

Michael Portmann erläutert, dass im Finanzhaushaltsreglement das Ziel angestrebt wird, den Schuldenberg abzubauen. Das bedeutet, dass die SP-Fraktion froh ist, dass die Wirtschaft weiterwächst und somit auch die Einnahmen. Es ist jedoch auch so, dass die Ausgaben kräftig wachsen, da Kriens immer mehr Einwohner hat und der Kanton die Ausgaben pro Kopf berechnet. Wenn man Schulden abbauen möchte, dann müssen die Einnahmen schneller wachsen als die Ausgaben. Wenn man im nächsten Geschäft die Schulden wirklich abbauen und nicht nur bremsen möchte, dann muss man Defizite vermeiden. Das heisst, dass solche knappe Null-Summen-Spiele vermieden werden müssen. Defizite müssen in der Rechnung und nicht im Budget vermieden werden. Jetzt steht zur Diskussion, dass ein Defizit geplant wird. Er glaubt nicht, dass das Finanzhaushaltsreglement so überhaupt zum Laufen kommen kann.

Martin Zellweger möchte nur kurz repetieren, dass man nicht vorhat ein Defizit zu planen. Er hat aufgezeigt, dass man ein ausgeglichenes Resultat planen möchte.

Andreas Vonesch merkt an, dass die CVP/JCVP-Fraktion bereits beim Eintreten gesagt hat, dass sie an diesem Steuerzehntel festhalten. Es ist ein Vernunftentscheid. Man hat viel gehört, dass ein Handlungsspielraum gebraucht wird. Wenn man jetzt einer halbherzigen Steuererhöhung nachgeht, dann macht man alle Bemühungen zunichte. Sie haben immer moniert, dass man in den Vorjahren zu großzügig budgetiert hat und dass man mit den Erwartungen zurückfahren muss. Dies hat man jetzt gemacht und dementsprechend müsste der Rat aus Vernunftgründen dem Zehntel zustimmen. Wenn man in Zukunft und langfristig Schulden abbauen möchte, dann benötigt man den Zehntel.

Beat Tanner findet es sehr schade, dass kein Kompromiss gefunden wird. Er stellt fest, dass die FDP-Fraktion Kompromissbereitschaft signalisiert hat und wären bereit gewesen dem Steuerfuss von 1.95 zuzustimmen. So gibt man dem Volk keine Möglichkeit, sondern übergibt alles direkt dem Kanton. Das kann natürlich auch eine Strategie sein. Der Kanton ist auch ein wenig dafür verantwortlich mit der AFR 18. 1.5 Millionen hat dies gekostet, für welches der alte Finanzvorsteher Werbung gemacht hat. Es ist schade, aber offenbar ist man nicht in der Lage einen Kompromiss im Rat zu finden.

Marco Frauenknecht erläutert, dass für Meinungen die Politiker gewählt wurden. Die Haltung des Stadtrates hat er bereits in seinem Eintretens-Votum erläutert. Er erinnert nochmals an die Einhaltung des Planungsberichts und an die 1. Lesung des Finanzhaushaltsreglements. Er beantragt, bezüglich den Zahlen, dem zuständigen Abteilungsleiter Franz Bucher das Wort zu geben.

Franz Bucher merkt an, dass es darum geht den Antrag der SVP-Fraktion dem neusten Stand anzupassen. Im Antrag 1 waren die Fr. 888'503.00 eingetragen. Diese müssen nun um die Fr. 155'000.00 für die Betreuungsgutscheine korrigiert werden. Wenn man dies anpasst gibt es Fr. 733'503.00. Das Globalbudget wäre nicht 82.295 Millionen, sondern 82.45 Millionen. Dann hätte man ein ausgeglichenes Budget von Fr. 10'000.00 Ertragsüberschuss. Das wären die neuen Zahlen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SVP (Reduktion Globalbudget um Fr. 733'503.00 beim Fiskalertrag)

Mit 16:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

<u>Albrecht Michèle</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Bienz Viktor</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Binggeli Michèle</u>	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	StR: gemäss Antrag

Camenisch Räto	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Ercolani Enrico	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Fluder Hans	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Gomer-Beacco Bettina	StR: gemäss Antrag
Gut Kathrin	StR: gemäss Antrag
Hunziker Manuel	StR: gemäss Antrag
Koch Patrick	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Lisibach Armin	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Meyer Pascal	StR: gemäss Antrag
Niederberger Raoul	StR: gemäss Antrag
Nyfelner Nicole	StR: gemäss Antrag
Portmann Michael	StR: gemäss Antrag
Rösch Daniel	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Schwarz Erwin	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Solari Simon	StR: gemäss Antrag
Spörri Raphael	StR: gemäss Antrag
Stofer Peter	StR: gemäss Antrag
Tanner Beat	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Tschümperlin Erich	StR: gemäss Antrag
Vollmar Jing	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Vonesch Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger Martin	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Ziemssen Jörg	SVP: Reduktion um 733'503.00 beim Fiskalertrag
Zosso Cyrill	StR: gemäss Antrag

Martin Zellweger sagt, dass der zweite Antrag zurückgezogen wird, da die Anpassung nicht angenommen wurde.

Pascal Meyer hat einen Antrag eingereicht, welcher offenbar nicht aufgeschaltet wurde. Es handelt sich um die Seite 144. Es geht um die Einsparungen bei der Volksschule. Es geht darum, dass Corona bedingt Exkursionen nicht mehr durchgeführt werden. Wenn Corona dies wieder zulässt, dass solche Exkursionen auch wieder durchgeführt werden. Dies würde sein Antrag bezwecken. Das heisst, dass Globalbudget ist so anzupassen, dass solche Exkursionen wieder durchgeführt werden können.

Marco Frauenknecht dankt für diesen Bemerkungsantrag. Bezüglich der Unentgeltlichkeit ist im Protokoll der KFG nachgereicht worden, was die Unentgeltlichkeit bedeutet. Es ist nicht so das keine Exkursionen mehr stattfinden werden. Sie wissen, dass es gesetzlich geregelt ist, dass die Schule in gewissen Sachen nichts kosten darf. Sollte es wieder möglich sein, hat die Volksschule die finanziellen Mittel, dass solche Exkursionen nach Corona aber auch in diesem Jahr durchgeführt werden können.

Pascal Meyer merkt an, dass er das gut findet, wenn die Möglichkeit besteht, dass diese Exkursionen weiterhin durchgeführt werden können. Somit ist seinem Anliegen entsprochen.

Erich Tschümperlin fragt, ob er es richtig verstanden hat. Es ist vorstellbar, dass ab dem Herbst oder sogar ab dem Sommer wieder Exkursionen möglich sind und diese müssen aus finanziellen Gründen nicht abgesagt werden. Er hat bereits von Kindern gehört, welche gesagt haben, dass sie im Herbst eine Exkursion machen möchten aber das Geld nicht reicht. Er wird sich darauf berufen, dass dies möglich ist. Man muss sehen, dass die Schulen ein doppeltes Problem haben. Man hatte die unselige Geschichte mit dem «Suuberes-Kriens» gehabt und diese Aktionen wären im Frühling losgegangen. Er hat gehört, dass dies nun wieder gehen soll. Diesen Klassen fehlt Geld in der Kasse. Die Frage ist, was man unter einer Exkursion versteht. Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe konnten nicht ins

Klassenlager gehen und er bezweifelt, dass die Klassenlager im Herbst genügend Geld haben. Er wird den Stadtrat beim Wort nehmen.

Marco Frauenknecht sagt, dass zwischen Exkursionen und Klassenlager unterschieden werden müssen. Er hat in der KFG erläutert, dass die Klassenlager in der Oberstufe nicht stattfinden konnten. In Kriens ist es schön, dass man von der 5. bis zur 9. Klasse Exkursionen machen kann. dies wird auch weiterhin ermöglicht werden. Man spricht hier vom Jahr 2021. Wenn es möglich sein wird, stehen die Mittel zur Verfügung.

Martin Zellweger beantragt ein Timeout von 10 Minuten. Diesem Antrag wird nicht opponiert. Der Präsident unterbricht die Sitzung.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Das Budget 2021*
 - mit einem Ertragsüberschuss von 743'503 Franken sowie Investitionsausgaben von 13'364'000 Franken sowie einem Steuerfuss von 2.00 Einheiten (Vorjahr 1.90 Einheiten) mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt
 - mit den politischen Leistungsaufträgen
 - mit der Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2021 von 2 ‰ analog dem Vorjahr wird festgesetzt.
2. *Die Beschlüsse gemäss der vorstehenden Ziffer unterliegen dem obligatorischen Referendum.*
3. *Folgende Bemerkungen werden überwiesen:*
 - 3.1 *Der Stadtrat erklärt die Absicht, im kommenden Jahr 1 % für Lohnmassnahmen zu budgetieren. Weiter verpflichtet er sich, Lohnmassnahmen künftig mit dem Personalverband abzusprechen.*
 - 3.2 *Während der Übergangszeit des Finanzhaushaltsreglements sind die Fixkosten der Stadt Kriens zu 100 % gedeckt. Grössere Investitionsprojekte werden mit einem Planungsbericht für den Zeitraum 2021 – 2031 angezeigt, damit die 100 %-Deckung der Fixkosten effektiv sichergestellt werden kann.*
4. *Mitteilungen an den Stadtrat zur Ansetzung der Urnenabstimmung.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 023/21:

Der Beschlussestext wird mit 6:22 Stimmen abgelehnt.

<u>Albrecht Michèle</u>	<u>Ja</u>
<u>Bienz Viktor</u>	<u>Ja</u>
<u>Binggeli Michèle</u>	<u>Nein</u>
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	<u>Ja</u>
<u>Camenisch Rätö</u>	<u>Nein</u>
<u>Ercolani Enrico</u>	<u>Nein</u>
<u>Fluder Hans</u>	<u>Nein</u>
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	<u>Nein</u>
<u>Gut Kathrin</u>	<u>Nein</u>
<u>Hunziker Manuel</u>	<u>Ja</u>
<u>Koch Patrick</u>	<u>Nein</u>

Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Nein
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

4. Bericht und Antrag: Finanzhaushaltsreglement der Stadt Kriens, 1. Lesung Nr. 026/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher

Gemäss Martin Zellweger ist das Finanzhaushaltsreglement eine tolle Leistung des neuen Stadtrats. Der Rat kennt die Geschichte, dass eine Schuldenbremse, wie auch ein Vorstoss zur Erlangung eines Finanzhaushaltsreglements in den vergangenen Jahren nie umgesetzt werden konnte. Nun liegt ein Entwurf für die erste Lesung vor. Das Reglement geht zurück auf den Bemerkungsantrag des Einwohnerrats zum AFP 2021 – 25 im November 2020 mit dem Wortlaut: «Der Einwohnerrat erwartet vom Stadtrat die Ausarbeitung eines Reglements über den Finanzhaushalt, welches die Finanzpolitische Gesamtstrategie des Stadtrates Kriens 2020 – 2024 «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» berücksichtigt.» Im Weiteren hat die KFG in ihrem Controlling Bericht verlangt, dass der Stadtrat mit einem Finanzhaushaltsreglement weitere Verbindlichkeit in Bezug auf die finanzielle Führung schafft. Es sind also klare Erwartungshaltungen des Parlaments mit diesem Antrag verbunden. Mit dem Reglement schafft man nicht nur Verbindlichkeiten in der finanziellen Führung, es stellt auch ein wichtiges Hilfsmittel dar, welches die immer komplexer werdende finanzielle Führung mitwachsenden Abhängigkeiten der Stadt **für die Verwaltung, den Stadtrat und den Einwohnerrat transparenter regelt**. Die KFG bedankt sich beim Stadtrat für die zügige Umsetzung. Nicht alle Fraktionen haben ein Eintreten auf den Bericht und Antrag für die heutige Sitzung angekündigt. Innerhalb der KFG wurde das Traktandum jedoch ausgiebig diskutiert. Der Rat hat sich mit einem neuen Reglement beschäftigt, welches zum ersten Mal vorliegt. Insofern war auch viel Diskussionsbedarf vorhanden und es erstaunte nicht, dass insgesamt 28 Anträge vorbereitet wurden. Der Lernprozess innerhalb der längeren Diskussion führte dann glücklicherweise dazu, dass nicht mehr alle Anträge gestellt werden mussten. Einige Anträge wird die KFG in der Detaildiskussion stellen. Wie bereits erwähnt, das Eintreten war nicht vollständig, eine Beschlusfassung war aufgrund der Tatsache, dass man eine 1. Lesung hat, nicht erforderlich.

Laut Cyrill Zosso sollte aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion eine nachhaltige Haushaltsführung durchaus auch ohne ein Reglement machbar sein. Sie haben jedoch über die letzten Jahre gesehen, dass dies nicht erreicht wurde. Ob das Finanzhaushaltsreglement nun dieses Problem lösen wird, ist abzuwarten. Obwohl die Grüne/glp-Fraktion einem Finanzhaushaltsreglement länger kritisch gegenüberstanden, sehen sie nach den vergangenen Jahren durchaus einen Nutzen in diesem Instrument. Das vorliegende Reglement ist ein Entwurf für die erste Lesung. Es soll möglich sein, hier noch kritisch zu

reflektieren und Anpassungen vorzunehmen. Das Reglement ist extrem strikt und schränkt den Handlungsspielraum sehr stark ein. Aus ihrer Sicht läuft man damit Gefahr, dass ein Investitionsstau eintritt, wie dies laut Bericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» auf Seite 13 bereits in den Jahren 2000 - 2010 der Fall war. Den damaligen Investitionsstau hat man sich geleistet mit tiefen Steuern und wenig Investitionen. Dazu darf es nicht noch einmal kommen, denn die Folgen der Aufarbeitung des Investitionsstaus kennen alle. Im Bericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» auf Seite 36 wird explizit auf die Gefahr eines Investitionsstaus hingewiesen. Ihr Vorschlag wäre, wenn auch ein kleines Pflaster, dass unbedingt notwendige Investitionen oder Sanierungen möglich sein sollen. Sollten Devestitionen tatsächlich zu einem Thema werden, sollen diese nötigenfalls auch eine Möglichkeit sein, Investitionen und Sanierungen zu tätigen. Wenn dringend notwendige Sanierungen anstehen, soll der Stadtrat bis zu 80 % der Einnahmen für solche Sanierungen verwenden können. Weiter ist aus ihrer Sicht die Devestition Bosmatt mit dem Artikel zu allgemeinen Devestitionen bereits geregelt. Es schadet der Glaubwürdigkeit eines Reglements, wenn Teile davon nach kurzer Zeit nicht mehr gültig sind und es bereits überarbeitet werden muss. Die Fraktion will ein langfristig gültiges Reglement, welches nicht gleich wieder angepasst werden muss. Deshalb fordern sie die Streichung des entsprechenden Artikels. Zum Schluss sind sie überzeugt, dass in einem Finanzhaushaltsreglement nicht nur der Schuldenabbau und Ausgabenbremsen thematisiert werden müssen, sondern auch, ab wann der Stadtrat eine Steuererhöhung beantragen muss. Stehen die Indikatoren des Finanzhaushaltsreglements trotz weitreichenden Massnahmen auf Rot, soll eine Steuererhöhung durch das Reglement gefordert und legitimiert werden. Eine solche Handlung soll durch das Finanzhaushaltsreglement nahegelegt werden, das es politisch nie opportun ist, eine Steuererhöhung zu fordern und eine solche sonst immer weiter hinausgeschoben wird. Die Folge sind weiter steigende Schulden und immer radikalere Sparpakete. Somit ist die Grüne/glp-Fraktion mehrheitlich für Eintreten, jedoch fordern sie die genannten Anpassungen und unterstützen die Anträge der SP.

Martin Zellweger stellt fest, dass auch die SVP-Fraktion erfreut ist, dass das von der KFG und vom Parlament geforderte Reglement vom neuen Stadtrat so zügig umgesetzt wurde. Sie sehen das Reglement bereits als reifes Dokument, welches die Finanzstrategie aber auch das FHHG als Grundlage sieht. Die SVP-Fraktion hat bereits in der KFG mehrere Anträge eingebracht. Die Fraktion wird somit die Anträge der KFG unterstützen und tritt auf das Geschäft ein.

Gemäss Daniel Rösch ist die FDP-Fraktion erfreut über den vorliegenden Entwurf. Es ist die Konsequenz aus der damaligen Beratung der Finanzstrategie, bei welcher sie auch die fehlenden gesetzlichen Leitplanken bemängelt haben. Dieser Forderung wird nun Rechenschaft getragen. Dementsprechend dankt die Fraktion dem Stadtrat und den entsprechenden Personen für die Ausarbeitung. Das vorliegende Reglement beinhaltet diverse Punkte welche die Fraktion in vergangenen Jahren bereits öfters gefordert hat. Zum einen ist jetzt endlich eine Schuldenbremse ausformuliert worden, für welche sich die FDP-Fraktion bereits einige Jahre eingesetzt hat. Die Fakten sprechen für sich. Gemeinden die eine Schuldenbremse haben, haben ihre Drittschulden im Griff und weisen einen gesünderen Finanzhaushalt vor. Dies möchte man in Kriens schon lange. Deshalb sollte man sich jetzt bewegen und dies einführen. Wichtig erscheint ihnen, dass eine explizite Verknüpfung mit den Erträgen der Desinvestitionen und dem Schuldenabbau gibt. Diese Erträge sollen ihrer Meinung nach nicht für den Konsumaufwand genutzt werden. Der Zweck der Desinvestitionen wird damit gestärkt und soll auch verhindern, dass das vielzitierte Tafelsilber nicht einfach verscherbelt wird. Das auch die Erträge aus dem Baurecht für den Schuldenabbau genutzt werden sollen, findet die Fraktion sinnvoll und wird den entsprechenden Antrag der KFG unterstützen. Mit dem vorliegenden Reglement bietet sich auch die Möglichkeit die Situation von der aktuellen Handhabung der Revision zu überdenken. So ist beispielsweise aus dem PUK Bericht, welcher diese Woche veröffentlicht wurde, zu entnehmen, dass der Umgang und die Art der Rechnungsrevision überprüft werden sollte. Aus diesem Grund hat die Fraktion einen entsprechenden Antrag eingegeben. Mit diesem soll die Einflussmöglichkeit des Parlaments sowie der Kommissionen gestärkt werden. Ihrer Meinung nach hätte ein solches Reglement bereits viel früher

eingeführt werden sollen. Sie haben dies bereits im Jahr 2016 gefordert. Die Konsequenz, dass es dieses Reglement bis heute noch nicht gab, hat man am vorherigen Traktandum gesehen. Aus diesem Grund appelliert er an alle Fraktionen, den vorliegenden Entwurf nicht mittels Anträgen abzuschwächen. Es muss von der Vergangenheit gelernt werden. Dies wird auch im PUK Bericht entsprechend aufgezeigt. Schlussendlich muss auch der Schuldenabbau in Angriff genommen werden. Es kann nicht sein, dass den zukünftigen Generationen ein Schuldenberg überlassen wird. Sie sind überzeugt, dass nun mit dem Reglement ein Hilfsmittel vorliegt.

Andreas Vonesch merkt an, dass die CVP/JCVP-Fraktion für Eintreten ist. Mit dem vorliegenden Finanzhaushaltsreglement liegt ein weiterer Puzzlestein, zusammen mit dem internen Kontrollsystem (IKS), dem Risiko- und Qualitätsmanagement vor, um die städtischen Finanzen in den Griff zu bekommen. Gerade bei dieser schwierigen Finanzlage ist es wichtig, dass sich die Stadt Kriens verbindliche Leitplanken setzt. Zudem bietet das Finanzhaushaltsreglement eine erweiterte Grundlage, in der Umsetzung des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden. Die Fraktion erachtet dies als richtigen Schritt. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst das Reglement. Es ist ein enges Korsett, das sich die Stadt Kriens da auferlegt und wird vom Stadtrat, aber auch vom Einwohnerrat viel, viel Disziplin abverlangen. Die vorgegebenen Automatismen können punktuell sicher auch dazu führen, dass der Handlungsspielraum des Stadtrats unerwünscht eingeschränkt wird. Wenn man nun aber eine Abwägung der Vor- oder Nachteile vornimmt, dann überwiegt für sie der Nutzen eines Finanzhaushaltsreglements. Sie gestehen unumwunden ein, dass die vorliegenden umfangreichen und sehr detaillierten Dokumente anspruchsvoll in ihrer Lesart sind und sich aufgrund der Ausformulierungen die Konsequenzen nicht immer zu 100 % erschlossen haben. Das Reglement selber ist schlank formuliert, die dazugehörige Verordnung ausführlicher. Auch wenn es nicht im Sinne der Sache ist, Anpassungen vorzunehmen, können doch mittelfristig gewisse Erfahrungen gesammelt werden und allenfalls korrigierend in der Verordnung geändert werden. **Viele Kantone, Städte und Gemeinden kennen schon lange solche Reglemente. Es ist also nicht etwas komplett Neues** und die Fraktion vertraut insofern auch der Fachkompetenz derjenigen Personen, die dieses Reglement ausgearbeitet haben. In der KFG wurde das Reglement intensiv und auch kontrovers diskutiert. Daraus sind viele Änderungsanträge entstanden. Die CVP/JCVP-Fraktion wird diesen Anträgen zustimmen, sie sind aber auch der Meinung, dass im Hinblick auf die 2. Lesung verschiedene Formulierungen noch optimiert werden können. In Artikel 1, Absatz 1 heisst der erste Satz: «Die Haushaltsmittel sind so einzusetzen, dass sie die grösstmögliche Wirkung erzielen.» Also, dass jeder Franken am richtigen Ort eingesetzt wird. Im Rückblick auf die Budgetdebatte macht er sich keine Illusionen, dass der Rat sich je einmal einig sein wird, welches der richtige Ort und Zweck für den einzelnen Franken ist.

Michael Portmann erläutert, dass von aussen betrachtet die Situation der Stadt Kriens sehr spannend ist. Die Stadt Kriens hat im richtigen Moment, bei sinkenden Zinsen Kredite aufgenommen, um damit Investitionen zu tätigen. Ähnlich wie ein Privatunternehmen auch nur dann Kredit aufnimmt, wenn die Rendite für damit hergestellte Produkte grösser ist als der Zins. Und so hat auch Stadt Kriens investiert, weil sie so zukünftigen Generationen gut erhaltene Immobilien, eine intakte Umwelt und sozialen Frieden hinterlassen kann. Wenn man nach den Investitionen die Schulden einfriert, werden die ans Wirtschaftswachstum gebundenen Steuereinnahmen schneller steigen als die Fixkosten der Stadt Kriens, und die Schulden werden in den nächsten 2-3 Jahrzehnten wieder abgebaut. So wenigstens sah vermutlich im Jahr 2011 der Plan aus, nur stellt man heute fest, dass dies nicht so einfach funktioniert. Was ging schief? Weil die Verschuldung wegen den Bauprojekten gewaltig stieg, ist niemandem aufgefallen, dass die Stadt Kriens regelmässig auf rund 2 Millionen Franken ungedeckten Fixkosten sitzen blieb und deshalb trotz wiederholten Ausgabenbremsen in zehn Jahren mehr als 20 Millionen Franken Defizite angehäuft hat. Auch die durch LuzernPlus angekurbelte Bautätigkeit macht einen Strich wegen ungedeckten Fixkosten durch die Rechnung. Sobald die neuen Wohnungen bezogen werden, verrechnet der Kanton sofort seine Kosten pro Kopf weiter, während Kriens auf die Steuereinnahmen mehrere Jahre wartet. Das Fazit ist relativ einfach. Der Rat muss dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen wie-

der schneller wachsen als die Fixkosten, welche zu einem grossen Teil von aussen aufgebremst werden. Und weil man auch in Zeiten mit besserem Wirtschaftswachstum den Steuerfuss so stehen lassen muss, braucht Kriens ein Finanzhaushaltsreglement, das hilft Defizite zu vermeiden und die Schulden abzubauen. Die vorliegenden Haushaltsregeln entsprechen einer Defizitbremse mit Ziel Schuldenabbau. Die Wirtschaftsökonomin Nadia Yerly hat in ihrer Doktorarbeit untersucht, welche Auswirkungen solche Haushaltsregeln auf die Verschuldung der Kantone haben. Dabei stellt sich heraus, dass sie besonders wirksam sind, wenn Budget und Rechnung separat ausgeglichen werden müssen. Die Frist von fünf Jahren reduziert die Wirksamkeit des Ausgleichs wieder etwas und die Idee, dass Defizite teilweise in den folgenden Jahren kompensiert werden dürfen ebenfalls. Besonders wirksam dagegen wären die Regeln, wenn bei Defiziten sofort Steuererhöhungen umgesetzt werden müssen, was beim vorliegenden Reglement aber fehlt. All diese Bedingungen hat Nadia Yerly in eine Messgrösse zusammengeführt, welcher beschreibt, wie strikt oder wirksam die Haushaltsregeln in Bezug auf die Verschuldung der Kantone sind. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, weil sie ebenfalls die Schulden auf dem heutigen Niveau mindestens einfrieren wollen. Sie sind auch der Meinung, dass auch dafür gesorgt werden muss, dass die Steuereinnahmen schneller wachsen als die wachstumsbedingten Fixkosten der Stadt Kriens. Deshalb schlagen sie mit einem Antrag vor, dass bei Defiziten im Rahmen einer Zehntel Steuereinheit sofort eine Steuererhöhung von 1/20 Steuereinheiten beantragt werden muss. Den Sinn der Desinvestitionen sieht die Fraktion dagegen immer weniger ein. Kriens hat investiert und damit für zukünftige Generationen auch Werte geschaffen. Sobald die Defizitbremse greift, wird man die dazu eingegangenen Schulden auch wieder abbauen können. Investieren, Werte für zukünftige Generationen schaffen und dann gleichzeitig den anderen Teil des Erbes, den Grund und Boden der Stadt Kriens zu verscherbeln, macht für ihn nur sehr, sehr wenig Sinn. Und wenn die Desinvestitionen nur dazu dienen die Folgen der Lücke in den Einnahmen auszugleichen, wird es immer unsinniger. Schliesslich stellen sie fest, dass in der vorliegenden Defizitbremse eine Ausnahmeregelung fehlt, um ausserordentliche Investitionen zu tätigen. Bei der Rutschung oberhalb der Hergiswilstrasse im Juli 2014 hat man gesehen, was es heisst, die Folgen einer Naturkatastrophe zu beseitigen und dann auf die Bundesgelder zu warten. Deshalb schlägt die Fraktion mit einem zweiten Antrag vor, dass der Stadtrat in einem Planungsbericht aufzeigt, welche höheren Investitionen anstehen und ob sie sich irgendwie sinnvoll und mit der Defizitbremse vereinbar umsetzen lassen. Selbstverständlich möchte er dem Rat das Fazit von Nadia Yerly nicht vorenthalten. Sie stellt fest, dass Kantone mit strikteren Haushaltsregeln auch weniger verschuldet sind. Daniel Rösch hat ähnliches vorhin auch bei den Gemeinden festgestellt. Sie hält aber auch fest, dass viele Kantone mit flexibleren Regeln eine sehr zufriedenstellend tiefe Verschuldung aufweisen. Sie schliesst ihren Bericht damit, dass eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik einer durch fixe Regeln vorgegebenen Haushaltsdisziplin vorzuziehen sei. Die SP-Fraktion nimmt das Finanzhaushaltsreglement vorsichtig zur Kenntnis und dankt Franz Bucher und der KFG für die gute Diskussion zu der Vision zu den Stadtfinanzen.

Gemäss Marco Frauenknecht freut sich der Stadtrat dem Einwohnerrat, mit viel Arbeit bereits gleichzeitig mit dem Budget 2021 Version 2, die erste Lesung dieses B+A präsentieren zu dürfen. Er weiss, dass Gesetzes-Arbeit stets komplex, kontrovers und ein Suchen von Kompromissen in der Formulierung ist. Aus diesem Grund ist der Stadtrat offen für Bemerkungen. Seine Offenheit hat der Stadtrat bereits in der Anfrage seitens der KFG, den entscheidenden Artikel des Reglements mit Zahlen zu hinterlegen, gezeigt. Die Gemeinden sind verpflichtet ab dem Jahr 2019 ihre Budgets und Jahresrechnungen aufgrund der neuen Gesetzgebung aufzustellen und abzurechnen. Hier existiert ab dem ersten Tag ein internes Handbuch, welches Auslegungsfragen des FHGG regelten und man diese Fragestellungen nun entweder im Reglement oder in der Verordnung konkretisiert hat. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit dem vorliegenden Reglement eine gute und erweiterte Grundlage für die Anwendung des FHGG's geschaffen wird. Bei diesem Traktandum wird der Stadtrat bei einigen Anträgen bereit sein, diese für die nochmalige Überarbeitung entgegenzunehmen.

Tomas Kobj stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung**Antrag SP: Art. 5 Abs. 2 – Ergänzung**

Michael Portmann beantragt im Namen der SP den Art. 5 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

«Ist die negative Abweichung grösser als ein Zehntel Steuereinheit, so beantragt der Stadtrat fürs Budgetjahr eine Erhöhung des Steuerfusses von mindestens einem halben Zehntel Steuereinheit.»

Michael Portmann merkt an, dass von einer negativen Abweichung von einem Zehntel Steuereinheit die Hälfte, also rund 1,8 Millionen Franken in fünf Jahren oder Fr. 360'000.00 pro Jahr kompensiert werden müssten. Damit baut man eine zusätzliche gebundene Ausgabe in fünf nächste Budgets ein, welche dann durch entsprechende Massnahmen ausgeglichen werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass die Steuereinnahmen heute zwar steigen, aber doch sehr unzuverlässig auch um bis zu plus/minus 2 Millionen Franken schwanken, steigt das Risiko enorm, dass die Ausgaben schneller wachsen als die Einnahmen. So hätte das Defizit in der Rechnung 2020 bei minus 2 Millionen Franken auf ohne weiteres 6 Millionen Franken lauten können. Und das Glück so im Voraus zu beanspruchen, wäre wirklich nicht verantwortungsbewusst. Wenn das Ziel wirklich der Schuldenabbau ist und das vorliegende Reglement keine Schuldenbremse, sondern eine Defizitbremse sein soll, dann macht es Sinn, dass der Stadtrat eine Steuererhöhung vorlegen muss. Und weil der Beschluss, dann beim Einwohnerrat liegt, wird rasch sichtbar, ob die Defizitbremse wirklich greifen soll und man entsprechende Mehrheiten findet. Deshalb bitte er um Unterstützung.

Marco Frauenknecht stellt fest, dass man am Morgen bereits gemerkt hat, dass es mit einem Steuerfuss nicht einfach ist. Der Stadtrat lehnt dies ganz klar ab, da man sieht, dass es ein Automatismus gibt. Er bittet den Rat diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SP (Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung)

Mit 17:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli Michèle	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder Hans	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco Bettina	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Gut Kathrin	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Hunziker Manuel	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Koch Patrick	StR: gemäss Antrag
Lisibach Armin	StR: gemäss Antrag
Meyer Pascal	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Niederberger Raoul	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Nyfeler Nicole	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Portmann Michael	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Spörri Raphael	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Stofer Peter	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung

<u>Vollmar Jing</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Vonesch Andreas</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Zellweger Martin</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Ziemssen Jörg</u>	StR: gemäss Antrag
<u>Zosso Cyrill</u>	SP: Automatismus für Antrag Steuerfusserhöhung

Antrag KFG: Art. 5 Abs. 3 – letzter Satz

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgender Satz zu streichen:

«Reichen die Massnahmen nicht aus, beantragt der Stadtrat für das Budgetjahr eine Erhöhung des Steuerfusses.»

Martin Zellweger merkt an, dass auch hier der Automatismus nicht gewünscht ist. Es ist bereits im Satz vorher definiert, dass der Stadtrat gefordert ist, Massnahmen zu definieren und in den AFP zu integrieren.

Gemäss Cyrill Zosso opponiert die Grüne/glp-Fraktion diesem Vorschlag. Sie sind überzeugt, dass nicht nur die Ausgaben strikt reglementiert sein müssen, sondern auch dem Stadtrat nahegelegt werden soll, wann er eine Handlung zu den Einnahmen angehen soll. Aus ihrer Sicht ist dies Zentral, dass man hier ein ausgeglichenes Reglement hat. Man hat zahlreiche Mechanismen integriert, welche zeigen wie man mit Überschreitungen umzugehen hat. In der Steuererhöhung, so wie sie jetzt definiert sind, ist kein Automatismus enthalten. Unter anderem ist auch Zentral, dass der Stadtrat nicht kurzfristig handelt, sondern diese Mittel auch langfristig und über die eigene Legislatur hinaus, in Betracht zieht.

Michael Portmann stellt fest, dass in der Finanzstrategie immer wieder betont wurde, dass eine Steuererhöhung Ultimo Retio ist. Mit diesem Satz wird dem stattgegeben. Das heisst, es muss zuerst über Massnahmen gesprochen werden und erst ganz am Schluss, über die Steuererhöhung. Ein Automatismus heisst nur, dass alle Karten auf den Tisch gelegt werden und man sieht, wie in Zukunft Defizit auftreten. Er ist der Meinung, dass es gut ist, einen Mechanismus im Finanzhaushalt zu haben, welcher die Karten aufdeckt und dem Einwohnerrat die Möglichkeit gibt, einen Entscheid zu treffen. Aus diesem Grund wird er den Streichungsantrag nicht unterstützen.

Beat Tanner merkt an, dass unter Massnahmen verschiedene Sachen verstanden werden können. Schlussendlich entscheidet das Volk über eine Steuererhöhung. Aus diesem Grund wird dieser Satz nicht benötigt, da unter Massnahmen vieles verstanden werden kann.

Michael Portmann erläutert, dass man im vorherigen Geschäft gesehen hat, wie verantwortungsbewusst der Rat einen Finanzhaushalt diskutiert. Er stellt sich vor, dass die Karten auf den Tisch gelegt werden und man anschliessend das weitere Vorgehen bespricht. Mit diesem Satz ist eine Priorisierung vorhanden, dass zuerst die Massnahmen auf der Ausgaben-Seite angeschaut werden und man erst danach über die Erhöhung der Einnahmen nachdenkt. Damit klammert man die Steuererhöhung explizit aus. Er findet es sinnvoll, wenn man das ganze Blatt offenhält für einen sauberen Entscheid, welche im Sinne von Allen, gesunde Finanzen ermöglicht. Aus diesem Grund findet er diesen Satz sehr treffend und sinnvoll. Er hat den Eindruck, dass das Verantwortungsbewusstsein im Finanzhaushalt in Kriens wieder zunimmt im Vergleich zum vorherigen Geschäft.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Vorlage), gegenüber Antrag KFG (streichen)

Mit 13:16 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

Albrecht Michèle	KFG: streichen
Bienz Viktor	KFG: streichen
Binggeli Michèle	KFG: streichen
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Vorlage
Camenisch Räto	KFG: streichen
Ercolani Enrico	KFG: streichen
Fluder Hans	KFG: streichen
Gomer-Beacco Bettina	StR: gemäss Vorlage
Gut Kathrin	StR: gemäss Vorlage
Hunziker Manuel	StR: gemäss Vorlage
Koch Patrick	KFG: streichen
Lisibach Armin	KFG: streichen
Meyer Pascal	StR: gemäss Vorlage
Niederberger Raoul	StR: gemäss Vorlage
Nyfeler Nicole	StR: gemäss Vorlage
Portmann Michael	StR: gemäss Vorlage
Rösch Daniel	KFG: streichen
Schwarz Erwin	KFG: streichen
Solari Simon	StR: gemäss Vorlage
Spörri Raphael	StR: gemäss Vorlage
Stofer Peter	StR: gemäss Vorlage
Tanner Beat	KFG: streichen
Tschümperlin Erich	StR: gemäss Vorlage
Vollmar Jing	KFG: streichen
Vonesch Andreas	KFG: streichen
Wendelspiess Ursula	KFG: streichen
Zellweger Martin	KFG: streichen
Ziemssen Jörg	KFG: streichen
Zosso Cyrill	StR: gemäss Vorlage

Antrag KFG: Art. 5 – neuer Absatz

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Ergänzung:

«Für positive und negative Abweichungen wird ein eigenes Konto geführt.»

Laut Martin Zellweger geht es bei diesem Antrag darum, dass Transparenz geschaffen wird.

Abstimmung Antrag Stadtrat (kein neuer Absatz), gegenüber Antrag KFG (für positive und negative Abweichungen wird ein eigenes Konto geführt)

Mit 0:29 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

Albrecht Michèle	KFG: eigenes Konto führen
Bienz Viktor	KFG: eigenes Konto führen
Binggeli Michèle	KFG: eigenes Konto führen
Burkhardt-Künzler Anita	KFG: eigenes Konto führen
Camenisch Räto	KFG: eigenes Konto führen
Ercolani Enrico	KFG: eigenes Konto führen
Fluder Hans	KFG: eigenes Konto führen
Gomer-Beacco Bettina	KFG: eigenes Konto führen
Gut Kathrin	KFG: eigenes Konto führen
Hunziker Manuel	KFG: eigenes Konto führen

Koch Patrick	KFG: eigenes Konto führen
Lisibach Armin	KFG: eigenes Konto führen
Meyer Pascal	KFG: eigenes Konto führen
Niederberger Raoul	KFG: eigenes Konto führen
Nyfeler Nicole	KFG: eigenes Konto führen
Portmann Michael	KFG: eigenes Konto führen
Rösch Daniel	KFG: eigenes Konto führen
Schwarz Erwin	KFG: eigenes Konto führen
Solari Simon	KFG: eigenes Konto führen
Spörri Raphael	KFG: eigenes Konto führen
Stofer Peter	KFG: eigenes Konto führen
Tanner Beat	KFG: eigenes Konto führen
Tschümperlin Erich	KFG: eigenes Konto führen
Vollmar Jing	KFG: eigenes Konto führen
Vonesch Andreas	KFG: eigenes Konto führen
Wendelspiess Ursula	KFG: eigenes Konto führen
Zellweger Martin	KFG: eigenes Konto führen
Ziemssen Jörg	KFG: eigenes Konto führen
Zosso Cyrill	KFG: eigenes Konto führen

Antrag FDP: Art. 5 – neuer Absatz

Daniel Rösch beantragt im Namen der FDP folgende Ergänzung:

«In konjunkturell guten Zeiten sind Überschüsse in der Erfolgsrechnung und in der Selbstfinanzierung anzustreben, soweit sie zur Deckung von Defiziten in finanziell angespannten Zeiten erforderlich sind.»

Daniel Rösch merkt an, dass dieser Satz aus Sicht der FDP-Fraktion ein Grundsatz ist, welcher angestrebt werden soll.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Antrag Grüne/glp: Art. 6 Abs. 2

Cyrill Zosso beantragt im Namen der Grüne/glp folgende Änderung:

Alte Formulierung: *«Mindestens die Hälfte der Einnahmen aus Desinvestitionen müssen für den Schuldenabbau verwendet werden.»*

Neue Formulierung: *«Mindestens die Hälfte der Einnahmen aus Desinvestitionen müssen für den Schuldenabbau verwendet werden. Wenn dringend notwendige Sanierungen anstehen, kann der Stadtrat bis 80 % der Einnahmen dafür verwenden.»*

Cyrill Zosso erläutert, dass ein Investitionsstau eintreten kann, was bereits einige Male in Kriens passiert ist. Dies sollte verhindert werden.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Vorlage), gegenüber Antrag Grüne/glp (ergänzen mit Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen)

Mit 12:17 Stimmen wird der Antrag der Grüne/glp angenommen.

Albrecht Michèle	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Bienz Viktor	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Binggeli Michèle	StR: gemäss Vorlage

Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Vorlage
Camenisch Räto	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Ercolani Enrico	StR: gemäss Vorlage
Fluder Hans	StR: gemäss Vorlage
Gomer-Beacco Bettina	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Gut Kathrin	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Hunziker Manuel	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Koch Patrick	StR: gemäss Vorlage
Lisibach Armin	StR: gemäss Vorlage
Meyer Pascal	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Niederberger Raoul	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Nyfeler Nicole	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Portmann Michael	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Rösch Daniel	StR: gemäss Vorlage
Schwarz Erwin	StR: gemäss Vorlage
Solari Simon	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Spörri Raphael	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Stofer Peter	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Tanner Beat	StR: gemäss Vorlage
Tschümperlin Erich	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Vollmar Jing	StR: gemäss Vorlage
Vonesch Andreas	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Wendelspiess Ursula	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen
Zellweger Martin	StR: gemäss Vorlage
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Vorlage
Zosso Cyrill	Grüne/glp: Ausnahmeregelung bei dringenden Sanierungen

Antrag KFG: Art. 6 Abs. 2

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

«... Einnahmen aus Baurechtsverträgen sollen zu mindestens 50 % für den Schuldenabbau verwendet werden.»

Martin Zellweger stellt fest, dass es darum geht, wenn in Immobilien desinvestiert wird, dass 50 % der Einnahmen für den Schuldenabbau verwendet werden.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen

Antrag KFG: Art. 10

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

Alte Formulierung: «Für das Globalbudget pro Aufgabenbereich vor Umlagen ist die zuständige Abteilungsleitung verantwortlich.»

Neue Formulierung: «Für die Umsetzung des Leistungsauftrags sowie das Einhalten des Globalbudgets pro Aufgabenbereich vor Umlagen ist die zuständige Abteilungsleitung verantwortlich.»

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Vorlage), gegenüber Antrag KFG (ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»)

Mit 0:29 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

Albrecht Michèle	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Bienz Viktor	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Binggeli Michèle	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Burkhardt-Künzler Anita	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Camenisch Räto	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Ercolani Enrico	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Fluder Hans	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Gomer-Beacco Bettina	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Gut Kathrin	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Hunziker Manuel	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Koch Patrick	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Lisibach Armin	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Meyer Pascal	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Niederberger Raoul	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Nyfelner Nicole	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Portmann Michael	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Rösch Daniel	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Schwarz Erwin	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Solari Simon	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Spörri Raphael	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Stofer Peter	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Tanner Beat	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Tschümperlin Erich	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Vollmar Jing	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Vonesch Andreas	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Wendelspiess Ursula	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Zellweger Martin	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Ziemssen Jörg	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»
Zosso Cyrill	KFG: ergänzen «Umsetzung Leistungsauftrag»

Antrag KFG: Art. 12 Abs. 1Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:«... soweit dadurch die Erfüllung des Gesamtleistungsauftrages nicht ~~wesentlich~~ beeinflusst wird»

Martin Zellweger erläutert, dass es bei diesem Antrag darum geht, dass das Wort «wesentlich» gestrichen wird. Beim Leistungsauftrag ist der Einwohnerrat verantwortlich und wesentliche Änderungen sollten dementsprechend nicht möglich sein.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Antrag FDP: Art. 15 – neue BestimmungDaniel Rösch beantragt im Namen der FDP folgende Änderung:

«Die externe Revision ist durch eine interne Finanzkontrolle oder ein Finanzinspektorat zu ersetzen.»

Daniel Rösch merkt an, dass es in diesem Antrag darum geht, dass der Stadtrat für die 2. Lesung prüfen soll, wie die externe Revision durch eine interne Finanzkontrolle ersetzt werden kann. Dieser Antrag wurde aufgrund der Erkenntnisse aus dem PUK Bericht erstellt. Wie man darin lesen konnte, war es eine Empfehlung, dass die Struktur und die Art und Weise dieser Revision überprüft wird. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass wenn man jetzt ein Finanzhaushaltsreglement verabschiedet bzw. auf die 2. Lesung hinarbeitet, sollte dies entsprechend überprüft werden.

Marco Frauenknecht merkt an, dass der Stadtrat diesen Antrag ablehnt. Dies würde eine Anpassung in der Gemeindeverordnung zur Folge haben, da dies im Artikel 51 geregelt ist.

Erich Tschümperlin ist nicht ganz klar, was oder wer dieses unabhängige Fachorgan sein sollte. Er würde hierzu gerne noch mehr wissen. Er stellt fest, dass dieses Controlling ausgelagert wurde, da die Rechnungen sehr aufwendig und komplex sind. Man hat externe Personen von einem Treuhandbüro, welche wissen worauf geachtet werden muss. Wenn es ein unabhängiges Organ ist, fragt er sich, wie dies besetzt wird. Man kann dies nicht durch irgendwelche Personen besetzen, denn es müssen Profis sein. Er behauptet, dass dies nicht die KFG-Mitglieder sein können, da die meisten nur Laien sind. Er würde gerne wissen, wie man sich ein solches unabhängige Fachorgan vorstellt.

Cyrill Zosso möchte wissen, was generell der Vorteil wäre, wenn dies intern gemacht wird. Was ist der genaue Unterschied und der genaue Mehrwert, wenn man dies anstreben würde?

Daniel Rösch erläutert, dass die FDP-Fraktion sich nicht festlegen wollte. Sie möchten, dass diese Thematik breitgefächert angeschaut wird. In der Begründung kann nachgelesen werden, dass dies keine Stelle sein müsste, welche bei der Stadt Kriens arbeitet. Man könnte auch schauen, dass man eine Zusammenarbeit mit der Kantonalen Finanzkontrollen oder mit den K5 Gemeinden anstreben würde. Sie sind der Meinung, dass es ein Vorteil wäre, wenn das Organ administrativ bei der Stadtkanzlei unterstellt wäre und fachlich der KFG. So könnte auch die KFG das Controlling vermehrt wahrnehmen und entsprechende Teilrevisionen verlangen.

Martin Zellweger findet den Gedanken grundsätzlich interessant und prüfenswert. Dass der Ansatz, dies zu überprüfen, aus dem PUK Bericht kommt, findet er einen guten Input. Er ist sich jedoch nicht sicher, ob er es richtig verstanden hat. Ist es gar nicht möglich dies im Rahmen dieser Diskussion zu machen? Ansonsten würde er vorschlagen, den Antrag zu überweisen und eine genauere Antwort in der 2. Lesung abzuwarten.

Marco Frauenknecht merkt an, dass sie diesen Antrag entgegennehmen, prüfen und eine präzise Antwort für die 2. Lesung ausarbeiten. Sofern dies gewünscht wird.

Guido Solari stellt fest, dass im Moment in der Gemeindeordnung geregelt ist, dass eine externe Revisionsstelle benötigt wird. Wenn man daran etwas ändern möchte, müsste man eine Revision der Gemeindeordnung machen. Dies ist selbstverständlich möglich, benötigt jedoch eine obligatorische Volksabstimmung. Eine solche Bestimmung könnte ins Finanzhaushaltsreglement integriert werden, welche aber erst in Kraft tritt, wenn die Gemeindeordnung abgepasst wäre. Dies wäre ein zweistufiges Verfahren.

Bei Erich Tschümperlin stellt sich die Frage, wenn es heisst «in Zusammenarbeit oder in einem Auftrag an die Kantonale Finanzkontrolle» oder bei einem Gemeindepool K5, wäre dies auch eine externe Stelle. Es ist nicht zielführend, wenn jemand seine eigene Arbeit überprüfen muss. Im Hinblick, dass man eine kantonale Finanzkontrolle machen kann, findet er es eine gute Idee und Prüfenswert.

Abstimmung Antrag Stadtrat (keine neue Bestimmung), gegenüber Antrag FDP (externe Finanzkontrolle durch eine interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat)

Mit 0:29 Stimmen wird der Antrag der FDP angenommen.

Albrecht Michèle	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Bienz Viktor	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Binggeli Michèle	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Burkhardt-Künzler Anita	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Camenisch Räto	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Ercolani Enrico	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Fluder Hans	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Gomer-Beacco Bettina	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Gut Kathrin	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Hunziker Manuel	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Koch Patrick	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Lisibach Armin	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Meyer Pascal	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Niederberger Raoul	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Nyfeler Nicole	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Portmann Michael	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Rösch Daniel	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Schwarz Erwin	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Solari Simon	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Spörri Raphael	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Stofer Peter	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Tanner Beat	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Tschümperlin Erich	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Vollmar Jing	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Vonesch Andreas	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Wendelspiess Ursula	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Zellweger Martin	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Ziemssen Jörg	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat
Zosso Cyrill	FDP: interne Finanzkontrolle ersetzen oder Finanzinspektorat

Antrag KFG: Art. 15

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

«In 5. Controlling wird Art. 15 Organisation des strategischen Controllings überarbeitet. Die KFG übernimmt gemäss übergeordnetem Reglement nicht das gesamte strategische Controlling. Dies würde Planung, Beschlussfassung, Kontrolle und Steuerung im politischen Führungskreislauf beinhalten. Der Stadtrat bereitet auf die 2. Lesung hin eine neue Formulierung vor, welche die kantonalen und kommunalen Vorgaben und Reglementstruktur berücksichtigt.»

Martin Zellweger erläutert, dass der Stadtrat auf die 2. Lesung hin, eine neue Formulierung aufbereitet, welche auch die verschiedenen Gesetzgebungen und Reglemente berücksichtigen.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Antrag KFG: Art. 18 – neuer Absatz

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

«Kommerzielle Tätigkeiten werden im Leistungsauftrag ausgewiesen.»

Martin Zellweger sagt, dass es hier darum geht, dass die Verwaltung kommerzielle Tätigkeiten tätigen kann. Hier hat die KFG nach Transparenz gefragt.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Antrag Grüne/glp: Art. 25

Cyrill Zosso beantragt im Namen der Grüne/glp die Streichung des Art. 25:

«Die Desinvestition Bosmatt muss zu 100 % für den Schuldenabbau verwendet werden.»

Gemäss Cyrill Zosso ist die Handhabung von Desinvestitionen bereits geregelt. Vielleicht wird man froh sein, wenn man 50 % oder 80 % für andere Desinvestitionen verwenden. Es ist nicht bekannt, ob man bereits in zwei Jahren soweit ist oder ob es noch länger geht.

Marco Frauenknecht erläutert, dass bereits im Jahr 2013 dementsprechend erklärt wurde, was genau mit der Bosmatt passieren wird. Der Stadtrat bittet den Artikel so zu belassen und dem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Vorlage), gegenüber Antrag FDP (streichen)

Mit 16:12 Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

<u>Albrecht Michèle</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Bienz Viktor</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Binggeli Michèle</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Camenisch Rätö</u>	Enthaltung
<u>Ercolani Enrico</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Fluder Hans</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Gut Kathrin</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Hunziker Manuel</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Koch Patrick</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Lisibach Armin</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Meyer Pascal</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Niederberger Raoul</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Nyfeler Nicole</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Portmann Michael</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Rösch Daniel</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Schwarz Erwin</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Solari Simon</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Spörri Raphael</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Stofer Peter</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Tanner Beat</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Tschümperlin Erich</u>	Grüne/glp: streichen
<u>Vollmar Jing</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Vonesch Andreas</u>	StR: gemäss Vorlage

<u>Wendelspiess Ursula</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Zellweger Martin</u>	StR: gemäss Vorlage
<u>Ziemssen Jörg</u>	StR: gemäss Vorlage
Zosso Cyrill	Grüne/glp: streichen

Bemerkungsantrag SP zu Art. 25

Michael Portmann möchte im Namen der SP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat zeigt mit einem Planungsbericht für den Zeitraum 2021 bis 2031 wie sich die Finanzen der Stadt Kriens entwickeln sollen. Neben anstehenden Investitionen sowie langfristigen Trends in den Steuereinnahmen soll auch das Ziel des Schuldenabbaus in mehreren Varianten skizziert werden.»

Michael Portmann stellt fest, dass beim Budget ein ähnlicher Antrag mit Stichentscheid überwiesen wurde. Aufgrund deswegen, zieht er den Antrag zurück. Ihn würde es jedoch interessieren, wie es mit dem Ziel des Schuldenabbaus aussieht. Er hat bereits erwähnt, dass die Ausgaben langsamer wachsen sollen als die Einnahmen. Ihn würde es sehr interessieren, wie es in Kriens vorausgedacht wird.

Marco Frauenknecht würde gerne das Wort an Franz Bucher überlasse, da er sich damit jeden Tag befasst.

Franz Bucher merkt an, dass es eine ganz spannende Frage ist, wo man in 20 bis 30 Jahren steht. In der Finanzstrategie 2024 hat man aufgezeigt, wo man im Jahr 2024 stehen möchte. Das ist ein Schuldenabbau von 30 Millionen Franken. Diese 30 Millionen Franken wird man nicht mit Überschüssen wegbringen. Es sind ca. 25 Millionen Franken Desinvestitionen eingestellt. Wenn man alles mit Bau-recht macht, wird man das Ziel 2024 nicht erreichen. Er kann so die Antwort nicht geben, sondern nur sagen, wie es bis ins Jahr 2024 angedacht ist.

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt, findet keine Schlussabstimmung statt.

5. Bericht und Antrag: Wiedereinführung Nachkommenserbschaftssteuer, 1. Lesung**Nr. 034/21**

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Sarah Deschwanden.

Martin Zellweger stellt fest, dass der Bericht und Antrag zur Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer in der KFG in der 1. Lesung intensiv diskutiert wurde. Sämtliche Fraktionen sind auf das Geschäft eingetreten und es wurden auch die diversen politischen Positionen zum Geschäft diskutiert. Die Wiedereinführung dieser Steuer wurde in der Finanzstrategie als eine mögliche neue Einkommensquelle für die finanziell gebeutelte Stadt Kriens erachtet. Dies ist auch die Ausgangslage für diesen Bericht und Antrag. In der Kommission wurden verschiedene Anträge diskutiert und abgelehnt. Teilweise waren diese aufgrund der Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinde im Rahmen der kantonalen Vorgaben gar nicht möglich. Er verzichtet darauf weitere politische Diskussionsinhalte der KFG wiederzugeben, diese werden von den Fraktionen direkt ausgeführt. Anträge stellt die KFG keine. Da es sich um eine 1. Lesung handelt wurde auch kein Beschluss gefasst. Sie bedanken sich beim Stadtrat für den Bericht.

Gemäss Erich Tschümperlin hat man im Rahmen des Budgets und des Finanzhaushaltsreglements gehört, dass die Finanzstrategie der Leitfaden ist, wenn es um die Gesundung dieser Finanzen geht. Eine der wichtigen Säulen dieser Strategie ist die Einnahmenseite. Gemäss der Finanzstrategie braucht es auch auf der Einnahmenseite Massnahmen. Eine Konsequenz daraus ist die Nachkommenserbschaftssteuer. Die Grüne/glp-Fraktion unterstützt die Wiedereinführung, auch wenn die Einkünfte daraus doch recht bescheiden sind. Die Freigrenze von Fr. 100'000.00 ist grosszügig bemessen, betrug sie früher lediglich Fr. 2'000.00 oder Fr. 20'000.00 pro Erbe. Trotzdem unterstützen sie die Erhöhung der Freigrenze als Anpassung an die heutige Zeit und weil sie ohnehin kantonal geregelt ist und der Rat sie nicht ändern kann. Der Steuersatz und die Progression gaben bereits Anlass zu Diskussionen und es ist verführerisch daran herumzuschrauben. Wenn man sich die früheren Erträge anschaut lagen die jährlichen Einnahmen der Gemeinde Kriens ca. zwischen Fr. 100'000.00 und Fr. 300'000.00 bei rund 170 bis 200 Erbschaftsfällen. Das ergab durchschnittliche Erbschaftssteuern von Fr. 450.00 bis max. Fr. 1'850.00. Auch bei grösseren Erbschaften oder Geschäftsübergaben ergeben sich daraus Beträge die verkraftbar sind. In der höchsten Progressionsstufe liegt der Steuersatz bei 2 %. Erben mehrere Personen sinkt die Gesamtbelastung der Steuern für die Erben aufgrund der Progression und allenfalls der Freigrenze. Beim Steuersatz und der Progression die Fraktion gegen eine Anpassung nach unten. Sollten diese noch gesenkt werden, verkommt diese Steuer zur Alibiübung. Und für Scheingesetze oder besser gesagt für Scheinsteuern sind sie nicht zu haben. Einen Standortnachteil aufgrund dieser Steuer gegenüber anderen Gemeinden die Fraktion nicht. Die Tatsache, dass Gemeinden mit sehr wohlhabenden Einwohnerinnen und Einwohner ebenfalls eine Nachkommenserbschaftssteuer haben zeigt, dass diese verkraftbar ist. Meggen und Luzern leben sehr gut damit und beweisen, dass für die Standortattraktivität mehr zählt als nur Steuern. Die Grüne/glp-Fraktion unterstützt die Nachkommenserbschaftssteuer als Bestandteil zur Sanierung der Finanzen. Sie treten auf das Geschäft ein und unterstützen dies.

Laut Martin Zellweger tritt die SVP-Fraktion auf das Geschäft ein, wenn auch nur widerstrebend. Die Nachkommenserbschaftssteuer wurde im 2002 aufgrund einer SVP Volksinitiative durch eine überzeugende Volksmehrheit abgeschafft. Die Fraktion ist selbstverständlich nicht für eine Wiedereinführung, sondern immer noch der Meinung, dass dieser Volksentscheid weiter gelten soll, da sich in Kriens bezüglich dieser Frage eigentlich nichts geändert hat. Es handelt sich bei dieser Steuer um ein von den Erblassern bereits versteuertes Kapital, das nicht ein zweites Mal besteuert werden darf. Die SVP-Fraktion hat sich ursprünglich vorgenommen sich trotz der Ablehnung mit dem Antrag auseinander zu setzen. Sie haben sich mit drei Anträgen anlässlich der KFG auf eine Diskussion eingestellt. Neben der grundsätzlichen Ablehnung der Progression haben sie den Mindestbetrag zur Diskussion gestellt. Die SVP-Fraktion wäre bestrebt gewesen die Mindestgrenze von Fr. 100'000.00 auf einen zeitgemässeren Betrag anzupassen, einen Betrag welcher beispielsweise auch die Investitionssituation privater KMU berücksichtigt. Leider ist dieser Betrag von Fr. 100'000.00 kantonal geregelt und kann auf kommunale Ebene nicht angepasst werden. Ebenso hätten sie beantragt, den Begriff des Grenzbetrags in einen steuerfreien Betrag umzuwandeln, ähnlich wie es auch bei der Vermögensteuer gehandhabt wird. Wenn gemäss geltendem Vorschlag jemand Fr. 99'999.95 erbt, so muss nichts versteuert werden, erbt man jedoch Fr. 100'000.00 und 5 Rappen dann wird der ganze Betrag versteuert. Eine absolut unfaire Situation. Leider ist auch dies auf kantonalen Ebene geregelt. Die Fraktion sieht also keinen Spielraum für die Diskussion und wird die Steuer mit der ähnlichen Begründung wie bereits geführt ablehnen.

Beat Tanner sagt, dass die FDP-Fraktion gegen die Einführung einer Nachkommenserbschaftssteuer ist. Es gibt verschiedene Gründe, die für sie gegen eine Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer sprechen. Das ganze Vermögen der Erblasser wurde bereits einmal als Einnahmen und dann als Vermögen besteuert. Die Einführung einer Nachkommenserbschaftssteuer führt somit zu einer Doppelbesteuerung. Bei Erbschaften von Immobilien ist grundsätzlich der im Todeszeitpunkt in Kraft stehende Katasterwert massgebend. Eine Erbschaft kann ohne Cash dazu führen, dass eine Nachkommenserbschaftssteuerrechnung nicht bezahlt werden kann. Man hat auf der einen Seite einen Vermögensanteil von den Eltern bekommen, kann aber die Steuern nicht bezahlen, ohne dass Haus

oder die Wohnung verkauft werden muss. Ebenfalls sieht die Fraktion auch Existenzprobleme von KMU's, wenn auf den Wert der Unternehmung eine Nachkommenserbschaftssteuer geschuldet wird. Entweder gibt es dann die Möglichkeit auf ein Darlehen bei einer Bank oder die Firma muss verkauft oder noch schlimmer liquidiert werden. Die Freigrenze von Fr. 100'000.00 liegt für sie zum einen zu tief, zum anderen kommt diese bei einer Erbschaft über Fr. 100'000.00 nicht als Freibetrag zum Tragen. Der Stadtrat will die Nachkommenserbschaftssteuer ohne Zweckbindung einführen und diese Einnahmen für Konsumaufwand verwenden, was die Fraktion entschieden ablehnt. Und dies alles wegen einer Nachkommen Erbschaftssteuer, welche der Gemeinde Kriens einen voraussichtlichen Ertrag von Fr. 205'000.00 beschern soll. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion den Antrag des Stadtrates ab. Der Antrag bringt mehr Nachteile für die Bevölkerung, als ein Mehrwert für die Stadt Kriens.

Im Namen der CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich Michèle Albrecht beim Stadtrat für den Vorschlag, die Erbschaftssteuer für Nachkommen in Kriens wieder einzuführen und den Entwurf des entsprechenden Reglements. Das Kantonale Steuergesetz von 1892 bzw. die spätere Revision wurde von 1920 bis zur Abschaffung aufgrund einer Volksinitiative der SVP-Fraktion im Jahr 2002 in Kriens erhoben. Bekanntlich wurde aber das Ziel, dass sich mit der Abschaffung vermögende Personen in Kriens ansiedeln, klar verfehlt bzw. zeigte die Abschaffung leider im Steuersubstrat keine Wirkung. Die vorliegende Massnahme ist ein weiterer Beitrag dem Planungsbericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» auch auf der Einnahmeseite gerecht zu werden. Es gilt eben auch die Balance zwischen eingesparten Ausgaben und optimierten Einnahmen zu erarbeiten. Die Einnahmen aus der Steuer belaufen sich auf ca. Fr. 200'000.00 aus durchschnittlich 200 Fällen pro Jahr. Betroffen sind dabei sehr grosse Erbschaften – ein Privileg also und bestimmt kein Grund nicht in Kriens zu wohnen und von hoffentlich weiterhin viel Lebensqualität zu profitieren. Die Wiedereinführung dieser moderaten Steuer zur nachhaltigen, langfristigen Gesundung der Krienser Finanzen ist also nötig. Kriens sollte es wo wie rund die Hälfte aller Gemeinden im Kanton Luzern gleichtun. Nur so kann man das strukturelle Defizit der Stadtfinanzen korrigieren. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt dieses konsequente und verpflichtende Vorgehen des Stadtrates und hofft auf die Wiedereinführung in einer 2. Lesung und die nachfolgende Bestätigung durch den Regierungsrat. Für ein gesundes Kriens.

Michael Portmann ist der Meinung, dass es konsequent den vom Stadtrat skizzierten Weg einzuschlagen gilt. Es ist angebracht, dass man mit einer Vermögenssteuer die Einkommensteuern zu entlasten versuchen, so wie es in der Finanzstrategie als Massnahme vorgeschlagen wurde. Die SP-Fraktion tritt ein, werden einer Nachkommenserbschaftssteuer mit Progression zustimmen und schlagen mit einem Antrag eine Zweckbindung vor. Sie sind der Meinung, dass die Stadt Kriens in diesen besonderen Zeiten auch Möglichkeiten braucht, um sich innovativ auf die Zukunft vorzubereiten. Das sind oft kleine Projekte, welche aber eine grosse Wirksamkeit entfalten könnten. Im System heute werden solche Projekte oft abgeklemmt, so dass die Stadt Kriens in ihren Prozessen oft einfach stehen bleibt. Deshalb schlägt die Fraktion einen Fonds vor, mit welchem solche innovativen Projekte in Zukunft umgesetzt werden können.

Erich Tschümperlin ist erstaunt, da die bisherige Finanzstrategie schon fast eine Bibel war. Martin Zellweger hat einmal gesagt, dass es eine Pflichtlektüre für alle Rats-Mitglieder ist. Plötzlich wenn es um die Einnahmeseite geht, ist sie nicht mehr relevant. Man hat viel von den Problemen gehört, welche die Reichen haben. Wenn man so viel Geld erbt, kann man auch Steuern zahlen. Am Morgen hatte die linke Seite Erbarmen mit den armen Leute und jetzt hat man Erbarmen mit den Reichen, wenn es ums Erben geht. Wenn Probleme bei den Erbschaftssteuern auftreten würden, dann wäre es eher in Meggen und Luzern. Dort spricht man von anderen Summen, da dort eher Personen mit mehr Vermögen wohnen. Dass Kriens diese Nachkommenserbschaftssteuer benötigt und die Steuer ein Teil der Finanzstrategie ist, ist unbestritten. Auch auf der Einnahmeseite muss etwas gemacht werden, denn mit sparen alleine ist es noch nicht geschafft.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass die Meisten natürlich nicht gerne Steuern zahlen. Dies wurde am Morgen ausgiebig diskutiert und die Meinungen gehen auseinander. Man hat bereits gehört, dass diese Steuer aufgrund einer Gemeindeinitiative im Jahr 2002 abgeschafft wurde. Das Volk hat dies entschieden. Da es ein Projekt der Finanzstrategie ist, hat man diese Thematik wieder aufgegriffen. Es ist das Projekt Nr. 26 von den insgesamt 32 Projekten. Der Planungsbericht dieser Finanzstrategie wurde bereits vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat hat nun die Aufgabe, dass diese Projekte aufgearbeitet und dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Hierbei möchte sie einen grossen Dank an Sarah Deschwanden aussprechen, welche den Bericht aufgearbeitet hat. Generell ist zu sagen, dass diese Nachkommenerbschaftssteuer eine reine Gemeindesteuer ist. Bei den anderen Sondersteuereinnahmen gab es bei der AFR 18 eine Verschiebung. Das heisst 30 % bleiben bei den Gemeinden und 70 % gehen an den Kanton. Der Betrag von Fr. 100'000.00 ist eine Freigrenze und eine kantonale Vorgabe. Des Progressionssatz beträgt maximal 2 %. In der KFG wurde diskutiert, ob man den Freibetrag auf eine Million Franken erhöhen möchte. Daran kann nichts gemacht werden, da es eine Vorgabe ist, an welche sich die Gemeinden halten müssen. Man hat auch gehört, dass die umliegenden Gemeinden diese Steuer auch haben. Aus diesem Grund müsste man nicht Angst haben, dass gut betuchte Steuerzahler deswegen wegziehen würden. Ob diese Steuer eingeführt werden soll, ist eine politische Frage. Mit dieser Einführung hat der Rat die Möglichkeit, die Finanzstrategie umzusetzen und zu unterstützen.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag SP-Fraktion

Michael Portmann beantragt im Namen der SP-Fraktion folgende Änderung:

Der Stadtrat formuliert für die 2. Lesung einen neuen Artikel, welcher es der Stadt Kriens ermöglicht für die Nachkommenerbschaftssteuer einen Zukunftsfonds einzurichten. Wir schlagen folgende Formulierung für die Zweckbindung diese Zukunftsfonds vor:

Die Nachkommenerbschaftssteuer ist gemäss diesem Reglement in einen Zukunftsfonds zu legen und wie folgt zu verwenden:

- a. innovative Projekte im Bereich Bildung fördern,*
- b. innovative Projekte zur Reduktion der Armut von Familien fördern,*
- c. innovative Projekte in der Quartier- und Stadtentwicklung inklusive Verkehr fördern,*
- d. innovative Projekte zum Ausgleich der Klimaerwärmung fördern*

Michael Portmann erläutert, dass er gerne Steuern zahlt, wenn er sieht das sie sinnvoll verwendet werden. Ihm wäre der Schuldenabbau zu abstrakt und zu wenig konkret. Aus diesem Grund hat er sich überlegt, was man mit diesem Geld machen könnte. Er ist in Meggen auf eine Zweckbindung gestossen. Meggen hat einen Fonds eingeführt, bei welchem der Unterhalt der Immobilien mit der Nachkommenerbschaftssteuer finanziert wird. Er glaubt nicht, dass das Kriens braucht. Er hat sich überlegt, was Kriens brauchen könnte. Aus diesem Grund stellen sie den Antrag zu diesem Reglement. Innovation in einem Unternehmen hat viel mit einer offenen und transparenten Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation zu tun. Was es dazu braucht ist Zeit, Raum und eine oft nur kleine Anschubfinanzierung. So wird trotz Finanzengpässen auch in Kriens die Digitalisierung in der Volksschule Einzug nehmen, was neue innovative Konzepte und Ansätze braucht. Man hat vorhin auch gesehen, dass ei-

ner Mehrheit hier im Einwohnerrat auch die frühe Förderung respektive die Kinderbetreuung im Schulalter und die damit verbundene Vereinbarkeit von Familie und Arbeit wichtig ist. Eine nur auf Tarifierhöhungen ausgerichtete Politik wird aber vor allem diejenigen Familien benachteiligen, welche nur wenig Einkommen und Vermögen haben. Hier muss es ein Ziel sein, dass Kinder und Jugendliche, welche in solch armen Verhältnissen aufwachsen, auch weiterhin so gefördert werden können, dass sie später den Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt schaffen und ein selbstständiges, selbstverantwortliches Leben führen können. Stadt Wunden schliessen entspricht ebenfalls einem solchen innovativen Projekt. Mit dem Fonds hätte man das juristische Gutachten finanzieren können, damit eben kein Defizit im Budget entsteht.

Räto Camenisch merkt an, dass er sich bereits wieder wie im falschen Film fühlt. Kriens läuft finanziell auf dem Zahnfleisch und der Rat ist nun wieder bereit, einen Volksentscheid einfach so umzustossen. Man möchte das Fell vom Bären verteilen, bevor er überhaupt erlegt wurde. Man möchte wieder ausgeben für ein Nice-to-have Projekt. Wo ist die seriöse Finanzpolitik, welche der Einwohnerrat anstrebt? Er versteht dies nicht.

Daniel Rösch stellt sich mehrere Fragen bei diesem Antrag. Es gibt ein Reglement, welches die Fonds regelt und ihm ist nicht ganz klar, was das für dieses Reglement heissen würde. Müsste dies angepasst werden? Zudem ist die Empfehlung des HRM2 und FHGG, dass man keine Fonds führen sollte. Der Antragsteller spricht von innovativen Projekten und er möchte nun wissen, wie die Kriterien aussehen und ab wann ein Projekt innovativ ist. Er findet dies eine sehr schwammige Formulierung. In diesem Fondsreglement ist geregelt, dass maximal jährliche Ausgaben in der Höhe von Fr. 50'000.00 getätigt werden dürfen. Er sieht den Verwendungszweck nicht ganz.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass mehrmals gesagt wurde, dass der Volksentscheid missachtet wird. Er ist der Meinung, dass man in der heutigen schnelllebenden Zeit, nach 20 Jahren wieder auf einen Volksentscheid zurückkommen und sich fragen kann, ob sich die Situation verändert hat. Die Doppelbesteuerung hat man nicht nur hier, sondern an verschiedensten Orten. Das wissen alle und wurde mehrfach diskutiert. Das Argument der Doppelerbesteuerung kann man überall bringen.

Michael Portmann merkt an, dass er ziemlich lange brauchte um zu formulieren. Der Antrag hat den Sinn einer Anregung an den Stadtrat. Er versucht den Stadtrat dazu anzuregen, dass er von sich aus das Fondsreglement anpasst. Innovative Projekte sind zukunftsorientierte Projekte, welche dazu beitragen, dass die Stadt für die Zukunft vorbereitet ist. Das KIG zum Beispiel ist ein Projekt, welche Personen unterstützen die auf der Schwelle stehen um ins Pflegeheim einzutreten oder nicht. Die Stadt sparte enorme Kosten. Das Projekt ist wie ein vorgelagerter Mechanismus vor dem Pflegeheim. Kriens wird manchmal von anderen Gemeinden beneidet, dass man die KIG hat. Er fragt sich, wie ein solches Projekt überhaupt entsteht. Das zweite Beispiel ist der Bypass. Auch das ist etwas, dass zukunftsgerichtet ist und der Stadt Kriens dient. Auch die Digitalisierung in der Volksschule ist ein solches Projekt. Neben den 250 Personen in der Stadtverwaltung, hat man 300 Personen in der Volksschule. Diese sollen alle in die Digitalisierung wechseln. Die Volksschule hat einen pädagogischen Orientierungsrahmen. Er weiss aus Erfahrung, dass man nur auf der Ebene der Umsetzung arbeiten kann. Dies führt manchmal dazu, dass es sehr chaotisch und sinnlos ist. Es ist schwierig einen gemeinsamen Nenner zu finden, da das Fundament fehlt. An der Kanti fehlt ein pädagogischer Orientierungsrahmen. Er hat vorhin den ganzen Budgetierungsprozess erlebt. Es sind kleine Beiträge, welche grosse Wirkungen haben können. Aus diesem Grund schlägt er diese Zweckbindung vor. Es wäre etwas, was Kriens dienen würde. Wenn er erben würde, wäre er froh, wenn das Geld für etwas verwendet wird, welches der Zukunft dient.

Christine Kaufmann-Wolf sagt, dass die Idee von Michael Portmann interessant ist und der Verwendungszweck würde die Umsetzung von zukunftsgerichteten Ideen ermöglichen. Dennoch lehnt der Stadtrat den Antrag ab. Der Ertrag aus der Nachkommenserbschaftssteuer ist ein Bestandteil der Projekte der Finanzstrategie. Diese Projekte sind nicht hier um Fonds anzusparen, sondern um die Stadtkasse zu entlasten. Wenn man einen Fonds gründen würde, wäre man bereits im Handlungsspielraum eingeengt. Das hätte zur Folge, dass man einen Fonds anspart aber das Geld für die täglichen und laufenden Geschäfte nicht einsetzen kann. Aus diesem Grund wäre es überhaupt nicht ideal in der finanziellen Situation, in welcher sich die Stadt Kriens befindet. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass genau diese Summe für die Finanzen eingesetzt werden.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SP

Mit 19:9 Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli Michèle	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder Hans	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco Bettina	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Gut Kathrin	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Hunziker Manuel	StR: gemäss Antrag
Koch Patrick	StR: gemäss Antrag
Lisibach Armin	StR: gemäss Antrag
Meyer Pascal	StR: gemäss Antrag
Niederberger Raoul	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Nyfelner Nicole	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Portmann Michael	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Rösch Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz Erwin	StR: gemäss Antrag
Solari Simon	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Spörri Raphael	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Stofer Peter	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Tanner Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	SP: Zukunftsfonds mit Zweckbindung
Vollmar Jing	StR: gemäss Antrag
Vonesch Andreas	StR: gemäss Antrag
Wendelspiess Ursula	StR: gemäss Antrag
Zellweger Martin	StR: gemäss Antrag
Ziemssen Jörg	StR: gemäss Antrag
Zosso Cyrill	Enthaltung

Antrag SVP-Fraktion: Artikel 3 – Steuersatz und Zuschlag

Martin Zellweger beantragt im Namen der SVP-Fraktion folgende Änderung:

Alt: «Die Progressionszuschläge werden gemäss kantonalem Gesetz betreffend die Erbschaftssteuern angewendet..»

Neu: «Es werden keine Progressionszuschläge angewendet.»

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Stadtrat, da man die Progressionen auch einführen möchte.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SVP (Steuersatz und Zuschlag)
Mit 17:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR
Bienz Viktor	StR
Binggeli Michèle	SVP: streichen
Burkhardt-Künzler Anita	StR
Camenisch Rätö	SVP: streichen
Ercolani Enrico	SVP: streichen
Fluder Hans	SVP: streichen
Gomer-Beacco Bettina	StR
Gut Kathrin	StR
Hunziker Manuel	StR
Koch Patrick	SVP: streichen
Lisibach Armin	SVP: streichen
Meyer Pascal	StR
Niederberger Raoul	StR
Nyfeler Nicole	StR
Portmann Michael	StR
Rösch Daniel	SVP: streichen
Schwarz Erwin	SVP: streichen
Solari Simon	StR
Spörri Raphael	StR
Stofer Peter	StR
Tanner Beat	SVP: streichen
Tschümperlin Erich	StR
Vollmar Jing	SVP: streichen
Vonesch Andreas	StR
Wendelspiess Ursula	StR
Zellweger Martin	SVP: streichen
Ziemssen Jörg	SVP: streichen
Zosso Cyrill	StR

Antrag SVP-Fraktion: Art. 3 – Steuersatz und Zuschlag

Martin Zellweger beantragt im Namen der SVP-Fraktion folgende Änderung:

Alt: «Die Steuer beträgt 1 % des Erbteils, Vermächtnisses oder der Schenkung.»

Neu: «Die Steuer beträgt 0.5 % des Erbteils, Vermächtnisses oder der Schenkung.»

Martin Zellweger erläutert, da es nicht möglich ist die Freigrenze zu verändern, stellen sie den Antrag die 1 % auf 0.5 % zu ändern.

Christine Kaufmann-Wolf sagt, dass der Stadtrat am 1 % festhält, da alle anderen Gemeinden auch 1 % haben. Kriens ist nicht in dieser Situation, wo man den tiefsten Satz halten kann. Aus diesem Grund hält der Stadtrat daran fest.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SVP (Steuersatz und Zuschlag)
Mit 17:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht Michèle	StR: 1 %
Bienz Viktor	StR: 1 %
Binggeli Michèle	SVP: 0.5 %
Burkhardt-Künzler Anita	StR: 1 %

Camenisch Räto	SVP: 0.5 %
Ercolani Enrico	SVP: 0.5 %
Fluder Hans	SVP: 0.5 %
Gomer-Beacco Bettina	StR: 1 %
Gut Kathrin	StR: 1 %
Hunziker Manuel	StR: 1 %
Koch Patrick	SVP: 0.5 %
Lisibach Armin	SVP: 0.5 %
Meyer Pascal	StR: 1 %
Niederberger Raoul	StR: 1 %
Nyfeler Nicole	StR: 1 %
Portmann Michael	StR: 1 %
Rösch Daniel	SVP: 0.5 %
Schwarz Erwin	SVP: 0.5 %
Solari Simon	StR: 1 %
Spörri Raphael	StR: 1 %
Stofer Peter	StR: 1 %
Tanner Beat	SVP: 0.5 %
Tschümperlin Erich	StR: 1 %
Vollmar Jing	SVP: 0.5 %
Vonesch Andreas	StR: 1 %
Wendelspiess Ursula	StR: 1 %
Zellweger Martin	SVP: 0.5 %
Ziemssen Jörg	SVP: 0.5 %
Zosso Cyrill	StR: 1 %

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt, findet keine Schlussabstimmung statt.

6. Planungsbericht: Chance Bypass

Nr. 035/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Jesús Turiño.

Laut Martin Zellweger wurde das Geschäft von der KFG nicht in ihrer Aufgabe als Finanzkommission, sondern als Kommission für Gemeindeentwicklung behandelt. Neben der Stadtpräsidentin war auch der Abteilungsleiter Präsidialdienste, Jesús Turiño, an der Sitzung anwesend. Das Eintreten war unbestritten und wie selten waren sich sämtliche Fraktionen einig zum Thema. Mit diesem Hintergrund kann auch die Kommission dem Stadtrat und den Verantwortlichen der Verwaltung den Rücken stärken, im gemeinsamen Bestreben eine Kriens-verträgliche Lösung des Bypasses zu erlangen. Die Kommission bedankt sich für den Bericht, welcher sehr gut den aktuellen Stand und den gut 10-jährigen Einsatz für eine erträgliche Bypass Lösung aufzeigt. Es ist schön zu sehen, was bisher mit einem geeinigten Auftreten erreicht werden konnte. Es zeigt aber auch auf, dass man weiterhin als eine geeinte Krienser Kraft weitere Gemeinden, vor allem aber Kanton und Bund für den «Krienser Weg» gewinnen und verpflichten muss. Dazu braucht es geeinigten Druck. Die Unterstützung sagen sie voll und ganz zu. Die KFG beantragt somit den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Armin Lisibach stellt fest, dass es eine lange Historie anzufügen gäbe. Es wurde Druck gemacht und Petitionen lanciert. Die Stadt Kriens hat mehr Gewicht bekommen was sehr positiv bewertet wird und eine gute Grundlage für künftige Verhandlungen sein wird. Es gibt nicht vieles neues und sie sehen es als wichtiges und positives Signal, dass der Stadtrat gestärkt wird. Der Bericht ist positiv, aber es ist auch klar, dass bis zum Bau, ein kantonales Verkehrskonzept, eine Busspur sowie eine Stadtreparatur

berücksichtigt werden muss. Der Stadtrat muss beim Kanton vorsprechen und klare Forderungen bzgl. Verkehr stellen. In naher Zukunft möchten sie aber zukunftsweisende Massnahmen und keine Vergangenheitsbewältigung. In Bezug auf die Besprechung über den Planungsbericht wurde der Bemerkungsantrag von Räto Camenisch auf Wunsch der Kommissionsmitglieder in einen Bemerkungsantrag aus der Kommission einstimmig akzeptiert und hier vorgelegt.

Peter Stofer nennt einige Sachen, welche eintreffen, wenn das Astra anfängt zu bauen. Aufgerissene Quartierstrukturen, blockierte Entwicklungsmöglichkeiten, hohe Lärm- und Abgasemissionen, eingeschränkte Lebensqualität und 10 bis 12 Jahre massive Baustellenemissionen. Dieses Projekt verursacht während der gesamten Bauzeit im Schnitt über 200 Lastwagenfahrten pro Tag. Der Planungsbericht zeigt deutlich auf, was auf Kriens zukommt, wenn das Astra mit dem Bypass-Projekt anfängt; über einen Kilometer offen geführte achtspurige Autobahn. Diese Perspektiven haben die Reihen geschlossen. Alle Parteien sind sich einig, dass es ein siedlungsverträgliches Projekt benötigt. Eine neue Schneise durch Kriens ist nicht akzeptabel. Mittlerweile ist es auch beim Kanton, dank der Krienser Kantonsvertreterinnen und -vertreter, klar, dass die negativen Konsequenzen für Kriens minimiert werden müssen. Allerdings fehlen immer noch gesetzliche Grundlagen dazu. Wenn man zurückschaut und sich überlegt, was Kriens, in diesem bald 10-jährigen Prozess, erreicht hat, muss man sich eingestehen, dass man faktisch noch nicht allzu viel erreicht hat. Die vom Astra offerierten 100 Meter macht die Sache auch nicht wirklich besser. Für Kriens kommt nur eine komplette Überdachung in Frage. Alles andere wäre eine Katastrophe. Das Astra ist bauwillig und deshalb wird sich das Astra auch flexibel zeigen. Rote Linien sind schnell gezeichnet aber auch wieder zurückgenommen. Die Grüne/glp-Fraktion fordert den Stadtrat auf, sich weiterhin energisch für eine akzeptable Lösung beim Regierungsrat und beim Astra einzusetzen. Die Krienser Interesse müssen nötigenfalls auf dem Rechtsweg durch alle Instanzen durchgesetzt werden. Sechs Punkte sind der Fraktion wichtig. Die minimal Variante ist die Überdachung des 1.3 Kilometer lange Strassenstück. Die durchgehende Busspur, soll nicht nur für die Bauphase bestand halten, sondern diese muss auch nachher bleiben. Der Kanton soll sich endlich tatkräftig engagieren und Kriens unterstützen. Das Bypass-Projekt und der Tiefbahnhof von Luzern müssen gestaffelt realisiert werden. Aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion ist klar, dass zuerst der Tiefbahnhof zum Zug kommt. Wichtig ist auch, dass die Verhandlungen vor dem Baustart abgeschlossen sein müssen. Die Fraktion ist für Eintreten und begrüsst den Planungsbericht und nimmt diesen positiv zur Kenntnis. Er ist der Meinung, dass alle Parteien zusammen den Rücken des Stadtrates stärken müssen. Er ist sich jedoch nicht sicher, ob eine solche Überdachung eine Stadtreparatur ist. Auch mit einer Überdachung gehen vier Hektaren Wirtschaftsraum im Entwicklungsgebiet LuzernSüd verloren. Vier Hektaren Perspektiven, Arbeitsplätze, Steuersubstrate und Lebensqualität. Auch die Trennwirkung bleibt gleich bestehen. Warum ist eine Tieferlegung dieser Autobahn zu teuer? Nur weil das Astra falsch rechnet. Wenn der Stadtrat finanziellen Mehrwert generieren möchte, wäre es jetzt an der Zeit, eine Tieferlegung der acht Spuren zu fordern. Damit könnte acht Hektaren Perspektive geschaffen werden. Alles was denkbar ist, ist auch machbar.

Räto Camenisch stellt fest, dass Peter Stofer alle Weihnachtsgeschenke der nächsten 10 Jahre auf einmal fordert. Wenn man das Projekt richtig gemacht hätte, wäre man bei Malters rein und irgendwo in Nidwalden wieder rausgekommen. Dies wäre eine saubere Lösung einer Umfahrung von europäischer Bedeutung. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Planungsbericht und seine weiteren Bemühungen, welche langsam Fuss fassen. Wenn man den Planungsbericht genau anschaut, merkt man, dass er milder, freundlicher und weniger aggressiv geschrieben wurde. Daraus schliesst er, dass sich doch etwas bewegt und man gewissen Leute nicht mehr wütend machen möchte. Es ist grauhaft, wie man bisher mit Kriens umgegangen ist. Im Jahr 2006 hat man mit einem Vorstoss die Opposition im Rat geweckt. Der damalige Gemeinderat hat einfach geschlafen. Dabei baut sich ein riesen Gewitter über dieser Stadt auf. Nachträglich kann man nicht mehr viel machen. Man hat Kriens links liegen gelassen und ohne Kriens geplant. Dabei hat Kriens damals bereits Vorhaltungen gemacht. Es wurde jedoch gesagt, dass wenn man weitere Autobahnen benötigt, wird man hinten durchgehen. Selbstverständlich war dies heute kein Thema mehr und man hat die kürzeste und billigste Variation

genommen. Ursprünglich war eine SpangeSüd geplant. Dann gab es eine Initiative in der Stadt Luzern, dass man diese Spange streichen möchte. Das Volk hat die Initiative mit über 60 % abgelehnt und trotzdem hat man diese SpangeSüd irgendwann aus dem Projekt gestrichen und hat gesagt, dass es durchgehende Busspuren gibt. An der Sitzung der Verkehrskommission im Kantonsrat hat man gesehen, dass bei Planungsbericht der SpangeNord diese Busspur auch gestrichen wurde. Die Stadt Kriens gibt sich wirklich Mühe mit dem Vorschlag «Chance Bypass» etwas zu zeigen. Auch an anderen Orten in der Schweiz bewegt sich dies ein wenig. Kriens steht jetzt ohne diese Busspur da. Er hat es hingebacht, dass die Verkehrskommission ein Bemerkungsantrag überweise, dass nochmals Lösungen geprüft werden und neu verhandelt wird. Die Verkehrskommission hat dies Wohlwollend aufgenommen und wird dies hoffentlich an der nächsten Sitzung überweisen. Weiter kann man nur am Stadtrat folgen und den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Man kann auch weiterhin gemeinsam für Kriens kämpfen. Er dankt allen für die Unterstützung. Er ist sich sicher, dass auf irgendeine Art und Weise etwas erreicht wird.

Armin Lisibach merkt an, dass die vollständige Überdachung, so wie der Stadtrat dafür kämpft, eminent wichtig für die nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt Kriens ist. Die FDP-Fraktion steht zu 100 % hinter den Forderungen. Aber der Zu- und Abfluss des Verkehrs, wenn von 8 auf 4 Spuren reduziert wird, kann so wie der Kanton ohne gesamtheitliches Verkehrskonzept es vorsieht, schlichtweg nicht gemanagt werden. Der Kanton plant und denkt aus ihrer Sicht nicht zu Ende. Die Ausfahrtenprobleme werden nicht gelöst, der Verkehr soll aus der Stadt Luzern in die Region oder Agglomeration verbannt werden und die Kantonsstrassenproblematik mit dem Transit ist nicht gelöst und verschärft sich weiter. Der ÖV wird immer unattraktiver und das Verkehrsproblem verhindert Zuzüge von guten Steuerzahlern. Die Spange Nord wird nicht realisiert. Damit werden die Verkehrsprobleme auf die übrigen Zugangsentile des Projektes und somit auf die umliegenden Gemeinden und Städte wie Kriens verlagert. Mit der Reallokation der Mittel aus der Spange Nord, sollten nun Massnahmen für ÖV, MIV und Langsam Verkehr rund um den Bypass umgesetzt werden. Das Postulat Nr. 191/2019 wurde durch Thomas Lammer dazumal aufgesetzt. Nun möchte er dies wieder erwähnen, im Sinne dessen, dass der Stadtrat sich der Thematik annimmt. Denn genau diese Mittel müssen doch nun dort investiert werden, wo der Verkehr verflochten wird. Damit müsste für Kriens ein wirklicher Mehrwert geschaffen werden können, wenn Krienserinnen und Krienser nicht im Verkehr ersticken wollen. Der Bypass ist das Eine, der Ausbau des Transit's, resp. Autobahn Ränggloch, das Andere. Er bittet den Stadtrat diese Anliegen ernst zu nehmen und im Sinne von Kriens den Weg gehen, welcher er bereits eingeschlagen hat.

Zunächst bedankt sich Anita Burkhardt-Künzler im Namen der CVP/JCVP-Fraktion recht herzlich für den vortrefflichen Planungsbericht zur Chance Bypass. Er stellt eine umfassende Zusammenfassung der «Geschichte des Bypasses» dar. Ein gelungenes Update, das aufzeigt, wo Kriens in diesem Zusammenhang steht und was bis jetzt alles erreicht und unternommen worden ist. Als am 11. Juni 1955 mit 4.2 km Länge das erste Autobahnstück von Luzern nach Ennethorw eröffnet wurde, war diese Pioniertat als erste Autobahn der Schweizer Geschichte gefeiert worden. Dass sich zwischenzeitlich monumental viel und grundlegend geändert hat, dazu muss man kein Historiker sein. Wurde zu dieser Zeit mit «Wohnen mit Ausblick auf die Autobahn» geworben, so ist das heute nicht mehr vorstellbar. Zwischenzeitlich ist Kriens durch die Weiterführung der A2 regelrecht zerschnitten worden. Und heute befindet sich im Ausbaugesbiet des Bypasses der kantonale Entwicklungsschwerpunkt. Dieser wird nun mit dem Ausbau des Bypasses auch noch die enormen Auswirkungen zur Entlastung der Verkehrssituation im Grossraum Luzern tragen. Versprochene Verbesserungen für Kriens wurden nicht verwirklicht. Die Spange Nord wurde verworfen, ebenso die durchgehende Busspur von Kriens bis nach Ebikon. Kriens ist jetzt mehr denn je gefordert, sich für die grösstmögliche Optimierung, mindestens die vollständige Einhausung der A2 auf Krienser Boden, einzusetzen. Der Bericht verdeutlicht, dass durch das überparteiliche Komitee «Bypass - so nicht!», mit der Geschlossenheit aller politischen Parteien in Kriens, eine optimale Voraussetzung geschaffen wurde, um Bund und Kanton aufzuzeigen, dass man es

ernst meint, hier ist eine 28'500 Einwohner starke Agglomerationsgemeinde die auf ihre Situation aufmerksam macht und sich für eine lebenswerte, zukunftsgerichtete Lösung für ihre Bewohner einsetzt. Kriens fordert nichts Unmögliches oder Abstraktes, der Bericht zeigt klar auf, dass diese Stadtreparatur gebraucht wird. Kriens bietet Hand für ein optimales Ergebnis, natürlich für sich als Standortgemeinde, aber auch für den Kanton, wie auch für das Jahrhundert-Strassenbauprojekt. Ein gemeinsames Miteinander ist gefragt, aber auch eine weiterhin grosse Beharrlichkeit damit die «Chance Bypass» auch für die kommende Generation bestmögliche Bedingungen schafft. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt diesen Planungsbericht positiv zur Kenntnis, ermutigt den Einwohnerrat weiter zur Einigkeit und unterstützt den Bemerkungsantrag der KBVU vollumfänglich.

Gemäss Raphael Spörri dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für den Planungsbericht. Eine gute Zusammenfassung, was bis jetzt geschah und in welche Richtung der Stadtrat gehen will. Nicht mehr und nicht weniger, ist man versucht zu sagen. Wenn man aber weiss, was alles im Hintergrund noch läuft und aufgegleist wird ist es klar, dass im Moment noch nicht alles spruchreif oder für alle Ohren bestimmt ist. Wichtig scheint es ihm aber noch einmal zu betonen, dass man zusammenhalten und kämpferisch zeigen muss. Es ist kein Geheimnis, dass die Parteienwünsche verschieden sind und das Idealbild nicht ganz deckend ist. Was der Rat aber gemeinsam hat, ist der Wille das Beste für Kriens herauszuholen und dass man mit dem Vorgehen des ASTRA nicht einverstanden ist. Er sagt, man soll sich weiterhin kämpferisch und unbequem zeigen.

Erich Tschümperlin möchte nur einen kurzen Werbespot machen. Gestern hat er die Webseite von Chance Bypass besucht. Es gibt eine Seite, welche Unterstützung heisst. Er stellt fest, dass bereits einige eingetragen sind. Seiner Meinung nach müsste diese Seite überquellen. Er bittet alle sich dort einzutragen und in ihrem Umfeld Werbung zu machen und die Leute zu informieren.

Christine Kaufmann-Wolf dankt für die sehr positiven Rückmeldungen. Sie hat das Gefühl, dass das Parlament wiedererwacht ist und dem Stadtrat den Rücken stärkt. Es freut sie sehr, dass man über alle Parteien hinweg eine Meinung hat. Sie dankt Jesús Turiño und David Lehmann für den Bericht und die Arbeit. Hinter den Kulissen wird hart gearbeitet. Leider können nicht alle Informationen preisgegeben werden, da man die Verhandlungspositionen nicht schwächen möchte. Mit einer Präsentation von Jesús Turiño wird man aufzeigen, was angedacht ist und wie man vorwärtsgeht. Kürzlich gab es einen Austausch mit dem Bypass Komitee. Auch hat der Stadtrat der neue Kantonsingenieur kennengelernt und weiteren Anspruchsgruppen das Projekt nähergebracht. Zudem ist der Stadtrat im Austausch mit nationalen Politiker. Sie stellt fest, dass der Rat gefordert hat, dass noch mehr Gas gegeben wird. Es ist jedoch so, dass dieses Projekt Kriens noch lange fordern wird. Aus diesem Grund wird die Unterstützung des Einwohnerrats benötigt. Erich Tschümperlin hat bereits erwähnt, dass man sich ins Komitee eintragen soll. Es ist wichtig, dass der Rat mithilfe in der Bevölkerung Werbung zu machen, damit eine gewisse Breite erreicht werden kann. Die Stärke wird benötigt, den nur fünf Stadträte reichen nicht aus. Sie fordert den Rat auf, in den Parteien die Kantonsräte zu informieren und zu überzeugen, damit diese Kriens unterstützen können. Diese Unterstützung ist wichtig in diesem Jahrhundertprojekt. Peter Stofer hat noch das Tunnel erwähnt. Dieses Projekt gab es im Jahr 1989. Weshalb dieses Projekt verworfen worden ist, ist ihr nicht bekannt. Die Tatsache ist, dass das Astra mit dem Bypass eines von weitentwickelten Projekten hat. Diese lassen sich diesbezüglich nicht abstoppen. Auch der Kanton wird sich nicht abstoppen lassen. Dort muss jetzt geschaut werden, dass Kriens eine Solidarität erhält und dafür reicht es nicht, dass Kriens eine grosse Agglomerationsgemeinde ist. Es muss im ganzen Kanton bewusst werden, dass Kriens eine Last hat. Auch für das Astra wäre es eine Chance zu sehen, dass es ein super Projekt für die Zukunft ist. Es wird nicht günstig sein und auch nicht einfach. Sie freut sich auf die Unterstützung des Rates, denn der Stadtrat und ganz Kriens zählt auf diese.

Jesús Turiño merkt an, dass er sich kurzfassen möchte und auf eine andere Art zeigen, was bereits gemacht wurde und was angestrebt wird. Er zeigt ein Bild der Autobahn im Jahr 1954. Dies war ein Pionierwerk und die erste getrennte Autobahn in der Schweiz. Sie war jedoch nicht so harmonisch wie man meinen kann. Gerold Kunz hat in seinem Buch geschrieben, dass der damalige Einwohnerrat sich geweigert hat, an die Eröffnungsfeier zu gehen. Die Autobahn hat man durch die Mitte von Kriens ins Grüne gebaut. Daraus entstand ein kantonaler Entwicklungsschwerpunkt. Wahrscheinlich ist es eines der dichtesten bebauten Gebiete in der Zentralschweiz. Am Schluss werden fast 15'000 Wohn- und Arbeitsplätze rund um diese Autobahn entstehen. Es wurde ein wichtiger Siedlungsraum für die Stadt Kriens und man ist wahrscheinlich einer der Gemeinden, welche am meisten von diesem Nord/Süd-Verkehr betroffen ist. Es ist nicht nur der städtebauliche Aspekt, sondern auch die Verkehrsentwicklung, welche Kriens um die Ohren fliegt. Im Jahr 1986 hat man noch von vierstelligen Zahlen gesprochen und heute geht man davon aus, dass 100'000 pro Tag diese Autobahn benutzen. Man vermutet auch, dass die 110'000, welche das Astra bis ins Jahr 2030 vorgesehen hat, bereits viel früher überbieten wird. Die Streckenführung und die Verkehrszahlen zerschneidet Kriens und verursacht viele Emissionen. Dies ist ein No-Go welches in ganz Europa korrigiert werden würde. Jede Gemeinde und jede Stadt in der Schweiz hat ein wachsendes Wegenetz. In Kriens wurde dies durchschnitten und dies städtebaulich nicht passieren dürfte. Im Jahr 1989 hat der Kanton versprochen das 460 Meter eingedeckt werden. Im Jahr 2000 wurde in Horw die Überdeckung gemacht. Dies wurde ohne grossen Aufstände erstellt. Wieso es in Kriens nicht direkt gemacht wurde, ist im Verlauf dieses Projektes immer wieder ein Rätsel gewesen. Dieses Projekt ist ein Jahrhunderts Projekt, welches von den Dimensionen her jetzt gemacht werden muss. Es sind 1.9 Millionen Kubikmeter Aushub. Bei der Aufschütze hat man das erste Sonnenbergtunnel versorgt und das waren insgesamt 300'000 Kubikmeter. Es werden über 10 Jahre Bauzeit, welche Kriens massiv einschränken werden. Es wird gravierendste Auswirkungen auf die gesamte Region haben, aber vor allem auch für Kriens. Die Stadt Kriens war nie gegen den Bypass, sondern nicht mehr bereit die ganze Last zu tragen. Ihn fasziniert, dass der Einwohnerrat im Jahr 2014, gesagt hat, dass man das nicht möchte. Der ganze Rat stand einstimmig hinter diesem Projekt. Das Astra hat darauf mit Bildern reagiert, welche schön aussehen, jedoch ist es das unterste Level von dem, was das Astra überhaupt machen muss. Aus diesem Grund hat man die frankierenden Massnahmen nicht akzeptiert. Die Stadt Kriens wusste nicht genau wie man vorgehen sollte. Die erste Einsprache wird bis ins Jahr 2027 abgehandelt. Für Kriens ist es die einmalige Chance zu sagen, dass man endlich eine fast 80-jährige Geschichte aufräumt. Dies ist wahrscheinlich auch die letzte Chance dies aufzuräumen. Das Astra wirft der Stadt vor Utopisten zu sein. Jedoch ist Jesús Turiño der Meinung, dass die Stadt Kriens eine Vision hat. Man darf daran denken und diese auch fordern. Es gab bereits ganz andere Bauwerke in der Schweiz, die komplizierter waren. Es ist durchaus möglich, dass auch kleinere Gemeinden eine solche Eindeckung machen können. Man möchte dies nicht durchstieren, sondern gemeinsam anpacken. Zumindest auf der Ebene des Kantons und der Bevölkerung ist man soweit. Kriens will einen Bypass, jedoch nur wenn es eine Eindeckung gibt.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag KBVU

Armin Lisibach möchte im Namen der KBVU folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat Kriens wird aufgefordert, seine Bemühungen um die «Chance Bypass» mit Nachdruck dahin zu verstärken, dass eine zufriedenstellende Anpassung des kantonalen Verkehrskonzepts, eine annehmbare Verwirklichung der «Vision Stadtreparatur» und konkrete Massnahmen für die Milderung der Bauemissionen inklusive Regelung des Bauverkehrs beim Start der Realisierung des «Bypass»-

Projektes schon soweit ausgehandelt, konkretisiert und finanziert sind, dass diese Massnahmen vor oder während der «Bypass»-Bauphase ausgeführt werden können.»

Christine Kaufmann-Wolf merkt an, dass der Stadtrat nicht opponiert. Es freut den Stadtrat, dass sich der Rat interessiert zeigt und ihm für die weitere Arbeit den Rücken stärkt.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Antrag KFG

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG folgende Änderung:

«Der Planungsbericht Chance Bypass wird zustimmend zur Kenntnis genommen.»

Variantenabstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag KFG («zustimmend»)

Mit 1:28:0 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

Albrecht Michèle	zustimmend
Bienz Viktor	zustimmend
Binggeli Michèle	zustimmend
Burkhardt-Künzler Anita	zustimmend
Camenisch Räto	zustimmend
Ercolani Enrico	zustimmend
Fluder Hans	zustimmend
Gomer-Beacco Bettina	zustimmend
Gut Kathrin	zustimmend
Hunziker Manuel	zustimmend
Koch Patrick	zustimmend
Lisibach Armin	zustimmend
Meyer Pascal	zustimmend
Niederberger Raoul	zustimmend
Nyfeler Nicole	zustimmend
Portmann Michael	zustimmend
Rösch Daniel	zustimmend
Schwarz Erwin	zustimmend
Solari Simon	zustimmend
Spörri Raphael	zustimmend
Stofer Peter	neutral
Tanner Beat	zustimmend
Tschümperlin Erich	zustimmend
Vollmar Jing	zustimmend
Vonesch Andreas	zustimmend
Wendelspiess Ursula	zustimmend
Zellweger Martin	zustimmend
Ziemssen Jörg	zustimmend
Zosso Cyrill	zustimmend

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Chance Bypass wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkung wird überwiesen:

Der Stadtrat Kriens wird aufgefordert, seine Bemühungen um die «Chance Kriens» mit Nachdruck dahin zu verstärken, dass eine zufriedenstellende Anpassung des kantonalen Verkehrskonzepts, eine annehmbare Verwirklichung der «Vision Stadtreparatur» und konkrete Massnahmen für die Milderung der Bauemissionen inklusive Regelung des Bauverkehrs beim Start der Realisierung des «Bypass»-Projektes schon soweit ausgehandelt, konkretisiert und finanziert sind, dass diese Massnahmen vor oder während der «Bypass»-Bauphase ausgeführt werden können.

Gemäss Tomas Kobi findet keine Abstimmung statt.

7. Postulat Niederberger: Separate Busspur Bauphase Bypass

Nr. 021/21

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

8. Postulat Burkhardt: Sternenkinder-Grab in Kriens

Nr. 024/21

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

9. Bericht Postulat Ercolani: Kanton entlastet Gemeinden

Nr. 294/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Enrico Ercolani merkt an, dass die FDP-Fraktion mit der Beantwortung des Stadtrates nicht zufrieden ist. Wie alle wissen, hat der Kanton nochmals über 100 Millionen Franken von der Nationalbank erhalten. Die Begründung, dass es den Gemeinden sehr gut gehe, wie die Jahresabschlüsse immer wieder zeigen ist kein Grund diese nach Möglichkeit mehr zu entlasten. Auf Grund folgender Fakten hat Beat Tanner den Vorstoss «Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichsmassnahmen des Kantons» eingereicht. Nach Ja zur STAF: Städte erwarten faire Lastenverteilung 19. Mai 2019. Mit dem «Ja» der Stimbevölkerung zur Steuerreform und AHV-Finanzierung ist nun der Weg frei für die Umsetzung der dringend notwendigen Unternehmenssteuerreform. Wie diese konkret ausgestaltet wird, hängt weitgehend von den kantonalen Vorlagen ab. Der Städteverband und die Konferenz der städtischen Finanzdirektoren und -direktoren (KSFD) erwarten, dass die Kantone die Lasten fair verteilen und der Gemeindeklausel Nachachtung verschaffen. Der Städteverband und die KSFD haben die STAF geschlossen unterstützt, dies, obschon sie nicht allen städtischen Forderungen Rechnung trägt. Dass die Vorlage eine Mehrheit gefunden hat, ist erfreulich. Denn eine bessere Alternative wäre nicht realistisch gewesen und eine Ablehnung hätte zu einer längeren Phase der Unsicherheit geführt. Der Entscheid bringt die

dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit für den Wirtschaftsstandort Schweiz wie auch für die Gemeinwesen. Die Annahme der nationalen Vorlage ist auch die Voraussetzung für die Umsetzung der kantonalen Reformprojekte, für die die STAF den Rahmen und die Instrumente vorgibt. Die Ausgestaltung in den Kantonen ist ausschlaggebend für die Auswirkungen der Reform auf Städte und Gemeinden. Der SSV und die KSFD erwarten eine ausgewogene Umsetzung und eine faire Lastenverteilung, damit die Steuerausfälle für die Kantone und für die Gemeinden tragbar werden. Insbesondere fordern sie die Kantone auf, die Gemeindeklausel umzusetzen und die kommunale Ebene angemessen an den Ausgleichsmassnahmen des Bundes zu beteiligen. Die Aufnahme einer klar formulierten Gemeindeklausel in die Neuauflage der Unternehmenssteuerreform war ein wesentlicher Grund für die Zustimmung der Städte zur STAF. Entsprechend sind die Kantone in der Pflicht. Schliesslich erwarten die Städte, dass auch der Bund die städtischen Anliegen bei der Konkretisierung der Umsetzung weiterhin berücksichtigt. Als einziger Kanton lässt Luzern die Gemeinden, trotz Gemeindeklausel, nicht an diesen Geldern partizipieren. Deshalb verlangt die FDP-Fraktion, dass sich der Stadtrat, zusammen mit dem Verband Luzerner Gemeinden und den K5 Gemeinden für eine hälftige Abgeltung der Entschädigung vom Bund wegen der Unternehmungssteuerreform STAV einsetzt, und dass der Kanton Luzern das Bundesgesetz umsetzt und die zusätzliche Entschädigung zur Hälfte an die Gemeinden zahlt. Wenn der Kanton schon nicht bereit ist, mit dem grossen Kuchen der Nationalbankgelder die Gemeinden zu entlasten soll er sich wenigstens gesetzeskonform verhalten. Sie fordern den Stadtrat noch einmal auf, diese Gelder gemäss Gemeindeklausel im Bundesgesetz auch rückwirkend einzufordern zu Gunsten des Finanzhaushaltes. Der Bund verteilt eine Milliarde an die Kantone dies entspricht zirka Fr. 120.00 pro Bürger. Die Hälfte, also Fr. 60.00 müssten die Gemeinden erhalten. Für die Stadt Kriens wären das zirka Fr. 1,5 Millionen pro Jahr. Braucht Kriens wirklich eine Steuererhöhung?

Cyrill Zosso dankt im Namen der Grüne/glp-Fraktion dem Postulanten für das Postulat, welches ein durchaus sympathisches Anliegen vorbringt. Das Anliegen ist vielleicht etwas unkonventionell in diesem stark reglementierten politischen System. Der Kanton scheint jedoch besser Pläne zu haben mit dem Geld. Vielleicht könnte man erreichen, dass er es für flankierende Massnahmen im Ränggloch verwendet? Aber leider wohl eher zum Asphaltieren. Kriens ist jedoch auch weiter gefordert nach solchen Möglichkeiten zu suchen um den Kanton zu einem besseren Ausgleich mit den Gemeinden zu bringen.

Räto Camenisch merkt an, dass es ein sympathischer Vorstoss ist. Jedoch ist es auch ein wenig naiv. Es ist wie, wenn der grosse Hund einen Knochen hat und der kleine Hund möchte auch ein Stück davon. Es ist gesetzlich geregelt, wohin diese Gelder gehen. Diese 120 Millionen Franken, welcher der Kanton Luzern mehr bekommt, sind schon lange wieder ausgegeben. Es sollte nicht gedacht werden, dass die Gemeinden im Kantonsrat keine starke Stellung haben. Gemäss Räte Camenisch ist es eine heilige Kuh, welcher kein Bein abgeschnitten werden kann.

Laut Beat Tanner ist es bei STAF eine andere Ausgangslage. Ihn nimmt es wunder, wie die Gemeindeklausel beim Kanton Luzern eingefordert wird. Jeder Kanton in der Schweiz hat die Gemeinden partizipiert lassen, nur der Kanton Luzern nicht. Er ist der Meinung, dass es wert ist zu kämpfen und er ist sich auch sicher, dass es andere Gemeinden gibt, die es genau gleichsehen. Er findet es nicht fair, da man das Stimmvolk hintergangen hat. Das Bundesgericht hat entschieden und es nimmt ihn wunder, ob Kriens sich rechtlich wehren könnte.

Bettina Gomer-Beacco dankt im Namen der SP-Fraktion für den Vorstoss und die Erstellung des Berichts. Die Antwort des Kantons ist anscheinend sehr ernüchternd ausgefallen. Die Nationalbank schützt grosszügig Geld aus und das alles zu Händen von Bund und Kanton. Man könnte sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch etwas davon haben. Nur so einfach ist es meistens nicht zu sehen. Vielleicht wurde alles bereits budgetiert oder es wurde vom Covid-19 aufgefressen. Im ersten Fall, würde

man kaum etwas bemerken, da es so läuft wie immer. Im zweiten Fall hofft man, dass diese Ausschüttungen so hoch sind, dass die Leidtragenden ihren Anteil erhalten haben. Zudem wird erklärt, dass sich jede Staatsebene selber finanziert. Diese haben sich mit den Umverteilungen der Steuereinnahmen im AFR 18 auf Kriens umverteilt. Der zitierte Finanzausgleich, wurde tatsächlich vom Kanton, aber auch vielen gutgestellten Gemeinden in Luzern, hingetragen. «Um die Solidarität und den Zusammenhalt im Kanton Luzern zu sichern. Damit soll sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu einem ähnlichem Bündel an öffentlichen Leistungen haben und sich den kommunalen Steuerlasten nicht zu stark unterscheiden.» Vielleicht müsste man sich überlegen, ob einige Gemeinden ihren Steuerfuss dauern nach unten korrigieren müssten, damit sie weniger einnehmen. Vielleicht bräuchte es eine Einführung von einer Art Band, welche zwischen 1.5 und 2.5 liegen könnte. Vielleicht braucht der grosse, am Knochen nagende Hund einen starken Meister, damit er weiss, was man von ihm möchte.

Enrico Ercolani stellt fest, dass Räto Camenisch vom grossen Knochen gesprochen hat. Wenn er ihn richtig verstanden hat, dann hat er von diesen Nationalbankgelder diskutiert. Er möchte klarstellen, dass er nicht von diesen Geldern spricht. Er spricht von der Abstimmung, bezüglich der Unternehmersteuer, bei welcher auf gesetztes Ebene gesagt wird, dass eine Milliarde an die Kantone zurückfliesst und dass 50 % an die Gemeinden abgegeben werden sollen. Der Kanton Luzern hat dies nicht vollzogen.

Christine Kaufmann-Wolf erläutert, dass der Postulant sehr engagiert ist und gute Ideen hat, was sehr lobenswert ist. Selbstverständlich werden alle Ideen vom Stadtrat überprüft. Man hat mit dem Regierungsrat Kontakt aufgenommen. Einerseits mündlich, aber auf dem offiziellen schriftlichen Weg. Die Stellungnahme des Kantons liegt vor und wurde im Bericht integriert. Die Gewinnausschüttung wird nach den Dividenden der Nationalbank ausgeschüttet. 2/3 gehen an die Kantone und 1/3 an den Bund. Die Gemeinden werden hierbei nicht berücksichtigt. Dies ist in der Bundesverfassung Artikel 99 geregelt. Mit dem AFR 18 hat man die Aufgabenteilung, auf Wunsch der Gemeinden, neu angeschaut und beurteilt. Anschliessend hat man AFR 18 eingeführt. Der Kanton leistet mit dem Finanzausgleich, dem Lastenausgleich und hat einen Ressourcenausgleich. Es wurde gesagt, dass die Gemeinden mit dem Steuerfuss solidarisch sein sollten. Sie ist der Meinung, dass in diesem Rat nicht diskutiert werden kann, welchen Steuerfuss die anderen Gemeinden haben sollten. Es gibt andere Gemeinden, welche einen höheren Steuersatz haben als Kriens. Man kann froh sein, dass es auch Gemeinden, mit einem tiefen Steuerfuss, gibt. Diese bezahlen sehr viel in den Ausgleich. Im Vorstoss ging es um die Nationalbankgelder und jetzt plötzlich spricht man von den STAF. Dies ist ein anderes Geschäft. Der Bericht des Stadtrates umfasst die Nationalbankengelder. Ihr ist bewusst, dass alles zwei Seiten hat. Alle Bürgerin und Bürger vom Kanton Luzern profitieren indirekt von diesen Geldern. Der Stadtrat hat geprüft, was der Postulant gefordert hat. Die positive Seite, wäre, wenn Kriens ein Teil dieser Gelder bekäme. Die negative Seite ist indirekt positiv für Kriens, da der Kanton die Millionen eingesetzt hat. Bereits im Jahr 2020 hat er 50 Millionen Franken für Härtefallmassnahmen eingesetzt und dieses Jahr wurden rund 100 Millionen Franken verplant. Indirekt hat Kriens Glück, denn der Kanton könnte diese Last auf die Köpfe verteilen. Kriens kann froh sein, dass er dies nicht macht. STAF ist eine andere Geschichte. Im Kantonsrat hat es sehr viele Gemeindevertreter, jedoch sind deren Interessen anders gelagert. Eine Agglomerationsgemeinde hat andere Herausforderungen als kleinere Gemeinden. Der Kanton hat sehr viele Gelder erhalten und diese für die Bevölkerung eingesetzt. Kriens kommt nicht an dieses Geld ran, da es gesetzlich geregelt ist.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Spörri: Sichere Weiterführung Freigleis (Veloweg Mattenhof)
Nr. 010/20

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Tomas Kobi fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Raphael Spörri wünscht eine Diskussion.

Tomas Kobi stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Raphael Spörri bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung seiner Interpellation. Dass solche Interpellationen immer wieder nötig und wichtig sind, zeigen die Ereignisse rund um solche Anliegen. So fand doch kurz nach der Beantwortung, und bereits getroffenen Massnahmen, ein schlimmer Verkehrsunfall in diesem Gebiet statt. Klar wird sich um den Mattenhof in nächster Zeit noch einiges baulich bewegen, trotzdem stellt sich bei diesem tragischen Ereignis die Frage, ob man alles getan hat um dies zu verhindern. Trotzdem möchte er dem Stadtrat und der Verwaltung ein Kränzchen winden. Er hat seine Interpellation nicht nur beantwortet, sondern hat schnell reagiert und bauliche Massnahmen ergriffen. So beobachtet er heute noch kaum illegal abgestellte Autos auf den Velowegen. Oder er sieht wie sich die Begegnungszone langsam zu einer solchen entwickelt. Sind trotzdem Vergehen vorhanden werden die Verursacher gebüsst oder weggewiesen. Weiter ist in der Beantwortung zu lesen, dass weiterhin kontrolliert wird und eine Nachkontrolle stattfinden wird. Das ist löblich und wichtig. Wie zu Beginn seiner Ausführungen wird sich auch in Zukunft rund um den Mattenhof vieles Verändern und bauliche Aktivitäten werden noch Jahre andauern. Da bittet er den Stadtrat diese Nachkontrollen nicht nur in einem Jahr zu machen, sondern während den Bauphasen immer wieder die Situation zu analysieren, kontrollieren und zu überwachen

Manuel Hunziker stellt fest, dass die Teilnahme am Verkehr in dicht bebauten Siedlungsgebieten eine Herausforderung ist und bleibt. Die Grüne/glp-Fraktion begrüsst daher die umgesetzten und geplanten Massnahmen zur Signalisation. Bei seiner Erstbefahrung am vergangenen Wochenende, empfand er diese als verständlich und gut. Es ist wichtig, dass die notwendigen Markierungen und leitenden Massnahmen fortlaufend umgesetzt werden. Dies gilt unbedingt für den Bereich zwischen McDonalds und Subway. Die Situation zwischen Bahnhof und Bächli Sport wird aber auch mit guter Signalisation schwierig bleiben, da der Veloweg den Fussgängerfluss schneidet. Das ist aber eine Herausforderung, welche so manche Begegnungszone mit Mischverkehr betrifft, mit der die Verkehrsteilnehmer umzugehen lernen müssen. Für den Fahrradverkehr gilt gleiches wie beim Autoverkehr, situationsangepasste Geschwindigkeit. Wer aktiv und vorausschauend am Verkehr teilnimmt wird seine Geschwindigkeit an diesem Ort anpassen. Und die Fussgänger müssen sich daran erinnern, was der Polizist im Kindergarten erklärt hat: «Warte, luege, lose, laufe» Es braucht immer die Aufmerksamkeit und das Verständnis aller Verkehrsteilnehmer. Dies gilt insbesondere auch für Begegnungszonen wie am Mattenhof.

Patrick Koch merkt an, dass es gut ist, dass der Stadtrat die baulichen Veränderungen beim Mattenhof rasch umgesetzt hat. Gerne würde er bei seinem Statement den Horizont etwas erweitern. Fahrradfahren erfährt aktuell einen Boom. Dies ist gut so. Das Velo ist im städtischen Verkehr wohl nicht nur das ökologischste, sondern auch das ökonomischste Fortbewegungsmittel. Während der Kanton auf dem Land viel in die Veloinfrastruktur investiert, besteht im städtischen Gebiet noch viel Potenzial. Das Velofahren soll in der Stadt attraktiver werden. Viele europäische und schweizerische Städte können Luzern und Kriens als Vorbild dienen. Mit dem Freigleis, dem Velohighway von Kriens nach Luzern wurde ein Vorzeigeprojekt realisiert. Besonders positiv ist dabei die Entflechtung des Langsam Verkehrs vom

übrigen Verkehr zu werten. In diese Richtung muss es gehen. Veloanhänger und Kleinkinder usw. gehören einfach nicht auf stark befahrene Strassen. Man denke z.B. an die Schachen-/ Amlehnstrasse. Mit separaten Velospuren können generell die Unfälle stark reduziert werden. Hingegen führt die geplante Veloverbindung Kupferhammer-Freigleis bei ihm zu Stirnrunzeln. Im Kupferhammer hat es jetzt schon viel Stau, wie soll der Verkehr diese zusätzliche Strassenquerung schlucken, wenn ständig die Fahrradfahrer den rollenden Verkehr auf der Hauptverkehrsschlagader aufhalten. Er bittet den Stadtrat etwas zu diesem Projekt zu sagen. Die Weiterführung des Freigleises in Richtung Horw macht bestimmt Sinn, so wie es der Stadtrat in der Beantwortung aufgezeigt hat. In diesem Fall hoffentlich mit Kostenbeteiligung von Horw. Die Weiterführung des Freigleises führt hauptsächlich auf dem bestehenden Strassennetz, so dass die Kosten überschaubar bleiben. Die SVP-Fraktion begrüsst auch die Verbindung vom Schweighof über die Schällematt in Richtung Roggern. Die vielen Schulkinder werden es verdanken. Damit das Freigleis die optimale Wirkung entfaltet, ist es begrüssenswert, wenn dieses auch in Richtung Bahnhof Luzern verlängert werden kann. In jungen Jahren besuchte er in Luzern die Verkehrsschule. Selbstverständlich legte er den Schulweg mit dem Drahtesel zurück. Er hat Mühe damit, dass z.B. immer noch sehr viele Krienser Schülerinnen und Schüler, insbesondere Kantonsschüler zur Rush Hour den Bus benutzen und den Berufsleuten die Sitzmöglichkeiten stehlen. Es ist absolut zumutbar, den Weg zum Alpenquai mit dem Fahrrad zurückzulegen. Er ist für die Investitionen in separate Velostreifen, sie sollen jedoch auch genutzt werden. Der Stadtrat sollte hier aufklären und informieren. Velofahren ist doch cool. Der Stadtrat von Luzern hat vor kurzem ein Ansinnen abgelehnt, dass die Bus-Abi für Schüler massiv vergünstigt hätte. Das Velofahren soll gefördert werden und so machen die Kinder auch etwas für die Fitness.

Laut Ursula Wendelspiess bedankt sich die CVP/JCVP-Fraktion für die Interpellation und deren Beantwortung. Sie sind der Meinung, dass jetzt mit den ergänzten Markierungen gute Verbesserungen erzielt werden konnten. Da es sich bei diesem Abschnitt um eine Begegnungszone handelt und ein sogenannter Mischverkehr vorhanden ist, braucht es Toleranz gegenüber und von allen Verkehrsteilnehmer. Solche Mischzonen bieten leider auch immer ein gewisses Risiko für gefährliche Situationen. Die Fraktion ist der Meinung, dass die umgesetzten Massnahmen die Situation entschärfen konnte. Sie sind gespannt auf die Weiterentwicklung in diesem Gebiet. Auch sie sind der Meinung, dass die angesprochene Nachkontrolle wichtig und richtig ist.

Maurus Frey dankt für die positive Entgegennahme der Antwort. Dieser Ecken hat viel Aufmerksamkeit, Arbeit und Koordination von allen involvierten gebraucht. Das Management vom öffentlichen Raum in einem halbprivaten Umfeld ist eine Herausforderung. Es gibt private Grundbesitzer und öffentlicher Raum, welcher sich an dem Ecken vermischt. Es ist nicht immer klar, wo die Verantwortung und die Zuständigkeiten liegen. Neu wird auch dieser Ecken direkt von der Luzern Polizei kontrolliert und gebüsst. Kriens hat seinen Beitrag zum Freigleis geleistet, da das Freigleis auf Krienserboden steht. Es ist wichtig, dass diese Verknüpfungen weiterentwickelt werden. Es ist wichtig, dass der Campus Horw angeknüpft wird. Dafür wird der Weg weiter nach Horw benötigt. Dieser Weg wird über den Bogenweg angedacht. Er kann sagen, dass dies ein längerer Prozess geben wird. Wichtig ist auch, dass Krienssüd sich entwickelt. In einem nächsten Schritt werden die Querverbindungen vom Freigleis in die Nidfeldstrasse und deren Umgebung angepackt. Wenn der Rat dies beschleunigen möchte, dann sollten die Mitglieder das GVK Planungs- und Umsetzungstool unterstützen.

11. Beantwortung Interpellation Gut: Ist die bedarfsgerechte, familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Kriens unter Spardruck? Nr. 014/20

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Tomas Kobi fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Kathrin Gut wünscht eine Diskussion.

Kathrin Gut dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Bei der Beantwortung ist ihr die Zunahme der Elemente in einem Jahr von 25 % aufgefallen. Folgende Frage resultiert daraus. Hat Kriens genug Platz, um alle Elemente anzubieten, falls die Zunahme so weiter steigt? Wann stossen die Kapazitäten für die familienergänzende Betreuung an die Grenzen? Gilt die vom Stadtrat 2014 beschlossene Hortstrategie noch? Insgesamt entsteht nach der Beantwortung bei ihnen den Eindruck, dass hier ein Flickwerk vorliegt. Das zeigt sich an verschiedenen Stellen. Die Tarife werden erhöht, Betreuungsgutscheine gekürzt, so dass es deutlich schwieriger wird, Familien- und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Dies ist sicher nicht förderlich um eine attraktive Stadt für junge Familien zu sein, in welchen sich die Eltern die Familien- und Erwerbsarbeit teilen wollen. Während für Familien mit wenig Einkommen die Kosten so ansteigen, dass sie vielleicht lieber auf eine Kinderbetreuung verzichten und ihre Kinder unbeaufsichtigt zu Hause lassen. Besserverdienende Familien prüfen sorgfältig die Angebote der Gemeinden und wählen das bestmögliche Angebot aus. Das heisst also z. B. Emmen, mit vergleichbaren Mieten. Dort steigen die Tarife ab Fr. 100'000.00 Einkommen nicht mehr, während sie hier in Kriens deutlich weiter ansteigen. Bei einem Einkommen von Fr. 100'000.00 bezahlt man in Emmen über alle vier Elemente Fr. 58.25 und in Kriens ab 1. Mai 2021 CHF 69.00. So fehlen in Kriens Anreize, Familien mit gut und doppelverdienenden Eltern anzulocken, die hier mit ihren Steuern auch einen Beitrag leisten könnten. Bei der Auslagerung an Vereine fragen sie sich wieso diese Lösung überhaupt angedacht wird, nachdem vor knapp zwei Jahren das Bildungs- und Kulturdepartement erfolgreich aufgezeigt hat, dass die kostengünstigste Lösung ein Angebot der Volksschule ist. In den Papagei-Spielgruppen werden Kinder mit Migrationshintergrund betreut, eine Durchmischung mit anderen Kindern mit Deutsch als Muttersprache fehlt. Ein Austausch zwischen den Spielgruppen könnte in Zukunft von Vorteil sein. Im Budget sind 30 Plätze festgehalten und es stehen jetzt bereits Kinder auf der Warteliste. Da muss Kriens mehr machen. Fraglich ist auch, wie viele Kinder im Vorschulalter mit Bedürfnis nach Sprachförderung von der Stadt Kriens tatsächlich erreicht werden. Bis jetzt läuft die Ermittlung des Bedarfs über KriensIntegriert, somit ist die Bedarfsklärung an einen Verein ausgelagert. Für die SP-Fraktion ist klar, dass alleine über diesen Kanal sicher nicht alle Kinder erreicht werden, die Sprach-Frühförderung nötig haben. Die Eltern sollten gemäss Beantwortung ein Interesse haben, die sprachliche Frühförderung zu nutzen. Aber auch die Stadt Kriens soll ein grosses Interesse haben, möglichst alle Familien und Kinder zu erreichen, die Frühförderung nötig haben. Wer mit vernünftigen Sprachkenntnissen in den Kindergarten starten kann, hat deutlich höhere Chancen auf eine gute Ausbildung. Die Chance, dass später ein selbstständiges und selbstverantwortliches Leben geführt werden kann, ist deutlich höher. Auch die Lehrpersonen werden entlastet, welche mit diesen Kindern lernen und arbeiten. Ohne fundierte Sprachkenntnisse wird die Kommunikation sehr viel schwieriger und nervenaufreibender. Die Schulleitungen hätte gemäss dem Volksschulgesetz das Recht, den Sprachstand von Vorschulkindern zu erheben und dann entsprechende Sprachförderkurse einzufordern. Gescheitert ist es aber wohl an den fehlenden Angeboten und an den Kosten, da sonst alle Vorteile für die Stadt Kriens überwiegen. Insgesamt ist die Fraktion von der Beantwortung nicht ganz überzeugt, weil ein Gesamtkonzept und ein pädagogischer Orientierungsrahmen in der Kinderbetreuung fehlen. Die Kinderbetreuung ist ein Teil der Volksschule und bald mit einem gesetzlichen Rahmen vom Kanton Luzern her für die Stadt Kriens noch verbindlicher.

Gemäss Raoul Niederberger wurde die Beantwortung der Interpellation von der KBSG diskutiert. Es stellte sich zum einen die Frage, ob die familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Kriens leistungsfähig genug ist, um der in den letzten Jahren zunehmenden Nachfrage gerecht zu werden und zum anderen stellten sich einige Fragen zum geltenden Tarifsystem. Die Fragen wurden vom zuständigen Stadtrat beantwortet. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass mit der kürzlichen Vergaben der Anlieferung der Mittagessen für das Betreuungselement zwei, die Leistungsfähigkeit für die nächsten

Jahre sichergestellt werden konnte. Aber auch für die übrigen Betreuungsangebote (Elemente 1, 3 und 4) können mit einer optimierten Raumnutzung die nötige Leistungsfähigkeit sichergestellt werden. Die Frage zum Tarifsysteem wurden ebenfalls beantwortet.

Im Namen der Grüne/glp-Fraktion dankt Raoul Niederberger der Interpellantin für ihren Vorstosse. Sie hat ein wichtiges Thema aufgegriffen und die Antworten des Stadtrates verdeutlichen die Relevanz und Aktualität der Thematik. Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Antworten des Stadtrates lassen insofern auf hauchen, als dass auf Grund der steigenden Nachfrage die Betreuungsangebote in Zukunft wieder ausserhalb der Tagesstrukturen angeboten werden sollen und dabei die Zusammenarbeit mit anderer Institution und Vereinen gefördert werden soll. Damit vollzieht der Stadtrat eine Kehrtwende. Hat man noch vor kurzem das Element 2, den Mittagstisch internalisiert, sollen bei den übrigen Betreuungsangeboten nun wieder eine Externalisierung stattfinden. Für die Grüne/glp-Fraktion stellt sich in diesem Zusammenhang schon die Frage, welche Strategie der Stadtrat bei den Betreuungsangeboten verfolgt. Wurden das Element 2, der Mittagstisch besonders mit dem Hinweis internalisiert, dass ein pädagogischer Gesamtrahmen geschaffen werden sollte. Inwiefern sich bei der zukünftigen Zusammenarbeit mit externen ein pädagogischer Gesamtrahmen geschaffen werden soll, lässt der Stadtrat leider offen. Die Fraktion ist gespannt, wie es mit den Betreuungsangeboten in der Stadt Kriens weitergeht. Sie möchten den Stadtrat aber noch einmal an die Wichtigkeit dieser Thematik erinnern, so das in Zukunft für die Sicherstellung eines Betreuungselements nicht bereits zwei Jahr nach der Internalisierung eine öffentliche Ausschreibung von statten gehen muss, um Kapazitätsengpässe zu vermeiden.

Laut Michèle Binggeli bedankt sich die SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, sowie bei der Interpellantin für deren Einreichung. Die Antworten können dem Dokument entnommen werden, weshalb sie darauf nicht weiter eingehen wird. Die Fraktion sieht es hier etwas weniger kritisch, wie die Interpellantin und ihr Vorredner. Einzig die Frage, weshalb die Tarife angepasst wurden, ist scheinbar untergegangen und sie sind froh, um ein paar Ausführungen dazu. Auch was die Vergabe der Verpflegung am Mittagstisch an Dritte anbelangt, sind sie froh, wenn der Rat direkt vom zuständigen Stadtrat noch ein paar Worte dazu hört. Nach der Lektüre der Beantwortung kann die Fraktion die Frage, ob die familienergänzende Kinderbetreuung unter Spardruck steht durchaus mit «Nein» beantworten. Dass aber auch die vorliegend betreffende Kinderbetreuung kosteneffizient ausgestaltet werden muss ist klar, ist jedoch nicht mit Spardruck gleichzusetzen.

Gemäss Erwin Schwarz dankt die FDP-Fraktion der Interpellantin für die Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung. Grossmehrheitlich sind sie einverstanden mit dieser Beantwortung. Sie haben jedoch eine oder zwei Anmerkungen. Wenn man das Kostenelement 2 anschaut, dann sieht man, dass Stufe 1 Fr. 10.00 kostet und Stufe 10 Fr. 29.00 kostet. Die Fraktion findet diesen Tarif sehr sozial. Fr. 29.00 für ein tiefgefrorenes Mittagessen finden sie sehr teuer. Der Satz, dass man die Zusammenarbeit wieder mit Vereinen sucht, ist bei ihm sauer aufgestossen. Vor zwei Jahren hat er sich dafür eingesetzt, dass man den Mittagstisch beim gemeinnützigen Frauenverein gelassen hätte. Diese Zusammenarbeit wollte man jedoch nicht mehr und die Stadt hat es an sich gerissen. Man hat wieder leerstehende Häuser und hat trotzdem Räume gemietet. Es zeigt, dass wenn die Verwaltung etwas in die Hand nimmt, wird es meistens teuer und kompliziert.

Gemäss Michèle Albrecht bedankt sich die CVP/JCVP-Fraktion beim zuständigen Departement für die klärende Beantwortung, insbesondere auch die weiteren Ausführungen innerhalb der KBSG. Als Zuzügerin und erwerbstätige Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern, standen sie vor rund 5 Jahren vor der Problematik, dass der kantonale Auftrag einer Tagesstruktur innerhalb des Schulareales in Kriens noch nicht überall umgesetzt wurde. Dies war für sie, aus der Stadt Luzern kommend und mit hervorra-

genden familienergänzenden Angeboten verwöhnt, ein echter Standort-Nachteil. Dank der Tageselternvermittlungsstelle fanden sie dann trotzdem ihren «Familienengel». Sie unterlässt es bewusst auf die einzelnen Fragen bzw. Antworten einzugehen und möchte an dieser Stelle einzig noch einmal im Namen der jungen Eltern an die Stadt Kriens appellieren, sowohl die Kinderbetreuung im Vorschulbereich, die sprachliche Frühförderung als auch die Tagesstrukturen im schulischen Kontext nicht zu vernachlässigen, sondern weiterhin professionell und engagiert zu planen und umzusetzen. Dies ist eine echte Investition in die schulische Zukunft der Kinder und Jugendlichen und die Einkommenssteuern der zufriedenen Eltern werden es auch verdanken. Die CVP/JCVP-Fraktion bzw. sie als KBSG-Mitglied blickt gespannt auf die weiterhin regelmässige Berichterstattung aus diesen drei Bereichen und hofft auf ein attraktives Kriens auch in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie nimmt den Bildungsvorsteher gerne beim Wort mit seinem Versprechen «Immer zum Wohle des Kindes» zu handeln.

Marco Frauenknecht dankt für die verschiedenen Fragen, Rückmeldungen und Anmerkungen. Er versteht dies gut, auch wenn er selber keine Kinder hat. Er bekommt viele Rückmeldungen, von Personen in seinem Alter, dass es funktioniert oder nicht funktioniert. Seit einem halben Jahr, darf sein Departement vermehrt immer wieder Rückmeldungen geben. Es ist wichtig und auch richtig, dass man darüber spricht. Er möchte jedoch sagen, dass Familienergänzende Kinderbetreuung von den Betreuungsgutscheinen getrennt werden muss. Die Betreuungsgutscheine haben eine Tabelle und eine Tarifstruktur, für die Betreuung vor der Einschulung und dann gibt es für die eingeschulten Kinder eine Tagesstruktur, welche wieder eine andere Tarifstruktur hat. Diese Tarife wurden in der Vergangenheit mehrmals angepasst. Kriens ist unter Spardruck und dies sieht man auch bei den Bemühungen, welche der Stadtrat bei Budget hatte. Die Tarifstrukturen müssen getrennt werden. Einer der mehr verdient, soll auch mehr bezahlen, wenn er dieses Angebot wahrnehmen möchte. Es wurden Fragen gestellt bezüglich der Ausschreibung vom Element 2. Auch hier wird er heute keine Antworten liefern. Mit der Interpellation Burkhardt hat der Stadtrat einen riesen Fragekatalog erhalten, welcher sie gerne beantworten werden. Zum Thema retour in die Vereine. Der Stadtrat möchte mit einem Raumkonzept, welche nicht nur rein durch die Tagesstrukturen genutzt werden, Verbindungen schaffen. Dass Räume in Kriens nicht leer stehen. Dass die in Kriens vorhandenen Räumlichkeiten einfach und übergreifend genutzt werden. Die sprachliche Frühförderung vor dem Volksschulalter ist noch nicht geregelt. Stand heute hat man nur das Element mit der Spielgruppe Papagei. Es kann nicht alles innerhalb von vier Monaten auf den Kopf gestellt werden. Er sieht, dass bereits mit vielen Spielgruppen, welche sich anboten haben, diskutiert wurde. Jedoch muss alles Schritt für Schritt gemacht werden. Er bittet den Rat um Nachsicht. Die Stadt macht alles, was man kann, mit den Mittel die zur Verfügung stehen.

12. Postulat Stofer: koordinierte Stadtentwicklung

Nr. 032/21

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Peter Stofer opponiert gegen den Antrag des Stadtrates sein Postulat nur teilweise anzunehmen. Dies aus zwei Gründen. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates sieht eine teilweise Entgegennahme gar nicht vor. Es ist auch aus inhaltlicher Sicht wichtig zu hören, was sich der Stadtrat für Gedanken macht und gemacht hat. Selbst wenn es im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt. Der Stadtrat soll das Postulat ganzheitlich übernehmen und beantworten.

Daniel Rösch erläutert, dass die FDP-Fraktion der gleichen Meinung wie Peter Stofer ist. Es gibt in der Geschäftsordnung keine teilweise Überweisung. Der Stadtrat sagt selber, dass der Beschluss der beiden Liegenschaften liegt fest. Aus diesem Grund sehen sie den Sinn und Zweck nicht ein, dass man

künstlich einen Bericht generiert. Die Analyse, welche der Postulant fordert, wird geliefert. Ihrer Meinung nach, benötigt es keinen Bericht zum Bericht. Sie sehen den zusätzlichen Informationsbedarf nicht.

Gemäss Ursula Wendelspiess spricht sich die CVP/JCVP-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulates aus. Sie sind nicht grundsätzlich gegen eine koordinierte Stadtentwicklung. Sie finden dieses Thema sogar wichtig und Unterstützens wert. Leider zielt das Postulat auf diese zwei Punkte ab, wo der Stadtrat nicht beantwortet. Die Fraktion fragt sich, was der Bericht von der Antwort sein wird. Zurzeit laufen noch andere Projekte zur Stadtentwicklung, deshalb braucht es nicht noch einen Papiertiger mit dieser Beantwortung. Diese Ressourcen sollten für andere Beantwortungen und Projekte gespart werden.

Laut Bettina Gomer-Beacco ist die SP-Fraktion für die Überweisung des Postulats, und zwar genau so, wie es der Postulant gefordert hat. Die Forderung ist gut und absolut berechtigt. Hier kann der Stadtrat seine Überlegungen und Gedanken aufzuzeigen und dem Einwohnerrat darlegen. Es wäre auch eine Möglichkeit, das Vertrauen in solche Entscheidungen zu stärken.

Peter Stofer möchte klarstellen, dass es ihm nicht darum geht, den Stadtrat zu beschäftigen. Es ist zu verhindern, dass unausgeordnete Massnahmen umgesetzt werden, welche im Nachhinein realisiert werden müssen.

Christine Kaufmann-Wolf ist sich bewusst, dass es komisch ist, wenn der Stadtrat sagt, dass entgegengenommen wird aber gewisse Sachen ausgelassen werden. Die Entscheide sind bereits seit längerem vom Stadtrat entschieden worden und bereits in der Umsetzung. Der Stadtrat ist für eine Überweisung, weil er Hand bieten möchte für andere Themen und möchten die Türe nicht ganz zuschlagen. Die Berichterstattung kommt sowieso. Sie bittet den Rat um Verständnis den die Projekte können nicht abgestoppt werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Stofer: koordinierte Stadtentwicklung (Nr. 032/21)

Das Postulat wird mit 14:15 Stimmen nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein

Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Wendelspiess Ursula	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

13. Postulat Camenisch: Ausbau Ränggloch

Nr. 036/21

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

Räto Camenisch möchte nur ganz kurz sagen, wie er dazu kommt. Es bahnt sich wieder ein Unheil an. Man hat heute über den Bypass gesprochen und jetzt über das Ränggloch. In der Kantonalen Botschaft steht, dass Ränggloch müsse auch zur Entlastung von Kriens gebaut werden. Er möchte öffentlich sage, dass dies so nicht stimmt. Kriens hat wahrscheinlich eine Mehrbelastung durch diesen Ausbau des Rängglochs. Insbesondere vom GPS-gesteuerten Schwerverkehr. Zudem steht in der Botschaft, dass der Stadtrat im Jahr 2017, unter Einforderung von einem dämpfenden Belag, schriftlich dem Projekt zugestimmt hat. Er hat im Kanton signalisiert, dass dies heute wahrscheinlich nicht mehr so passieren würde. Man hat verpasst den Kanton aufzufordern, dass Verkehrsmaßnahmen im Zentrum von Kriens benötigt werden. Man möchte das der Stadtrat die Stellungnahme des damaligen Gemeinderats korrigiert und den Kanton auffordert darüber nachzudenken.

14. Fragestunde

Peter Stofer stellt fest, dass bei der Baustelle Mühlerain der Fussweg gesperrt ist. Wie lange wird dieser gesperrt sein?

Maurus Frey kann nicht genau sagen, wann dieser wieder offen sein wird. Dafür müsste er in der Baubewilligung nachschauen. In Zukunft möchte man die Dauer so minimal halten wie möglich.

Patrick Koch merkt an, dass im Einwohnerrat bereits einige Male über die Carparkplätze diskutiert hat. In den letzten Tagen hat er in der NLZ gelesen und die Artikel so verstanden, dass die Carparkplätze in der Rösslimatt aufgelöst werden. Wie ist dies genau zu interpretieren?

Maurus Frey sagt, dass aktuell eine Vorprüfung von einem Baugesuch läuft. Auf der offiziellen Ebene deutet nichts darauf hin, dass kein Baugesuch eingereicht wird. Jedoch wurde bis jetzt noch keines eingereicht.

Jörg Ziemssen hat den Newsletter vom Velociped gesehen und gelesen, dass die Werkstatt ins Bellareal umzieht. Weiss man was dort vorgesehen ist?

Maurus Frey erläutert, dass ein Gewerbetreibender in die Halle 8 einzieht. Es wird weitere Zwischennutzungen geben und das Ziel ist es dieses Areal zu beleben, damit auch die Räume nicht leer stehen.

Andreas Vonesch fragt, ob mit dem Objekt beim Stampfeli im Obernau etwas geplant ist. Dies soll Denkmalgeschützt sein.

Maurus Frey glaubt, dass eine gute Entwicklung am Laufen ist. Es ist kein konkretes Projekt für dieses Objekt geplant, jedoch wird es eine Aufwertung am Schützenrain gebe. Bei der Sägerei hat man ursprünglich eine Tankstelle angedacht. Es ist auch so, dass man die privaten Bauherren, wegen der öffentlichen Sicherheit, zu nichts zwingen kann.

Raoul Niederberger stellt fest, dass es ein neues Bundesgerichtsurteil gibt, welches eine Praxisänderung zur Folge hat. Unbewilligte Baute ausserhalb der Bauzone werden nach 30 Jahren nicht mehr geduldet und müssen zurückgebaut werden. Dies hat Auswirkungen auf den Hochwald. Ist der Stadtrat darüber im Stand?

Maurus Frey sagt, dass dieses Urteil dem Stadtrat nicht vorliegt. Aus diesem Grund kann er es nicht genau sagen. Man kann jedoch annehmen, wie man mit einem solchen Urteil umgehen muss und darf.

Patrick Koch merkt an, dass eine Querverbindung vom Freigleis zum Kupferhammer geplant ist. Wann ist es geplant dies umzusetzen und wie wird es umgesetzt?

Gemäss Maurus Frey ist diese Querverbindung ein Bestandteil vom Gesamtverkehrskonzept. Aktuell ist es jedoch blockiert wegen dem Bypass. Aufgrund dieser Blockierung ist die Verbindung nicht sehr hoch priorisiert.

Armin Lisibach stellt fest, dass momentan sehr viele Personen in Kriens im Homeoffice arbeiten. Was spricht dagegen, als Zwischennutzung im Bellareal, ein Openspace-Office einzurichten?

Maurus Frey ist der Meinung das nichts dagegen spricht. Es ist auch eine Erwartungshaltung an die Besitzer den man möchte keine Geisterliegenschaften im Herzen von Kriens. Der Grundeigentümer sucht Partner und Trägerschaft und sucht nichts für einzelne Räume. Der Stadtrat unterstützt jedoch diese Erwartungshaltung.

Michèle Albrecht möchte wissen, wie der Stand im Sackweid-Areal aussieht. Wie ist der Stand der Dinge mit dem Eigentümerwechsel und dem Bauprojekt?

Maurus Frey hat keine Neuigkeiten zu berichten. Man ist weiterhin in Kommunikation mit dem Eigentümer. Dieser ist daran eine Idee zu entwickeln.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass Raoul Niederberger vor Jahren ein Postulat zur Zwischennutzungen im Bellareal. Man hat in Aussicht gestellt, dass es ein Zwischennutzungskataster gibt. Wenn es dies nicht gibt, wäre dies eine Anregung ein solches zu machen.

Maurus Frey gesteht noch nicht auf ein solches Kataster gestossen zu sein.

Enrico Ercolani erläutert, dass Emmen mit einem Sozialinspektor Fr. 500'000.00 Betrug aufgedeckt hat. Ist bekannt, was in Kriens Jahr 2020 aufgedeckt wurde?

Cla Büchi sagt, dass in Folge der Sparmassnahmen hat man auch den Sozialinspektor angeschaut. Dieser ist in einem 10 % Pensum angestellt. Nun hat man gemerkt, dass 5 % völlig ausreichen und hat entsprechende Massnahmen getroffen. Die Zahlen sind ihm nicht bekannt, wird sie jedoch noch nachliefern.

Anmerkung der Protokollführerin: Fälle Sozialinspektor 2019/2020

2019:

- *B. H.: die Überwachung ergab keine konkreten Beweise, dass die Klienten arbeiten. Keine Zusatzeinnahmen/Minderausgaben. Klienten beziehen weiter wirtschaftliche Sozialhilfe.*
- *M.W: Fr. 330.00 Miete sowie Fr. 201.20 weniger Grundbedarf pro Monat Minderausgaben seit 1. November 2019, total Ersparnis von Fr. 1'062.40.
Ab 1. Januar 2020: Ersparnis Fr. 330.00 Miete sowie Fr. 203.60 Grundbedarf pro Monat, d.h. Fr. 6'410.00 pro Jahr. Klienten beziehen weiter wirtschaftliche Sozialhilfe.*
- *R.S.: keine Zusatzeinnahmen/Minderausgaben generiert, da sich Verdacht nicht erhärtet hat bzw. nicht bewiesen werden konnte. Klient bezieht weiter wirtschaftliche Sozialhilfe.*

2020:

- *M.S. Keine Zusatzeinnahmen generiert. Die Überwachung wurde gestoppt, da der Klient von der Sozialhilfe abgelöst wurde (Arbeitslosenversicherung) und die ausgerichtete wirtschaftliche Sozialhilfe mit den Arbeitslosengeldern verrechnet werden konnte.*

Anita Burkhardt-Künzler fragt, ob es möglich wäre, wenn solche Nachlieferungen zu Fragen per Mail durchgegeben werden können. Teilweise wurde es vergessen im Protokoll zu erwähnen.

Christine Kaufmann-Wolf sagt, dass wenn es zu lange geht, muss eine schriftliche Anfrage gemacht werden.

Raoul Niederberger merkt an, dass vor einiger Zeit eine Initiative der CVP/JCVP-Fraktion gab, in welcher man sich für bezahlbaren Gewerberaum eingesetzt hat. Wie ist der Stand?

Maurus Frey stellt fest, dass diese Frage im Rahmen der Ortsplanungsrevision beantwortet werden soll und muss. Dies ist eine zentrale Frage und auch eine Frage der Belebung.

Daniel Rösch merkt an, dass der Stadtschreiber die Stadt Kriens verlässt. Wie gedenkt man vorzugehen?

Laut Christine Kaufmann-Wolf ist man selbstverständlich daran, jemanden zu suchen, damit die Lücke gefüllt werden kann. Gestern hat man das Inserat gestaltet und am Freitag in einer Woche sollte dies aufgeschaltet. Natürlich hofft man, dass möglichst bald jemand gefunden wird, damit diese Person noch eine Zeit lang von Guido Solari begleitet werden kann.

Ursula Wendelspiess hatte letztens einen Termin im Stadthaus. Sie hat bemerkt, dass vor dem Eingang die Kunden von einem Securitas angesprochen wurden. Was hat es damit auf sich?

Gemäss Cla Büchi wurde dieser angestellt, da es immer wieder Situationen gab, dass zu viele Leute ins Foyer gegangen sind und sich nicht an die Massnahmen gehalten haben. Teilweise wurden die Leute wütend und er hat geschaut, dass die Situation nicht ausartet. Diese wird jedoch schon bald nicht mehr benötigt.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass die Fragerunde dafür gemacht wurde, dass Fragen direkt geklärt werden und nicht jedes Mal ein Vorstoss eingereicht wird. Zudem wurde eingeführt, dass wenn die Fragen nicht direkt beantwortet werden können, die Antwort noch nachgereicht wird.

Guido Solari bestätigt, dass diese offenen Fragen im Protokoll beantwortet werden. Es werden jedoch nicht separate E-Mail versendet.

Erwin Schwarz bemerkt, dass im Innenhof des Kulturquadrats ein Garten der Kulturen entsteht. Es können Schirmen aufgestellt werden und es haben kulturelle Anlässe stattgefunden. Wird dies auch in Zukunft noch möglich sein oder wird es ein fixer Garten?

Marco Frauenknecht merkt an, dass diese Gärten auf Paletten stehen und wegtransportiert werden können. Wenn der Platz gemietet wird, wird dies auch noch in Zukunft möglich sein.

Beat Tanner sagt, dass er am Wochenende im Wehrüti war und hat dort festgestellt, dass Bagger in der Landwirtschaftszone stehen. Ihn hat es erstaunt, dass diese so nah am Wald stehen. Liegt dort eine Baubewilligung vor?

Maurus Frey stellt fest, dass es sich um eine bewilligte Baustelle handelt und es ein schwieriges Verfahren. Jedoch kann er nichts im Detail sagen.

Michèle Albrecht fragt, ob bald ein Verkehrskonzept der Langsägenstrasse kommuniziert wird.

Maurus Frey entschuldigt sich bei Anita Burkhardt-Künzler für seine harsche Reaktion, er hatte das Gefühl alle Fragen beantwortet zu haben. Die Langsägenstrasse ist Bestandteil vom Eichhofprojekt. Das Bauprojekt sollte bald aufgelegt werden.

Schluss

Tomas Kobj bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 27. Mai 2021 statt.

Die Sitzung schliesst um 18:20 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Tomas Kobi

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Kimena Gisler